

3. TEIL

Die Ideen der Sozialbewegung in der Epoche des „organisierten Kapitalismus“

Auch das Ideengut der sozialen Bewegung unseres eigenen Jahrhunderts kann nur im Zusammenhang mit den Wandlungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit verstanden werden, an denen die Lehre sich messen muß¹⁾.

1. Abschnitt

Die neuen Verhältnisse

Gewichtige Veränderungen haben sich um die Wende zum 20. Jahrhundert in der Wirtschaftsgesellschaft zugetragen. Doch sollen nur die Momente, welche die Arbeiterbewegung und ihre Ideenwelt in besonderem Maße berühren, hier Erwähnung finden.

I. Wandlungen in der Wirtschaftsgesellschaft

1. Die Organisierung der Konkurrenz: Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war der Zug zum Großbetrieb und zum Großunternehmen in der Industrie, in der Bankwelt, in Handel und Verkehr unverkennbar geworden. Die Aktiengesellschaft drang vor gegenüber dem Personalunternehmen; eine Welle von Fusionen trat ein. Und über die Konzentration der Produktions- und Geschäftseinheiten hinaus griffen Marktkoalitionen der Unternehmungen (Kartelle, Syndikate) nach allen Seiten aus: Die Märkte wurden planmäßig geteilt und reguliert. An die Stelle der unbeschränkten ist seither die regulierte Konkur-

¹⁾ Die Bezeichnung „organisierter Kapitalismus“ stammt von Rudolf Hilferding. Sie weist auf die neue Machtordnung der Privatwirtschaft hin.

renz getreten. — Das hat auch bei den Denkern der Sozialbewegung die Überlegung aufkommen lassen, ob nicht die herrschenden Wirtschaftsgewalten selbst die ökonomischen Vorgänge mit Bedacht zu steuern vermögen. Zweifel tauchten auf, ob es in der kapitalistischen Marktwelt so anarchisch zugehe, wie MARX gemeint hatte. Gewiß: die private Ordnung der Märkte diente dem alten Ziel der Gewinnsteigerung und Gewinnsicherung. Aber war durch das, was die Interessenten selbst zunächst taten, nicht vielleicht dem bestehenden Staat der Weg eigener, über das bisherige beschränkte Motiv einer Sicherung der privaten Marktordnung hinausgehender Initiative gewiesen? Bereitete nicht die private Teilplanung die öffentliche Gesamtplanung der Wirtschaft vor? Wie war daher der neue Versuch der Privatwirtschaft, über den von MARX bezeichneten Widerspruch zwischen Produktion und Markt hinwegzukommen, zu werten? Stellte auch er eine „notwendige“ Durchgangsstufe der kapitalistischen Entwicklung dar, hin zum Sozialismus? Sollte man den Übergang der Privatwirtschaft zu Großgebilden und regulierten Märkten demzufolge begrüßen, vielleicht ihn unterstützen?

Hiermit im Zusammenhang stand eine andere Frage: Es war offenkundig, daß es bei der Organisierung der Konkurrenz zugleich Leidtragende der neuen Entwicklung gab: Die vorläufig schwer organisierbaren Wirtschaftsbereiche (viele Konsumgüterindustrien, Landwirtschaft, Einzelhandel usw.) gerieten im Verkehr mit den Machtgruppen auf den Märkten in mannigfachen Nachteil. Sollte man nun Partei für die Bedrängten oder für die Mächtigen (die zugleich in aller Regel die höhere Leistungsfähigkeit auf ihrer Seite hatten) ergreifen? Wie sollte sich etwa in Deutschland die Sozialdemokratie zu der um die Jahrhundertwende lebhaft erörterten Frage von Freihandel und Schutzzoll stellen? Und wenn man den Schutzzoll bejahte: Schutzzoll für wen? Ein Agrarzoll etwa kam ja zugleich den Bauern und den „Junkern“, also ganz verschiedenen Gesellschaftsgruppen, zugute. Aber die Frage nach Freihandel und Schutzzoll war selbst nur ein Teil jener allge-

meinen Frage, ob man die gesellschaftlichen Zwischenschichten ihrem ökonomischen Schicksal überlassen oder ob man ihrem Wunsch nach Bewahrung entgegenkommen sollte. Welches Verhältnis zu den nichtproletarischen Schichten war zu suchen?

2. Der Kampf um den Weltmarkt: Nicht nur die binnengesellschaftlichen, auch die außenwirtschaftlichen Beziehungen unterlagen in der neuen Epoche einer immer vollständigeren Machtgestaltung. Ein Kennzeichen dieser Epoche war die Handelsrivalität zunächst der privatwirtschaftlichen Gruppen, dann ganzer Wirtschaftsnationen untereinander; sie fand in einem tendenziell steigenden Niveau der nationalen Zölle ihren Niederschlag. Nur ein Moment des Verlangens vieler Wirtschaftszweige nach Erweiterung der eigenen Markt- und Investitionsgelegenheiten, wenn auch lange Zeit das auffälligste, war das Trachten der Industriestaaten nach Kolonien. Es brachte die Großmächte auch als politische Körper in wechselseitigen Gegensatz. Die Meinung eines SAINT-SIMON und später noch eines HERBERT SPENCER (1820—1903), daß im Gegensatz zur Feudalität die Industriegesellschaft schlechthin die friedliche sei, hat sich, wie wir alle wissen, nicht bestätigt; die moderne Gesellschaft hat sich von ihrer Ausgangsidee des „ewigen Friedens“ weiter entfernt denn je. Und während der österreichische Nationalökonom und Soziologe FRIEDRICH v. WIESER (1851—1926) ein „Gesetz der abnehmenden Gewalt zwischen den Völkern“ glaubte aufstellen zu dürfen, hob eine neue Periode der Kriege an.

Die neuen Verhältnisse stellten auch die Arbeiterbewegung und ihre Denker vor eine Reihe prinzipieller Entscheidungen, die sich schließlich um die eine große Frage nach dem Verhältnis der Arbeiterbewegung zum Nationalstaat einerseits, zur internationalen proletarischen Bewegung andererseits gruppieren. Hierauf führte immer wieder die Einschätzung des Kolonialismus, des nationalen Marktab schlusses, der Kriegsgefahr sowie der etwa einzusetzenden Mittel ihrer Abwehr zurück. — Der bemerkens-

werteste Versuch, die neuen Verhältnisse mit den Mitteln MARxscher Analyse zu erklären, waren die sogenannten *Imperialismustheorien*, an denen das erste Viertel dieses Jahrhunderts nicht arm gewesen ist. Gerade an ihnen zeigt sich eine Eigenart der neueren Denkgeschichte der sozialen Bewegung: Die früher vorwiegend ökonomisch-soziale Fragestellung hat sich zur allgemein-politischen geweitert. Stellungnahme zu *allen* Fragen, auch den tagespolitischen, war notwendig geworden; zumal die Arbeiterbewegung nun selbst in das Stadium ihrer institutionellen Verfestigung eingetreten war.

II. Wandlungen in der Arbeiterbewegung

Nicht nur die Privatwirtschaft, auch die Arbeiterbewegung organisierte sich. Dies kam in folgendem zum Ausdruck:

1) In allen wichtigen hochindustrialisierten Ländern entwickelten sich Arbeiterparteien und Gewerkschaften, in der Regel unter Verhältnissen von voller oder Halb-Legalität. Die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts begünstigte die Heraufkunft von Massenparteien, ebenso wie das Aufrücken der Gewerkschaften zu Tarifvertragsparteien die Herausbildung von Massengewerkschaften. Um die Jahrhundertwende begann der Übergang der Gewerkschaften vom Berufsprinzip zum Industrieprinzip ihrer Organisation; das machte sie aus einer halb-zünftigen Berufsvertretung der Facharbeiter zur schlagkräftigen Massenarmee. — Das Nebeneinander von politischer und wirtschaftlicher Organisationsform der Arbeiterbewegung (Arbeiterpartei und Gewerkschaften) ließ die Frage nach deren wechselseitigen Verhältnis entstehen. Wer soll führen? Dies wurde von Bedeutung im Zusammenhang etwa mit der anderen, in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts lebhaft umstrittenen Frage nach dem Sinn und nach den Trägern des *politischen Massenstreiks*. Hier haben Revisionisten, Syndikalisten und Bolschewiki sehr verschiedene Antworten gefunden.

2) Die Entwicklung der Arbeiterbewegung zu einer Massenkraft und zugleich ihre Institutionalisierung versetzten ihre Führer vor die Notwendigkeit, auch zu den Tagesfragen Stellung zu beziehen. Damit aber stellte sich für sie ständig zugleich die Frage nach dem Verhältnis von „Endziel“ und Tagespolitik. Soll die Stellungnahme vom letzten Ziel der sozialistischen Verwandlung der Gesellschaft oder von den Tagesrücksichten bestimmt werden? Man wird sehen, wie den Vertretern „Revisionismus“ das Hereinragen von „Endziel“-Vorstellungen in die Tagespolitik immer mehr als störend, als Vermengung der Praxis mit problemfremden Gesichtspunkten erschienen ist.

3) Die Organisierung der Arbeiterbewegung hat zur unvermeidlichen Folge gehabt, daß mehr oder minder stehende Leitungstäbe entstanden. Der Dienst an der Organisation mußte sich in gewissem Maße professionalisieren. Auch für die Arbeiterbewegung hat es hinfert das von MAX WEBER in einem Vortrag von 1919 so markant bezeichnete Problem der „Politik als Beruf“ gegeben. Auch da, wo die Männer des Apparates gewählt wurden, war Entfremdung der Leitung von den Massen möglich. Bürokratisierungserscheinungen wurden zum Gegenstand auch der soziologischen Analyse, die sich der Arbeiterbewegung als eines neuen Untersuchungsfeldes bemächtigte. (Siehe unten, S. 188 f.) — Auch die Bestimmung des Verhältnisses von Führern und Massen ist in der Sozialbewegung des zwanzigsten Jahrhunderts in recht unterschiedlicher Weise getroffen worden: Die Revisionisten haben die Autorität einer die Bewegung *mäßigenden*, die Bolschewiki die Autorität einer *revolutionären* Führung gewollt. Beiden traten die Syndikalisten und auch die „linken“ Marxisten der westeuropäischen Arbeiterparteien (z. B. ROSA LUXEMBURG und HENRIETTE ROLAND-HOLST) gegenüber, die an die revolutionäre Entschlossenheit und spontane Kampfbereitschaft der Arbeiter selbst appellierten.

So fand sich die zur konsolidierten Arbeiterbewegung fortentwickelte Sozialbewegung seit der Jahrhundertwende allenthalben vor neuen Bedingungen ihres Wirkens und

vor neuen Fragen, an denen sie ihr überkommenes Gedankengut zu erproben hatte.

2. Abschnitt

Die Ideen der sozialen Bewegung in einzelnen Industrieländern

§ 1: Der Reformismus

Der Begriff des „Reformismus“ bezeichnet nicht so sehr eine theoretische als vielmehr eine praktische Position; er besagt etwas über den einzuschlagenden Weg, und hierdurch allerdings auch über das Ziel: Indem der Reformismus den Gedanken des Klassenkampfes verwirft, lehnt er auch die revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft und die „Diktatur des Proletariats“ ab; er sucht das, was er in der Gesellschaftsordnung angelegt findet, in dieser Ordnung selbst zu verwirklichen. Ist für die revolutionären Marxisten (und zunächst auch noch für die „orthodoxen“ Marxisten um KARL KAUTSKY) der Kampf um Reformen ein Mittel zur Vorbereitung des Kampfes um den Sozialismus, so beschränkt sich der Reformismus auf Verbesserung der bestehenden Gesellschaft.

Innerhalb des Reformismus tritt der „Revisionismus“ auf als eine Richtung, die kritisch zu MARX Stellung bezogen hat, aber zunächst behauptet, auf seinen Grundlagen weiterzudenken. Nicht jeder Reformismus ist gleichzeitig Revisionismus; dieser kann vielmehr nur durch sein Verhältnis zu dem begriffen werden, *was* er revidiert. Der englische Fabianismus etwa gründet, ebenso wie ein Teil des französischen Sozialdenkens nach MARX, von vornherein nicht auf der MARXSchen Theorie und ist daher nicht dem Revisionismus zuzurechnen. Nur in Deutschland waren die Lehren von MARX, nach Verdrängung des Lassalleianismus, zu einigermaßen unbestrittener Geltung in der Arbeiterbewegung gelangt. Um so eindeutiger mußte hier jedes Weiterdenken sich ins Verhältnis zum wissenschaftlichen Sozialismus setzen. — „Reformismus“ ist also

der weitere, übergeordnete Begriff gegenüber „Revisionismus“. Zum praktischen Reformismus hat feilich auch der Revisionismus hingeführt: doch mußte die Begründung verschieden ausfallen¹⁾. — Da im vorliegenden Zusammenhang nicht die Praxis der von den Arbeitenden unterstützten Gruppen, sondern vielmehr deren gesellschaftstheoretische Vorstellungen im Vordergrund stehen, ist es gerechtfertigt, innerhalb des Reformismus den *Unterschied* im Denkansatz hervorzuheben und dementsprechend zwei Denkrichtungen getrennt zu behandeln: den auf das MARxsche Erbe sich beziehenden Revisionismus und den nicht-marxistischen Reformismus.

A. Der Revisionismus

Zwei Spielarten des Revisionismus sollen hier vorgführt werden. Wirkungszentrum der einen ist Deutschland, der anderen Österreich gewesen. Aber gewisse Berührungen ergeben sich; auch ist ein gewisses zeitliches Hintereinander festzustellen.

I. Der deutsche Revisionismus

Die Hoffnung, die Arbeiterbewegung unter dem Feldzeichen einer einzigen Lehre, des wissenschaftlichen Sozialismus, zu sammeln, ist zu keiner Zeit in Erfüllung ge-

¹⁾ Ungeeigneter für den wissenschaftlichen Gebrauch sind emotional verwischte Begriffe wie „demokratischer“ oder „freiheitlicher“ Sozialismus. Die „wahre“ Demokratie und die „wahre“ Freiheit zu bringen hat auch der klassische wissenschaftliche Sozialismus und haben dessen Anhänger stets für sich beansprucht. Auch die Gegenüberstellung von „evolutionärem“ und „revolutionärem“ Sozialismus hinkt, da „Revolution“ über Inhalt und Form der Umwälzung nichts besagt. Auch der „revolutionäre“ Sozialismus hat Revolution und Evolution als dialektisch verbunden betrachtet und sich gehütet, wie die Anarchisten (*Bakuninischer Observanz*) aus dem Drauflosschlagen eine Maxime zu machen. Deshalb schließt für Marx, Engels und die Marxisten die Bereitschaft zur (gewaltsgemäßen) Revolution die Notwendigkeit des Kampfes für Reformen nicht aus, sondern ein. Der Übergang von den bloßen Reformen zur sozialen Revolution wird nach ihrer Meinung durch die Übernahme der politischen Macht im Staat durch die Partei der Arbeiterklasse eingeleitet. Ob die proletarische Machtergreifung die Form der gewaltsgemäßen Revolution annehmen muß oder sich friedlich (z. B. durch parlamentarische Mehrheitsbildung) vollzieht, ist für sie ein Problem der konkreten geschichtlichen Lage im einzelnen Lande und nicht abstrakt-dogmatisch entscheidbar. (Vgl. *Marx, Amsterdamer Rede*, 1872.)

gangen. Selbst in Deutschland, wo die Lehre von MARX sich am vollständigsten durchgesetzt hatte, blieb sie nicht lange unangefochten. Kaum war der Einfluß der Lehren LASSALLES in der deutschen Arbeiterbewegung gebrochen, so begann sich der Revisionismus zu regen. Nach zunächst taktischen Zugeständnissen, namentlich der süddeutschen Sozialdemokratie (GEORG v. VOLLMAR, 1850—1922; IGNAZ AUER, 1846—1907), an die politischen Tagesrück-sichten wurde schrittweise das MARXSche theoretische Konzept als solches der Kritik unterzogen. In der „Neuen Zeit“ von 1896/97 kam KAUTSKY zu der Feststellung, „daß es unter denen, welche die Ergebnisse der MARX-ENGELS-schen Arbeit anerkennen, zwei Richtungen gibt, die . . . sich unterscheiden in der Methode der theoretischen Forschung, mitunter aber auch in der praktischen Taktik“ (S. 213). Und 1899 schrieb der damalige Prager Professor THOMAS MASARYK 1850—1937) von der offenbar gewordenen „Krise im Marxismus“¹⁾). Im gleichen Jahre veröffentlichte EDUARD BERNSTEIN (1850—1932) sein Buch „Die Voraus-setzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozial-demokratie“. Die zeitliche Koinzidenz des theoretischen Revisionismus mit dem Hervortreten neuer Erscheinungen in der Wirtschaftsgesellschaft, und auch das zeitliche Zu-sammentreffen des deutschen Revisionismus mit dem fran-zösischen „Millerandismus“ (S. 190), ist unverkennbar.

Von der Jahrhundertwende an vollzieht der Revisionismus eine *alle* Außerungen der Arbeiterbewegung, sowohl ihre Theorie als auch ihre Praxis erfassende Wendung. Er hat von vornherein ganze Arbeit geleistet. Der theoretische Umbruch selbst ist ein vollständiger; er ergreift sowohl die erkenntnistheoretischen Grundlagen des Marxismus, indem er vom dialektischen Materialismus auf den philosophi-schen Idealismus, vor allem auf KANT, zurückgeht, als auch die Einzellehren. Dabei entwickelt der Revisionismus nicht eigentlich eine neue Theorie, eine Gegenlehre, vielmehr beruft er sich auf die praktischen Verhältnisse, auf den

¹⁾ Die philosophischen und soziologischen Grundlagen des Marxismus, Wien 1899, S. 586 ff.

Augenschein, den er gegen die Lehren und Erwartungen von MARX ausspielt. — Zwei Schriften umrahmen die Hauptwirkungszeit des deutschen Revisionismus¹⁾: BERNSTEINS Buch „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ (1899) und CALWERS Veröffentlichung „Das sozialdemokratische Programm“ (1914). An ihnen sollen die Auffassungen des Revisionismus im folgenden demonstriert werden.

1. Die Sicht der Wirtschaftsgesellschaft: Die Ausgangsfrage, die sich der Revisionismus vorlegt, darf so bezeichnet werden: Wie weit ist der Weg zur sozialistischen Zukunftsgesellschaft? Auf welchen Zeitraum muß sich die Bewegung einstellen? — Vor dieser Frage hatten auch MARX und ENGELS gestanden. In revolutionärer Ungeduld hatten sie schon 1848 die Totenglocke der alten Gesellschaft läuten hören; und besonders in Deutschland konnte nach der Erwartung des Kommunistischen Manifests eine bürgerliche Revolution „nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution“ sein. Erst später kam MARX aufgrund eines umfassenden Studiums der ökonomischen Verhältnisse seiner Zeit zu der Auffassung, die im Vorwort der Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ von 1859 in die bekannten Worte gefaßt ist:

„Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue, höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.“

ENGELS, der noch Zeuge der sozialdemokratischen Erfolge bei den Reichstagswahlen gegen Ende des Jahrhunderts war, hielt auch den parlamentarischen Kampf für eine Weise, die arbeitenden Massen auf ihren letzten gesell-

¹⁾ Der Name taucht um 1901 zur Bezeichnung der „Bernsteinianer“ auf und wird zunächst von deren Gegnern verwandt; er setzt sich jedoch bald allgemein durch. Theoretisches Organ der Revisionisten sind von 1899 ab die „Sozialistischen Monatshefte“.

schaftlichen Befreiungskampf vorzubereiten. (Vgl. die Originalfassung seiner Einleitung von 1895 zu „Die Klassenkämpfe in Frankreich“.)

Der Revisionismus ist weiter gegangen: Ihm ist die kapitalistische Wirtschaftsgesellschaft seiner Zeit überhaupt noch nicht reif für die sozialistische Zukunftsordnung; und er beruft sich dabei auf die folgenden Umstände:

1. Die kapitalistische Produktion ist noch keineswegs so weit, wie MARX sie haben wollte: ihre eigene Expansionskraft ist noch ungebrochen. Auch ist „für die Sozialisierung von Produktion und Distribution die materielle Vorbedingung, vorgeschrittene Zentralisation der Betriebe, erst zum Teil gegeben“ (BERNSTEIN, Ausgabe 1899, S. 87); woraus die Konsequenz abzuleiten ist, daß Kartelle und Konzerne als Ausdruck größerer Sozialisierungsreife der Wirtschaft zu begrüßen sind.

2. Die Zwischenschichten verschwinden nicht: Der Übergang zur Aktiengesellschaft streut den Kapitalbesitz sogar mehr, als dies beim Personalunternehmen der Fall ist; und es ist daher „falsch, anzunehmen, daß die gegenwärtige Entwicklung eine relative oder gar absolute Verminderung der Zahl der Besitzenden aufweist“ (BERNSTEIN, S. 50). Auch der Kleinbetrieb erhält sich, in Landwirtschaft und Gewerbe, zäher, als gedacht. „Wir haben keinen ausreichenden Grund, dem Kleinbetrieb als solchen die Prognose auf einen baldigen sicheren Untergang stellen zu können.“ (BERNSTEIN, S. 31.) Die Verdrängungstheorie hat also Unrecht, und daher auch die Erwartung allgemeiner Proletarisierung der Zwischenschichten. Der Revisionismus will eine solche auch nicht. In seinen wirtschaftspolitischen Vorschlägen schwenkt er in die Linie konservierender Schutzpolitik ein. Er will die Zwischenschichten zu Verbündeten wenn nicht der Arbeitersache, so jedenfalls der Sozialdemokratie machen, indem er ihrem *nichtproletarischen* Interesse entgegenkommt. Dies wird besonders deutlich im Verhältnis zur *Agrarfrage*. Hier hat in der deutschen Sozialdemokratie vor allem EDUARD DAVID (1863—1930) für Anerkennung der Schutzbedürftigkeit des bäuerlichen Betriebs geworben. (Sozialismus und Landwirtschaft, 1903.) Die Frage, wie die Bauernschaft, die lange Zeit als das Element einer vorindustriellen Gesellschaft innerhalb der kapitalistischen Ordnung angesehen werden konnte, für den Sozialismus zu gewinnen sei, hat in der Tat schon den

Theoretikern des klassischen Sozialismus zu schaffen gemacht¹⁾; und von der Agrarfrage ist auch beizeiten in Westeuropa, besonders in Frankreich, eine Tendenz zu Reformlösungen ausgegangen.

3. Was schließlich die Arbeiterschaft angeht, so kann der Revisionismus weder einen objektiven Zwang noch eine verlässliche subjektive Bereitschaft zum großen Schritt in den Sozialismus entdecken: Die Vereindungstheorie trifft nicht zu. Die Krisen können sich mildern, sie haben sich gemildert. Sozialdemokratische Politik kann daher nicht auf die Vereindung setzen: die Umwandlung der Gesellschaft darf nicht Ergebnis eines Verzweiflungsaktes sein. Im subjektiven Sinn ist die Arbeiterklasse den Revisionisten „noch nicht entwickelt genug, die politische Herrschaft zu übernehmen“. (BERNSTEIN, S. 184.) Auch ist die große Schar der Unselbständigen in sich keineswegs homogen und daher nicht unbedingt solidarisch; das Angestelltenproblem taucht auf.

So gehen die Vorstellungen des Revisionismus ab von der Perspektive wachsender Zerrüttung der bestehenden Wirtschaftsgesellschaft, wie sie dem klassischen Marxismus eigen ist. Der Weg zur Zukunftsgesellschaft erscheint den Revisionisten länger, als vermeint. Es gilt daher, sich in den bestehenden Verhältnissen einzurichten; das sozialistische „Endziel“ verwandelt sich kaum merklich in einen Erinnerungsposten programmatischer Erklärungen.

2. Das Verhältnis zur Tagespolitik: Nicht von „endzeitlichen“ Hoffnungen her sind nach Meinung der Revisionisten die praktischen Tagesprobleme zu meistern, sondern nur durch „realistisches“ Eingehen auf diese selbst. So ist für BERNSTEIN „das, was man gemeinhin das Endziel des Sozialismus nennt, ... nichts, die Bewegung alles“ (S. 169). Die Taktik obsiegt über die Strategie.

Der theoretische Abbau des MARXSchen Systems hat auch der praktischen Schwenkung wirksam vorgearbeitet; und hier zeigt sich die enge Beziehung zwischen Theorie und Praxis der Sozialbewegung. Einige Revisionisten (BERNSTEIN, C. SCHMIDT)

¹⁾ Vgl. etwa Engels' Aufsatz „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“ in „Neue Zeit“ 1894/95.

haben auch den Pfeiler der MARXSchen Ökonomie, die Arbeitswerttheorie, niedergelegt, indem sie diese zu einem unbeweisbaren und letztlich unnützen Gedankenspiel erklärt. Dies entsprach übrigens einem Zug der zeitgenössischen Wirtschaftslehre: Des Streits zwischen objektivistischer und subjektivistischer Wertauffassung, zwischen Arbeitswerttheorie und Grenznutzenlehre überdrüssig suchten um die Jahrhundertwende eine Reihe von Nationalökonomien (HEINRICH DIETZEL, GUSTAV CASSEL, ROBERT LIEFMANN, GOTTL.-OTTLILIENFELD) auf im einzelnen sehr verschiedenen Wegen zu einer wert-ungebundenen Erklärung des Preisbildungsgeschehens zu gelangen. — Hatte der Revisionismus einmal auf die Arbeitswertlehre verzichtet, so fiel natürlich auch die Mehrwertlehre, die Theorie eines objektiven Ausbeutungsverhältnisses. Hierdurch mußte nun auch der soziale Kampf aus einem Krieg gegen das System zu einem Verteilungsstreit *innerhalb* des Systems werden. Und in einem solchen Streit fiel den Gewerkschaften als den Verfechtern des „Mehr und Mehr und Mehr“ (GOETZ BRIEFS) naturgemäß die wichtigste Rolle zu.

Auch eine Reihe neuer Fragen der Epoche hat sich für die Revisionisten (denen die praktische Politik der deutschen Sozialdemokratie vor dem 1. Weltkrieg im allgemeinen gefolgt ist) ganz anders gestellt als für die strengen Marxisten: *Kartelle* sind zu bejahen, soweit sie Mittel gegen die Überproduktion sind. Auch der *Schutzzoll* ist positiv zu werten (CALWER, S. 115.) Die Erwerbung von *Kolonien* „ist für einen Staat mit aufstrebender Wirtschaftsentwicklung, rasch ansteigender Bevölkerungsziffer und einem allmählich eng werdenden Wirtschaftsgebiet eine Notwendigkeit“ (CALWER, S. 119 f.).

„Wir müssen unserem Kapitalismus die nämliche Bewegungsfreiheit zu seiner weiteren Entfaltung zubilligen, wie sie der Kapitalismus des Auslands hat, ja wir müssen wünschen, daß unser nationaler Kapitalismus seine Einflußsphäre womöglich stärker und mächtiger entwickelt als der Kapitalismus des Auslands... Der Sozialist muß daher... dafür eintreten, daß nach dem Zwang der wirtschaftlichen Bedürfnisse der nationale Markt sich immer mehr erweitert, sei es durch Zollunionen, sei es durch Kolonien, sei es durch beides. Gerade diese Erweiterung der nationalen Wirtschaftsgebiete, zu der die internatio-

nale Konkurrenz immer mehr zwingt, steigert die Produktivkräfte und garantiert eine immer höhere Organisierung der Gesamtproduktion in einer für den Sozialismus erfreulichen Weise... Der nationale deutsche Kapitalismus muß sich voll ausleben, bevor der Sozialismus wachsen und erstarken kann. Nicht an zweiter und dritter, sondern möglichst an erster Stelle möchte ich als Sozialist Deutschland stehen sehen... Ist denn nicht das möglichst rasche Wachsen des Produktivkapitals die unerlässliche Bedingung auch für eine passable Lage der Arbeiter? Und holen etwa nicht die Kapitalisten gerade aus den Kolonien recht viel Produktivkapital?“ (CALWER, Kolonialpolitik und Sozialdemokratie, Sozialistische Monatshefte, 1907, S. 195 ff.)

Damit wandelt sich auch das Verhältnis zu *Nation* und *Staatsgewalt*. Auch zur *Monarchie* wird ein positives Verhältnis gesucht, und der Gedanke der nationalen *Wehrhaftigkeit* wird bejaht. (Vgl. CALWER, Das sozialdemokratische Programm.) Der Satz, daß der Proletarier kein Vaterland habe, wird seine Wahrheit „immer mehr einzubüßen, je mehr durch den Einfluß der Sozialdemokratie der Arbeiter aus einem Proletarier ein — Bürger wird.“ (BERNSTEIN, S. 144)

3. Das Bild der Zukunftsordnung: Das gewandelte Verhältnis zur Tagespolitik mußte natürlich auch auf die Vorstellung darüber, wie eine künftige Gesellschaft aussehen solle, zurückwirken.

Als vordringlich erscheint nicht der Kampf um den Sozialismus, sondern die Erweiterung der politischen Volksrechte. Hierzu gehört, namentlich für BERNSTEIN, der eine Reihe von Jahren in England zugebracht hat, vor allem eine Erweiterung der *Selbstverwaltung von Städten und Gemeinden*. Träger gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen sollen, wo immer möglich, die Kommunen sein. („Gas- und Wassersozialismus“.) Im übrigen gilt es, das *Genossenschaftswesen*, auch in der Produktion, zu fördern. Der Staat erscheint dagegen als wenig geeignet zur Leitung öffentlicher Unternehmungen. Vergesellschaftung darf

nicht eine Sache des Prinzips, sondern muß eine Sache der Zweckmäßigkeit sein: „Was die Gesellschaft nicht selbst in die Hand nehmen kann, sei es durch den Staat oder die Gemeinden, das wird sie gerade in bewegten Zeiten sehr gut tun, qua Unternehmung vorerst hübsch sich selbst zu überlassen.“ (BERNSTEIN, S. 102) Auch bedarf es keineswegs einer gänzlichen Beseitigung der Erwerbswirtschaft: „Der Gedanke einer generellen Verstaatlichung der Produktionsmittel als eines Radikalmittels zur Beseitigung der Schäden der heutigen Wirtschaftsordnung muß fallen.“ (CALWER, S. 53)

Der Revisionismus ist nicht ohne Widerspruch in der zeitgenössischen Sozialdemokratie geblieben, wie die lebhaften Debatten der Parteitage, namentlich um die Jahrhundertwende, zeigten. Der Hoffnung BERNSTEINS auf bessere Tage hielt KAUTSKY entgegen: „Krisen, Kriege, Katastrophen aller Art, diese liebliche Alliteration ist es, die uns die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte in Aussicht stellt.“ („Die Neue Zeit“ 1902, 2. Bd. S. 143.) KARL LIEBKNECHT (geb. 1871, ermordet 1919) wandte sich gegen den Wehrgedanken in der Sozialdemokratie. ROSA LUXEMBURG (geb. 1871, ermordet 1919) hat gegen das „Offiziösentum“ in der Partei geeifert: „Die Aufgabe der Sozialdemokratie und ihrer Führer ist nicht, von den Ereignissen geschleift zu werden, sondern ihnen bewußt vorauszugehen, die Richtlinien der Entwicklung zu überblicken und die Entwicklung durch bewußte Aktion abzukürzen, ihren Gang zu beschleunigen.“ („Die Neue Zeit“ 1912/13, Bd. 2 S. 843.) Doch ist es bis zum ersten Weltkrieg, anders als gleichzeitig in der russischen Sozialdemokratie (s. unten, S. 211 f.), nicht zu organisatorischer Verselbständigung der widerstreitenden Teile gekommen. Die Gegensätze wurden immer wieder überdeckt.

Mit dem denkwürdigen Tag des 4. August 1914, an dem die deutsche sozialdemokratische Reichstagsfraktion die von der kaiserlichen Regierung geforderten Kriegskredite bewilligte, hat der Revisionismus aufgehört, Opposition innerhalb der deutschen Sozialdemokratie zu sein; er hat sichtbar die Führung übernommen und kann hinfort nicht länger auf sein bloßes Verhältnis des Widerspruchs zum

klassischen Marxismus hin betrachtet werden. Der Revisionismus endet da, wo er nichts mehr zu revidieren vorfindet. — Mit dem Revisionismus schließt zugleich ein Teil der Denkgeschichte der sozialen Bewegung ab. Diese ist stets auf *Emanzipation* des arbeitenden Teils der Gesellschaft gerichtet gewesen. Ihre Denkgeschichte endet da, wo das Ziel nicht mehr *Emanzipation* ist. Die seit dem ersten Weltkrieg vorgebrachten Gedanken von staatlicher Ordnung der Marktwirtschaft, von „gerechter Einkommensverteilung“, von „Wirtschaftsdemokratie“, von Mitbestimmung und Miteigentum haben zum Leitbild die *Einordnung* („Integration“) der arbeitenden Schichten in die Gesellschaft, so wie sie ist; sie fallen daher außerhalb einer Darstellung der Theorie der sozialen Bewegung.

II. Der Austromarxismus

Der „Austromarxismus“ (MAX ADLER, 1873—1940; OTTO BAUER, 1882—1938; KARL RENNER, 1870—1950; RUDOLF HILFERDING, 1877—1941) ist etwa seit 1904 zu datieren; in diesem Jahr beginnen die „Blätter zur Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus“ zu erscheinen. Seine Hauptwirkungszeit ist jedoch die Spanne vom Ende des ersten Weltkriegs bis zum Beginn der Verfolgungsära unter DOLFFUSS 1934 gewesen. — Im Unterschied zum deutschen Revisionismus hat der Austromarxismus sich der Vokabeln von MARX weiter bedient. Auch soll das Ziel der Sozialismus im Sinne von „klassenloser Gesellschaft“ sein. Aber diese Gesellschaft wird auch nach Auffassung des Austromarxismus nicht im Klassenkampf verwirklicht; sie kommt, da mit Notwendigkeit, von selbst. Meinten die deutschen Revisionisten, mit dem Sozialismus habe es noch gute Weile, so erklärten die Austromarxisten umgekehrt: der Sozialismus ist schon da!

Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs schrieb KARL RENNER: „Der Sozialismus ist in die Periode der Verwirklichung eingetreten, er steht hart vor dem Ziele! Überall

greifen die Arbeiter nach dem Staate, an vielen Stellen haben sie ihn ergriffen, an manchen ihn zu handhaben gelernt... Wenn schon nicht Alleinherrschaft so Teilnahme an der Herrschaft durch den Staat, verwalten, mitverwalten und nie wieder abseits stehen!" Und: „Die ganze Daseinsweise des Arbeiters ist heute... zu drei Vierteilen schon sozialisiert...“ (Die neue Welt und der Sozialismus. Einsichten und Ausblicke des lebenden Marxismus, Salzburg 1946, S. 15, 36.)

Das private Unternehmen anonymisiere sich immer mehr und werde zu einer von einer Dienstklasse geleiteten unpersönlichen Anstalt, die immer umfangreicherer öffentlicher Einwirkung unterliegt; damit aber sei das Privatunternehmen schon sozialisiert. Der Einzug der Sozialdemokratie in die Regierung hebe den Herrschaftscharakter des Staates auf. Der Völkerbund (und später: die UNO) bezeichne den Beginn des internationalen Sozialismus.

Die bemerkenswerteste theoretische Leistung des *frühen* Austromarxismus stellt HILFERDINGS „Finanzkapital“ (1910) dar. Hier haben die großen sozialökonomischen Veränderungen der Zeit eine umfassende theoretische Verarbeitung gefunden.

Auf drei Hauptthesen lässt sich der Gedankengang des Werkes zurückbringen:

1. *Die Anonymisierung des Unternehmerkapitals*: An die Stelle des persönlichen Unternehmers tritt die große Kapitalgesellschaft. Hierdurch wird das Kapital mobilisiert: es verdoppelt sich gewissermaßen, indem zu dem angelegten Kapital die frei begebbaren Kapitaltitel treten. „Fiktives Kapital“ wird in Umlauf gesetzt. — Das Vordringen der unpersönlichen Kapitalgesellschaft ändert die *Eigentumsverhältnisse*: „Durch die Verwandlung des Eigentums in Aktieneigentum wird der Eigentümer zum Eigentümer minderen Rechts“, während die wahren „Produktionsbeherrschter“ zu einem immer engeren Zirkel zusammenschrumpfen. Die wirkliche Verfügung über das Produktionskapital steht Leuten zu, die nur einen Teil desselben wirklich beigesteuert haben.“ — Der Bedeutungsschwund des freien Eigentümers für die Leitung der gewerblichen Großunternehmungen wird für HILFERDING sinnfällig in der ökonomischen Kategorie des „*Gründergewinns*“: Der Inhaber von Obligationen oder Aktien erhält in Form von

Zins bzw. Dividende nicht den gesamten Unternehmensgewinn, sondern nur einen Teil desselben, den Leihzins, der schon nach MARX nicht in den Ausgleich der Profitraten eingeht; ihm nähert sich HILFERDING zufolge auch die Realrendite der Aktien. Der „Gründergewinn“ ist also die Differenz zwischen Gesamtprofit des Unternehmens und Leihzins. Indem der „Gründergewinn“ dem als Kapitalgesellschaft organisierten Unternehmen immer wieder zuwächst, wird dessen Akkumulationskraft gestärkt. Hierdurch, sowie durch ihren weit besseren Zugang zum Bankkredit, ist die Kapitalgesellschaft dem Personalunternehmen überlegen. HILFERDING verarbeitet damit die heute allgemein vertraute Erscheinung des einbehaltenen Gewinns („Selbstfinanzierung“); ein Moment, das übrigens schon MARX als einen den tendenziellen Fall der Profitrate retardierenden Umstand gewürdigt hat.

2. Hiermit im Zusammenhang steht die Verbindung des industriellen mit dem Bankkapital zum „Finanzkapital“. Finanzkapital ist, ökonomisch betrachtet, „Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen“. „Herrschaft“ des Finanzkapitals bezeichnet die Konsolidierung der vereinigten (und auch oft personell verketteten) Interessen von Industrie- und Bankwelt. Auch das Zusammenwirken von industriellem und Leihkapital stärkt die Expansionskraft der Großunternehmungen. Da die Banken im wohlverstandenen eigenen Interesse auf miteinander rivalisierende Großkunden der Bank einwirken, kräftigen sie ihrerseits die Querverbindungen innerhalb der gewerblichen Wirtschaft.

3. *Die Organisierung der Märkte:* Über die Bildung von Großunternehmungen in der Form der Kapitalgesellschaft hinaus wirken Marktzusammenschlüsse aller Art (am häufigsten in Form von Kartellen) dahin, die freie Konkurrenz schrittweise zu beseitigen. Zweck der Kartellierung ist, den Beteiligten Monopolpreise, und hierdurch Monopolgewinne, zu sichern. Solche kollektiven Monopolgewinne kartellierter Produktionszweige müssen aber nach HILFERDING zu Lasten anderer, nämlich der nichtkartellierten Bereiche gehen. Monopolpreisbildung bewirkt, im Verein mit Sperrung des monopolisierten Sektors für die freie Kapitalanlage, eine gewisse *Spaltung der Profitraten*. „Die Profitrate steigt in den kartellierten Industrien und sinkt in den nicht-kartellierten.“ Dadurch wird die Lage der Nicht-Kartellierten immer kritischer. Das

einige Mittel hiergegen, das den Nicht-Kartellierten bleibt, ist der eigene Zusammenschluß. So „ist eine Tendenz zu stetiger Ausbreitung der Kartellierung vorhanden... Als Resultat des Prozesses ergäbe sich dann ein *Generalkartell*. Die ganze Produktion wird bewußt geregelt von einer Instanz, die das Ausmaß der Produktion in allen ihren Sphären bestimmt“.

Durch ein „Generalkartell“ aber müßte sich die ganze Produktionsweise unversehens ändern: Innerhalb eines Kartells, das *alle* umschließt, wird das Streben nach Gewinnmaximierung offenbar sinnlos, und ebenso eine hierauf gerichtete Preisbildung. Kriterium des Erfolgs wird nun der Güterausstoß allein. Dies aber ist das Prinzip *sozialistischer* Wirtschaftsführung. So schlägt die kapitalistische Wirtschaft in ihrem eigenen Fortgang um in eine nach dem Gedanken der *öffentlichen Wohlfahrt* geordnete. Während nach HILFERDING vorläufig das Finanzkapital noch aggressiv auf die Weltmärkte ausgreift und im übrigen seine Marktmacht in die Sphäre des Staates hinein zu verlängern trachtet, arbeitet es selbst schon an seiner Überwindung. Es ist dann nur noch nötig, daß eine Partei, die diese geheime Gesetzlichkeit erkannt hat, an die Regierung gelangt, um den Sozialismus perfekt zu machen.

Das hat HILFERDING in seinem Referat auf dem Kieler Parteitag der deutschen Sozialdemokratie (1927) näher ausgeführt: Wir befinden uns „augenblicklich in der Periode des Kapitalismus, in der im wesentlichen die Ära der freien Konkurrenz, in der der Kapitalismus rein durch das Walten der blinden Marktgesetze beherrscht war, überwunden ist, und wir zu einer kapitalistischen Organisation der Wirtschaft kommen, also von der Wirtschaft des freien Spiels der Kräfte zur organisierten Wirtschaft... Organisierter Kapitalismus bedeutet... in Wirklichkeit den prinzipiellen Ersatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz durch das sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion. Diese planmäßige, mit Bewußtsein geleitete Wirtschaft unterliegt in viel höherem Maße der Möglichkeit der bewußten Einwirkung der Gesellschaft, das heißt nichts anderes, als der Einwirkung durch die einzige bewußte und mit Zwangsgewalt ausgestattete Organisation der Gesellschaft, der

Einwirkung durch den Staat... Das heißt nichts anderes, als daß unserer Generation das Problem gestellt ist, mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der bewußten gesellschaftlichen Regelung diese von den Kapitalisten organisierte und geleitete Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft umzuwandeln.“ (Aus dem Protokoll.)

Der Gedanke, daß der vollendete Kapitalismus der organisierten Konkurrenz umschlage in eine neue Wirtschaftsordnung des Gemeinwohls, findet sich bei einer Reihe von Zeitgenossen HILFERDINGS. Als einer der ersten hat WALTER RATHENAU (geb. 1867, ermordet 1922), der Organisator der deutschen Kriegswirtschaft, ein Hinüberwachsen der Privatwirtschaft in den öffentlichen Raum als allgemeine Tendenz angenommen. (Die neue Wirtschaft, 1918); ein Gedanke, der bei JOHN M. KEYNES (1883—1946) wiederkehrt (The End of Laissez-Faire, 1926). Und der deutsche Nationalökonom HEINRICH v. STACKELBERG (1905—1946) hat in seiner Schrift „Marktform und Gleichgewicht“ (1934) ausgeführt: Die Entwicklung drängt zum „bilateral monopolisierten korporativen Markt“, der durch den Staat abgesichert wird. Ein solches Marktverhältnis sah STACKELBERG, mit AMOROSO, vorbildlich verwirklicht im Wirtschaftsstaat des italienischen Faschismus.

Durch diese überraschende Beziehung sind HILFERDINGS Gedanken in ihrem Eigenwert nicht herabgesetzt. Etwas viel Allgemeineres tut sich vielmehr kind: Im zwanzigsten Jahrhundert hören innerhalb der bürgerlichen Welt die Denkrichtungen auf, sich scharf voneinander zu scheiden. Die verschiedensten Denkkreise begegnen einander; Gegensätze von einst verschwimmen, die „Weltanschauungen“ vermischen und durchdringen sich; Abweichendes wird integriert oder ausgemerzt. Ein ungeheurer Angleichungsprozeß der Meinungen hat sich bis auf den heutigen Tag vollzogen, der für mehrere einander ernstlich widersprechende Weltauffassungen in der Gesellschaft keinen Raum mehr lassen will.

III. Zur geistesgeschichtlichen Stellung des Revisionismus

1) Mit dem Revisionismus hat das Denken eines Teils der Sozialbewegung, besonders in Deutschland, wieder Anschluß an das nicht-sozialistische Denken gefunden. Zu einer Reihe sozialökonomischer Lehrmeinungen der Zeit ergeben sich Beziehungen: Das Pochen auf eine letztlich ethisch begründete Sozialreform teilt der Revisionismus mit den konservativen „Kathedersozialisten“ der damaligen Zeit (GUSTAV SCHMOLLER, 1838—1917; ALBERT SCHÄFFLE, 1831—1903; HEINRICH HERKNER, 1863—1932), den Appell an die bestehende öffentliche Gewalt mit den „Staatssozialisten“ (CARL RODBERTUS, 1805—1875; AD. WAGNER, 1835—1917), das institutionelle Denken mit der „Sozialrechtlichen Schule“ (RUD. STAMMLER, 1856—1938; KARL DIEHL, 1864—1943). Auch zu LUJO BRENTANOS (1844—1931) Sozialliberalismus und FRIEDRICH NAUMANN (1860—1919) nationalem Sozialismus ergeben sich Verbindungen.

2) Mit dieser Rückkehr zum nicht-sozialistischen Lehrgut hängt es zusammen, daß nun auch die nach der Jahrhundertwende zur selbständigen akademischen Disziplin sich ausbildende Soziologie ihrerseits in die Lage kommt, die moderne Sozialbewegung nicht so sehr auf ihre Besonderheit als vielmehr auf eine allgemeine gesellschaftliche Gesetzmäßigkeit hin, die sich an ihr selbst vollziehe, zu untersuchen. Zwei soziologische Lehren sind hier von besonderem Interesse:

a) VILFREDO PARETOS (1848—1923) Theorie von der Zirkulation, oder richtiger: von der *Assimilation der Eliten*¹⁾:

PARETO geht aus von einem in der Geschichte immer wieder anzutreffenden Zwei-Klassen-Schema, mit Oberklasse A und Unterkasse B. Beide Gruppen bleiben allerdings nicht auf lange eine Einheit: So differenziert sich die Oberklasse A in einen zuverlässigen Kern Aa und in eine Teilgruppe Ab, deren

¹⁾ Über die „circolazione delle aristocrazie“ vgl. *Trattato di sociologia generale*, Firenze 1916, ver allem § 2179; die folgende Darstellung schließt an den *Manuale di economia politica*, Milano 1906, Kap. II § 103 sqq., an.

Mitglieder mit der Unterkasse sympathisieren, zu dieser übergehen, ihr die Ideen und die Führer liefern. So ist es in der Aufklärungszeit gewesen, als viele Adlige die Partei des dritten Standes ergriffen; und so ist es wieder in der Gegenwart, da die Führer der Arbeiterbewegung sich aus dem Bürgertum rekrutieren. Aber auch die Unterkasse beginnt regelmäßig nach einiger Zeit sich zu scheiden in ein Element Bb, das Unterkasse bleibt, und in eine Gruppe Ba, die zur Oberklasse will und ihren eigenen Aufstieg schließlich über den der ganzen Klasse setzt. Für die Oberklasse ist es nun ein Gesetz ihrer Lebenserhaltung, einerseits den Verlust von Menschen des Typs Ab möglichst gering zu halten und andererseits sich selbst aus der Gruppe Ba zu regenerieren, die Elite der Unterkasse an sich zu ziehen, sie mit ihrem Geist zu durchdringen. — Man hat hier die eigentliche Lehre von der Kunst der gesellschaftlichen „Integration“; und es ist ersichtlich, daß sich diese auf den Revisionismus vortrefflich beziehen läßt.

Hat PARETO zunächst an die Assimilation der Führer der Unterkasse gedacht, so hat GAETANO MOSCA (1858—1941) die Notwendigkeit und Möglichkeit betont, die *Zwischenschichten* an die Ideen der Oberklasse heranzuführen. (Elementi di scienza politica, 1. Aufl. 1922; der erste Teil erschien bereits 1895.) Und gewissermaßen die dritte, vollendete Stufe der gesellschaftlichen Integration wird heute erstrebt: Auch das Bewußtsein der großen Masse Bb soll dem des Typus A angeglichen werden, womit in der Tat die gesamte Unterkasse einer bewußtseinsmäßigen Überfremdung durch den herrschenden Teil der Gesellschaft unterliegen würde.

b) ROBERT MICHELS' (1876—1936) „*ehernes Gesetz der Oligarchie*“.

MICHELS hat sich vom sozialistischen Parteidänger zum Befürworter eines autoritären Volksführertums fortentwickelt; von der deutschen zur italienischen Staatszugehörigkeit übergeweht, ist er in den letzten Jahren seines Lebens einer der außenpolitischen Berater Mussolinis gewesen. In seinem bedeutendsten Werk „Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie“ (1911) hat er seiner Resignation darin Ausdruck verliehen, daß das demokratische Ideal ROUSSEAU'S nicht einmal innerhalb der die staatliche Willensbildung präformierenden Körperschaften, der Parteien, zu verwirklichen sei, und dies an der inneren Entwicklung gerade der sozialistischen Parteien seiner Zeit demonstriert. — In die gleiche Kerbe hat

OSWALD SPENGLER (1880—1936) geschlagen (Der Untergang des Abendlandes, 1918): Das Parteiwesen sei eine Weise, politischen Willen organisiert zur Geltung zu bringen, die charakteristisch für die bürgerliche Epoche sei. Indem die Arbeiterbewegung diese Form übernehme, falle sie derselben Dekadenz des Parteibetriebs anheim, die erst im Führertum — ausgeübt zunächst innerhalb der Parteien, dann im Staatswesen („Cäsarismus“) — geheilt werden könne.

Nach dem ersten Weltkrieg schließlich hat der belgische Sozialistenführer HENDRIK DE MAN (geb. 1885, gest. 1953 im Exil, wohin er wegen seiner Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht gehen mußte), im Anschluß besonders an den amerikanischen Sozialpsychologen McDougall die herrschende Auffassung von der unbewußten Natur der menschlichen Willensanstöße auch auf die Arbeiterbewegung angewandt und diese damit der allgemeinen Lehre vom irrationalen Verhalten unterworfen. Am Revisionismus hat DE MAN kritisiert, daß er das theoretische Element der Arbeiterbewegung immer noch zu ernst genommen habe:

„Statt die Theorie, der sich die Arbeiterbewegung anzupassen habe, zu revidieren, hätte er [der Revisionismus] aussprechen müssen, daß die Praxis der Arbeiterbewegung selber die einzige Quelle tauglicher theoretischer Einsicht ist. Er hätte die Erkenntnis aus der Bewegung, statt umgekehrt die Bewegung aus der Erkenntnis ableiten müssen.“ (Zur Psychologie des Sozialismus, Jena 1926, S. 22.)

So ist zugleich von „innen“ und „außen“ her die Denkrichtung, die im Revisionismus auslief, Schritt für Schritt jener Welt wieder zugeführt worden, wider die zu streiten sie einst ausgezogen war.

B. Der nicht-marxistische Reformismus

I. Frankreich: Jean Jaurès

Nach der Niederlage der Pariser Kommune (1871) fand sich die französische Arbeiterbewegung zunächst schroffer Unterdrückung ausgesetzt. Erst gegen Ende der siebziger

Jahre war wieder an festeren Zusammenschluß zu denken; auf JULES GUESDE (1845—1922) geht die Gründung des „Parti Ouvrier“ (1881) zurück. Schon in den nächsten Jahren aber begann innerhalb der anfangs auf den Marxismus eingeschworenen Partei der Richtungskampf zwischen den aufs Ganze gehenden „Guesdisten“ und den am sofort „Möglichen“ orientierten „Possibilisten“. Der Kampf verschärfte sich nach einer öffentlichen Rede MILLERANDS (1859—1943) im Jahre 1896, die als „Charta“ des Revisionismus angesehen wurde; und besonders, nachdem MILLERAND, seiner Entscheidung für den ausschließlich parlamentarischen Weg zum Sozialismus entsprechend, 1899 in ein bürgerliches Kabinett eingetreten war.

Zwischen revolutionärer (und das heißt nach der Jahrhundertwende vor allem: syndikalischer) und revisionistischer Richtung hat JEAN JAURÈS (1859—1914) als Reformist zu vermitteln gesucht.

JAURÈS bemüht sich um eine Verbindung von philosophischem Idealismus und Materialismus. Die Gemeinwirtschaft ist ihm die Vollendung der Demokratie, die „Expropriation“ daher notwendig. Aber mit der bloßen Nationalisierung der Produktionsmittel ist es nicht getan. Vielmehr soll die Verwaltung der nationalisierten Unternehmungen auf Berufsverbände übertragen werden. Der Staat selbst muß schrittweise und mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts zu einem Organ des proletarischen Mehrheitswillens gemacht werden. Der (zu Beginn des Jahrhunderts auch in Frankreich viel erörterte) politische Massenstreik ist für JAURÈS ein zu ernstes Mittel, als daß man zu seiner Anwendung leichtfertig schreiten sollte. Im Notfall aber darf nach seiner Auffassung das arbeitende Volk auch zu äußersten Mitteln greifen Massenstreik und Aufstand scheinen JAURÈS legitim als Waffe gegen den Krieg. Überzeugter Internationalist (bei gleichzeitiger Verfechtung der nationalen Integrität eines jeden Volkes) hat JAURÈS nur den echten Verteidigungskrieg als gerechtfertigt angesehen. — Als lebhafter Agitator gegen die Kriegsvorbereitungen der europäischen Mächte wurde JAURÈS am 31. Juli 1914, unmittelbar vor Ausbruch des ersten Weltkriegs, ermordet.

II. England: Der Fabianismus

Im Jahre 1884 ging aus der 1883 gebildeten Fellowship of the New Life die Fabian Society hervor. Sie hat nie mehr sein wollen als ein Intellektuellenzirkel; doch hat die Mitwirkung bedeutender Personen (SIDNEY und BEATRICE WEBB, 1859—1947 bzw. 1858—1943; HERBERT GEORGE WELLS, 1866—1946; GEORGE BERNARD SHAW, 1856 bis 1950) der Gesellschaft beträchtlichen Einfluß auf das Sozialdenken des zeitgenössischen England verschafft. — Der Name ist schon ein Programm: Wie der römische Diktator Fabius mit dem Beinamen Cunctator durch hinhaltende Taktik das sieggewohnte Heer Hannibals zermürbte, so haben auch die frühen Fabier durch fortgesetzte Aufklärungsarbeit, die sich vor allem an die leitenden Personen des Staatswesens wandte, die Selbstgewißheit der herrschenden Kreise erschüttern und sie sacht auf den Pfad der sozialen Vernunft führen wollen; sie haben den „Benthamischen Weg zum Sozialismus“ (R. H. S. CROSSMANN) gesucht.

In ihren sozialökonomischen Vorstellungen verrät die Fabian Society den Einfluß der damals lebhaften Agitation der Landreformbewegung. (WALLACE, GEORGE; vgl. oben, S. 28 ff.) — Hat MARX den *Mehrwert* zum Angelpunkt seiner Gesellschaftskritik gemacht und der Kategorie des Mehrwerts auch die Grundrente eingeordnet, so greifen die Fabier auf die *Rententheorie*, in der Fassung, die ihr RICARDO gegeben hat, zurück; und einer verallgemeinerten Kategorie der Rente ordnen sie auch den Unternehmungsgewinn ein. Dies steht übrigens in Übereinstimmung mit der Neigung einer Reihe zeitgenössischer Nationalökonomien, nicht nur die Gewinneinkommen, sondern alle Einkommen mit den Mitteln der Rententheorie zu erklären. (Im angelsächsischen Sprachbereich sind hier besonders von Bedeutung geworden ALFRED MARSHALL, 1842—1924, und JOHN BATES CLARK, 1847—1938.) Während allerdings der Versuch, die klassische Verteilungslehre in eine allgemeine Rententheorie zu verwandeln, vom Begriff der *Differentialrente* ausgeht, halten sich die Fabier, im Sinne RICARDOS, an die *Monopolrente*; sie erweitern so das Verdikt der Landreformer gegen

die bestehende Wirtschaftsordnung: Nicht nur die absolute Grundrente — jegliche Form von Monopolrente, also auch der Unternehmungsgewinn, sollte hinweggenommen werden. Die entweder durch Überführung des zugrundeliegenden Eigentums in öffentliche Hand oder durch Hinwegsteuern des Ertrags. Diese Auffassung hat einen gewissen Einfluß auf die seit 1894 immer mehr ausgebaute britische Nachlaßbesteuerung gehabt.

Das öffentliche Eigentum muß nach Ansicht der frühen Fabier nicht staatlich verwaltet werden; Formen von „Municipaloszialismus“, neben der Entwicklung von Produktionsgenossenschaften, wird der Vorzug gegeben.

Die Klassenidee, daher auch der Gedanke des Klassenkampfes und der Diktatur des Proletariats, ist den Fabiern durchaus fremd geblieben. Auch haben sie es nie darauf abgesehen, Massenanhänger zu gewinnen. An der Konstituierung der Independent Labour Party (1893) sowie des Labour Representation Committee (1900), aus welchem die Labour Party (1906) hervorging, hatten sie tätigen Anteil, ohne sich mit beiden zu identifizieren. Ihre Gedanken allerdings sind in den geistigen Bestand der Labour Party eingegangen. — Über das neuere Denken der Gruppe unterrichten die 1951 herausgegebenen „New Fabian Essays“¹⁾.

§ 2: Spontane Gegenbewegungen

Während die Führer der zeitgenössischen Sozialbewegung vielfach in der Gesellschaftsreform die Hoffnung der Arbeiterbewegung erblickten, hat ein Teil der Arbeiterschaft selbst, in erklärtem Widerspruch hiergegen und vielfach in betontem Anti-Intellektualismus, sein Heil in der eigenen Kraft gesucht.

A. Der revolutionäre Syndikalismus

Der Syndikalismus ist eine weniger theoretische als vielmehr praktische, von den Arbeitern selbst ausgehende Gegenbewegung gegen den Reformismus gewesen. Schon

¹⁾ Deutsch unter dem Titel: „Neue Beiträge sozialistischer Autoren“, 1953.

seit Anfang der neunziger Jahre war er in Frankreich, propagiert besonders von F. L. E. PELLOUTIER (1867 bis 1901) lebendig; hier richtete er sich später besonders gegen den „Millerandismus“. Seine Hauptwirkungszeit aber war überall die Spanne von der Jahrhundertwende bis zum ersten Weltkrieg. Der revolutionäre Syndikalismus ist vor allem in den romanischen Ländern aufgetreten; bis heute hat er sich, auch unter Verfolgungen, in Spanien sowie in Südamerika erhalten. In Deutschland hat ihm GUSTAV LANDAUER (geb. 1870, ermordet 1919) nahegestanden.

Wie der Name sagt, hat die Bewegung in den Gewerkschaften ihren Ort. Diese stehen der Erlebniswelt des Arbeiters zunächst näher als eine politische Partei. Als eine gewerkschaftliche will die Bewegung die bürgerliche Welt vor allem auf dem ökonomischen Sektor bekämpfen und besiegen, durch Organisierung der Massenkraft der Arbeitenden. Die Syndikalisten mißtrauen dem parlamentarischen Umweg, den die sozialistischen politischen Parteien eingeschlagen haben. Sie wollen die „action directe“: Streik, Boykott, Sabotage, Fabrikbesetzung. Soweit theoretische Vorstellungen im Spiel sind, gehen sie vor allem auf den Anarchismus (in Frankreich: auf J. E. RECLUS, 1830—1905) zurück. Mit dem Anarchismus teilt der Syndikalismus auch die Idee einer zukünftigen Organisation der proletarischen Wirtschaft durch die Syndikate: Die Betriebe sollen in die Arbeiterselbstverwaltung übergehen und untereinander durch lose Produktionsverbände föderiert werden. Diesem Konzept eines Gruppensozialismus kommt die heutige jugoslawische Wirtschaftsverfassung nahe.

Mit dem Syndikalismus haben eine Reihe von nicht-sozialistischen Intellektuellen zeitweilig sympathisiert: In Frankreich waren dies namentlich GEORGES SOREL (1847—1922), EDUARD BERTH, LAGARDELLE. Die beiden ersten näherten sich alsbald rechts-nationalistischen Kreisen; später begeisterten sie sich für LENINS bolschewistische Revolution. Nimmt man hinzu, daß Mussolini SOREL als seinen geistigen Lehrmeister betrachtet hat, so wird nicht nur ein Bild von der Ambivalenz eines Teils der

Intelligenz jener Zeit entrollt, sondern deutet sich auch an, daß vom Syndikalismus selbst offenbar Wege in sehr verschiedene Richtungen ausgehen konnten.

Die Bedeutung, die vor allem der westeuropäische Syndikalismus des frühen 20. Jahrhunderts, allerdings mehr für die Praxis als für die Theorie der Arbeiterbewegung, gehabt hat, darf in folgendem gesehen werden:

a) Die Syndikalisten haben dem *Industrieprinzip der Gewerkschaftsorganisation*, gegenüber dem Berufsprinzip, das zu außerordentlicher Zersplitterung der Fachverbände geführt hatte, zum Durchbruch verholfen. Hierdurch wurden die Gewerkschaften in die Lage versetzt, der wachsenden Koalition in der Industrie selbst entsprechende Gegenorganisationen zur Seite zu stellen. Industriegewerkschaft gegenüber Fachverband — das hieß zugleich: Massengewerkschaft gegenüber Facharbeitergewerkschaft. Insofern verfocht der Syndikalismus mit dem Industrieprinzip zugleich die Sache der Ungelernten gegenüber den häufig widerstrebenden Gewerkschaftsleitungen, welche die Arbeiterkoalition auf die höher Qualifizierten zu beschränken neigten. — Im selben Sinn, als Gegengewicht gegen eine Gewerkschaftsführung, die den Syndikalisten der Kollaboration verdächtig war, betrieben diese auch die Aufstellung besonderer Betriebsvertretungen der Belegschaften (shop stewards) — eine Einrichtung, die sich überall durchgesetzt hat.

Im Zusammenhang hiermit steht etwas zweites:

b) Der Gedanke der *Arbeitermitverwaltung*, der „industrial democracy“ (WEBB) wurde von den Syndikalisten verbreitet. Diese verstanden die Arbeitermitverwaltung als eine Durchgangsstufe zur schließlichen Alleinbestimmung der Arbeitenden. Sie unterschieden sich hierdurch gründlich von jenen Sozialreformern, welche auf dem Wege über „Wirtschaftsdemokratie“ (F. TARNOW) und wirtschaftsfriedliche „Mitbestimmung“ zur industriellen „Partnerschaft“ haben gelangen wollen.

c) Das Hekkind der Syndikalisten aber war der Gedanke des *Massenstreiks*. In den ersten Jahren des Jahrhun-

derts viel erörtert, erhielt die Frage namentlich unter dem Eindruck der gewaltigen Streiks von 1905 in Rußland auch in der westeuropäischen Arbeiterbewegung Bedeutung, ob der politische Massenstreik ein wirksames und zu bejahendes Mittel darstelle, sei es zur Erreichung bestimmter politischer Teilziele (wie etwa des allgemeinen und gleichen Stimmrechts in Preußen), sei es, um mit der bestehenden Gesellschaftsordnung überhaupt reinen Tisch zu machen. Für den revolutionären Syndikalismus gewann hierbei der Massenstreik, als Inbegriff des direkten Massenhandelns, eine geradezu programmatiche Bedeutung.

Nach dem ersten Weltkrieg haben sich, unter dem Einfluß der bolschewistischen Revolution in Rußland sowie der Gründung kommunistischer Parteien überall in der Welt (III. Internationale 1919), auch innerhalb des revolutionären Syndikalismus die Geister in gewissem Maße geschieden: Ein Teil der Anhänger ist zum streitbaren Sozialismus gestoßen, ein anderer Teil zu jenen, die ihren Freunden mit der bestehenden Ordnung gemacht haben.

B. Der Gildensozialismus

Die Gildenbewegung stellt die englische Spielart jenes Gruppensozialismus dar, den wir bei den Syndikalisten kennengelernt haben. In den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts entstanden, war die Bewegung zunächst geschichtlich rückwärts gewandt: Man träumte von den alten Zünften und dem redlichen Handwerk. (Gewisse Beziehungen zu der frühzeitigen Rückwendung der englischen Kunst zu Kunstgewerbe und Handerzeugung [W. MORRIS, J. RUSKIN, der englische Jugendstil] sind unverkennbar.) Später scharten sich um die Gildenbewegung diejenigen, die sich durch den Reformgeist der Labour-Führung und durch das Verhalten der Arbeiterführer bei den großen Streiks der Transportarbeiter (1911) und der Bergleute (1913) enttäuscht fühlten. Nach dem ersten Weltkrieg fand der Ruf des Gildensozialismus nach Übereignung der Fabriken an die organisierten Arbeiter vorüber-

gehend größeren Widerhall in der Öffentlichkeit, die durch das Bekanntwerden der großen Kriegsgewinne der Privatwirtschaft in erhebliche Erregung versetzt war. 1915 hatte die Gildenbewegung durch Gründung der „National Guilds League“ festere organisatorische Gestalt erhalten. Das Gründungstatarth enthielt die Forderung:

„Abschaffung der Lohnarbeit, Aufrichtung der Selbstverwaltung (self-government) der Arbeiter in der Industrie mit Hilfe eines demokratischen Systems von nationalen Gilden, in Verbindung mit einem demokratischen Staat.“

Obwohl die Liga nur wenige hundert Mitglieder zählte, verschafften ihr doch klingende Namen (B. RUSSELL, R. H. TAWNEY, G. LANSBURY) zeitweilig größere Ausstrahlung. 1922 wurde, unter Mithilfe vieler Gewerkschaften, ein „National Guild Council“ ins Leben gerufen. Doch schon Mitte der zwanziger Jahre kam die Bewegung zum Er liegen. Der Gedanke der Arbeiterkontrolle und der Selbstverwaltung nationalisierter Unternehmungen hat indessen in England weitergewirkt, bis in die Organisation der nach 1946 verstaatlichten Industrien hinein.

§ 3: Organisierte Gegenbewegung, unter Fortbildung des klassischen Sozialismus

So sehr es in allen Ländern, in deren Sozialbewegung der Reformismus überwog, marxistische Gegenströmungen gegeben hat, so ist doch der konsequente Bruch mit dem, was zum vorherrschenden Gedankengut der II. Internationale geworden war, und eine theoretische Bewältigung der neuen Verhältnisse mit den Mitteln des überkommenen wissenschaftlichen Sozialismus in dem Lande unternommen worden, das bis zur Jahrhundertwende an der Peripherie der internationalen Arbeiterbewegung gestanden hat: in Rußland. Die Lehren des Bolschewismus („Leninismus“) sind zur Grundlage auch des theoretischen Weltkommunismus geworden. — Nur die theoretische Seite von Bolsche-

wismus und Weltkommunismus wird im folgenden darzustellen sein; und auch hier vorwiegend die ökonomisch-soziale Auffassung.

A. Der Bolschewismus (bis 1917)

Auch hier bedarf es zunächst einer Vorstellung von der Anschauungswelt, die sich dem Sozialdenken darbot, das heißt: von Rußlands gesellschaftlichen Zuständen.

I. Das zaristische Rußland

Die *Sozialgeschichte Rußlands* weist gewichtige Besonderheiten auf; gewisse Seiten der westeuropäischen Entwicklung hat sie nicht geteilt. Die Missionierung durch Byzanz und die Aufnahme des Ostchristentums hat Rußland nicht die ungeheuren Kämpfe zwischen den Königen und dem Papst, zwischen weltlicher und geistlicher Macht erleben lassen, durch welche schon im Mittelalter beide Gewalten, indem sie sich voneinander abgrenzten, letztlich relativiert und sowohl die geistliche als auch die weltliche Gewalt rationaler Staatstheorie unterworfen worden sind¹⁾). In Rußland war seit der Verselbständigung der Moskauer Kirche gegenüber Byzanz in der Mitte des 15. Jahrhunderts der Großfürst von Moskau und später der Zar unangefochtener Oberherr der Kirche. — Es fehlt ferner in Rußland die Individualisierung des Glaubens durch die Reformation und die Relativierung der Glaubenslehren durch das Nebeneinander mehrerer christlicher Religionsgemeinschaften. Es fehlt der Durchbruch des Individualismus auch in der Ordnung des weltlichen Lebens, wie er sich in Renaissance und Humanismus dargestellt hat. Es fehlt, als Grundlage hiervon, die Emanzipationsbewegung der Städte und eines städtischen Bürgertums, durch welche die Sonderung von Gesellschaft und Staat vorbereitet wurde, so daß schließlich in Westeuropa die Gesellschaft des Dritten Standes den Staat selbst nach ihren Zwecken zu formen unternahmen konnte. Auch von der ungeheuren Bewe-

¹⁾ Man denke an den kühnen Gedanken eines *Marsilius von Padua* (etwa 1275 bis 1343), den Papst durch ein allgemeines Konzil wählen sowie absetzen zu lassen. Die anhebende rationale Staatstheorie wurde hierdurch auch auf die nach dem Prinzip der Hierarchie und der Weihen aufgebaute Kirche übertragen.

gung der Aufklärung und des Rationalismus ist nur ein matter Abglanz auf Rußland gefallen. So erklärt es sich, daß noch im hohen 19. Jahrhundert ein Großteil auch der gegen die herrschenden Verhältnisse opponierenden russischen Intelligenz gleichzeitig der Entwicklung Westeuropas fremd und kritisch gegenüberstand. Es waren dies die Slavianofily (Slavophilen), die sich hierdurch von den Zapadniki (Westlern) unterschieden. Es wird aber auch deutlich, daß der Bolschewismus, mit seinem Rückgriff auf den in Westeuropa entwickelten wissenschaftlichen Sozialismus, mit seiner rationalen Erklärung der Gesellschaft, mit seiner Lehre von einer planvollen Strategie des sozialen Kampfes und seinem Konzept einer „wissenschaftlich“ zu ordnenden Gesellschaft, für Rußland überhaupt erst eine Epoche des vollen Durchbruchs der Aufklärung gebracht hat; durch ihn ist der Anschluß des russischen Denkens an den westlichen Rationalismus hergestellt worden.

Das *Rußland des 19. Jahrhunderts* bot noch immer das Bild einer traditionalen vorindustriellen Gesellschaft: Als Basis eine gewaltige Masse bis 1861 in Leibeigenschaft lebender Bauern, die in einem geschichtslosen Zustand und ökonomisch auf der Stufe des Holzpfuges dahinvegetierten; so daß ein A. HERZEN von ihnen sagen konnte, sie seien eine „Zwitterexistenz zwischen Geologie und Geschichte“ und repräsentierten eine Art des Seins, die eine „Physiologie, aber keine Biographie“ hat. (Rußlands soziale Zustände.) Über den Bauern eine schmale Oberschicht adliger Gutsbesitzer, die zugleich Herren der Dörfer waren, welche ihnen die leibeigenen Arbeitskräfte für die herrschaftliche Wirtschaft stellten. In den Städten eine schmale Schicht von Kaufleuten und Kleingewerbetreibenden; dazu gegen Ende des Jahrhunderts ein schütteres Unternehmertum: das war die Physiognomie der russischen Gesellschaft. Das eigentlich unruhige Element in dieser durch und durch statinären Ordnung war die Intelligenz (s. unten, S. 200 f.).

Das politische Regime war ein autokratisches. Im Außenverhältnis die zuverlässigste Stütze der europäischen „Heiligen Allianz“ gegen alle Anwändungen von Liberalismus und Demokratie in Europa, wußte es im Inneren mit Hilfe der geheimen Staatspolizei (Ochrana) liberale, nationale oder soziale Gelüste mit Sibirien oder Schlüsselburg zu ahnden. Was in Rußland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts an bedeutenderen Reformen unternommen wurde, ist durch äußere Niederlagen und militärischen Zusammenbruch herbeigeführt worden. So war es, als der Krimkrieg (1854—56) die Schwäche von Armeen

zeigte, deren Soldatenmasse zu Hause in Leibeigenschaft gehalten wurde, und die Überfälligkeit einer Bauernemanzipation sich erwies, die schließlich 1861 gesetzlich eingeleitet wurde. So war es, als auf die Niederlage im russisch-japanischen Krieg 1904 die Massenerhebungen von 1905 folgten und Rußlands Übergang zum „Scheinkonstitutionalismus“ (MAX WEBER) erzwangen. So war es, als die Niederlage im ersten Weltkrieg und die Aufstände vom März 1917 zum Thronverzicht des Zaren führten. Die Veränderungen hatten stets den Charakter von Zugeständnissen, und sie überschritten das Maß des Unvermeidlichen nicht.

Die *Arbeits- und Lebensbedingungen*, welche die erst gegen Ende des Jahrhunderts sich entwickelnde russische Industrie ihren Arbeitern bot, hielten selbst den Vergleich zum zeitgenössischen Westeuropa nicht aus. Das Bild von der Länge des Arbeitstags, von der Niedrigkeit der Löhne, von dem Ausmaß der Frauen- und Kinderarbeit, dem Wohnungselend, dem Trucksystem, Arbeitsstrafrecht — ein Bild, wie es uns, im Anschluß an die Berichte der russischen Fabrikinspektoren, etwa von TUGAN-BARANOWSKIY (Geschichte der russischen Fabrik, russisch 1898, deutsch 1900) und SCHULZE-GÄVERNITZ (Volkswirtschaftliche Studien in Rußland, 1899) entrollt worden ist, findet seinesgleichen schwerlich. Eine Besonderheit der russischen Betriebsverfassung war der Patriarchalismus: Die Wahrung der Arbeitsdisziplin wurde als Staatsangelegenheit betrachtet. 1845 wurde ins Strafgesetzbuch die Bestimmung aufgenommen (Art. 1791), daß Ungehorsam gegen den Fabrikherrn dieselbe Strafe nach sich ziehe wie Ungehorsam gegen die Staatsgewalt. Auch Anstiftung zum Streik sowie Beteiligung an einem solchen waren unter Strafe gestellt; und diese konnte bis zur Zwangsverschickung gehen. Die Auffassung, daß ein Streik zugleich ein Akt politischer Auflehnung sei, hat sich bis in die Arbeitsverfassung der Sowjetunion erhalten. Das russische Wort „Stačka“ bedeutet nicht nur Streik, sondern auch geheimes Einverständnis, Konspiration. Niemals hat es in Rußland ein freies Streikrecht gegeben. Ja selbst der Gedanke des freien Arbeitsvertrags war kaum entwickelt; bis 1861 bestand nicht nur bäuerliche Leibeigenschaft, sondern auch eine weit verbreitete Fabrikleibeigenschaft: der Unternehmer kaufte häufig mit dem Fabrikgrund ein ganzes Dorf, mitsamt seinen Seelen, wodurch ihm ortsgebundene Arbeitskräfte gesichert waren. Auch nach Wegfall der Leibeigenschaft ist es nicht zur Anerkennung der Gewerkschaften als Tarifpartei gekommen.

Die Gewerkschaften teilten mit den politischen Gruppierungen der Arbeiterschaft das Schicksal der Unterdrückung.

Das hat das bolschewistische Denken zutiefst geprägt. Nirgends sind alle Fragen der Arbeiterbewegung so radikal aufgeworfen worden wie in Rußland. Das Ferment der Entwicklung, auch der Arbeiterbewegung, aber war die russische *Intelligenz*.

II. Das revolutionäre Denken vor Lenin

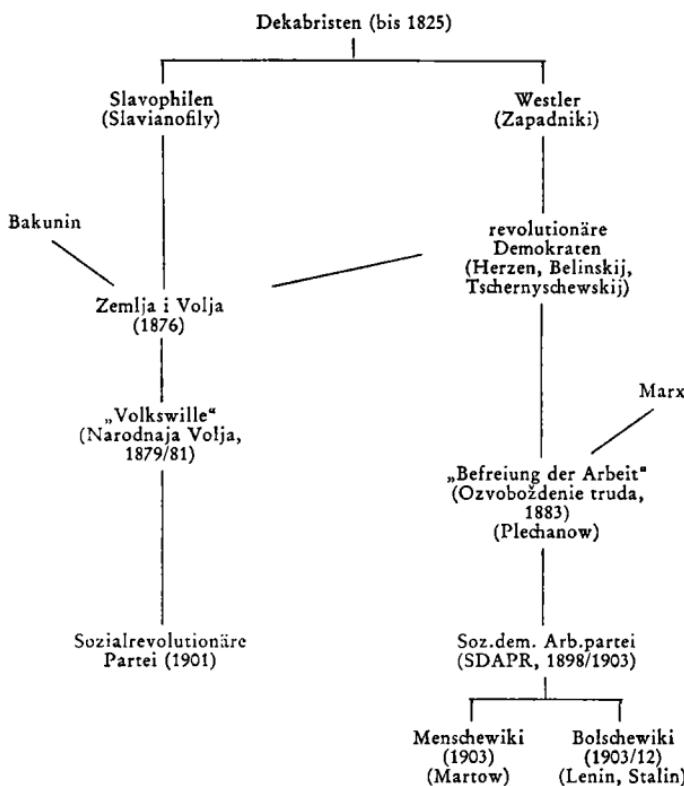
Der Bolschewismus ist einer gesellschaftlichen Verbindung von radikaler Intelligenz und Arbeiterschaft entsprungen, wie sie in Westeuropa nicht bestanden hat. Der gleichmäßige Druck des Zarismus auf beide, auf Arbeiterschaft und Intelligenz, hat sie zusammengeführt.

Die radikale Intelligenz rekrutierte sich vielfach aus dem Adel. Wenn irgendwo, dann ist auf die russischen Intellektuellen des 19. Jahrhunderts der (von ALFRED WEBER geprägte und von KARL MANNHEIM übernommene) Begriff der „sozial freischwebenden Intelligenz“ anwendbar. In der bestehenden Ordnung fanden die russischen Intellektuellen keinen Platz, während gleichzeitig das Volk durch den Zustand der rohesten Unbildung und des Analphabetismus von ihnen getrennt war. Nur in den unerschlossenen Tiefen einer wahren Volkskultur konnte die russische Intelligenz ihre eigene Hoffnung finden. Doch dazu bedurfte es offenbar einer Erneuerung, welche die gesamte bestehende Ordnung in Mitleidenschaft ziehen mußte. Als der Hort alles Bestehenden aber erschien die zaristische Autokratie. Gegen sie richtete sich, angefangen vom Dekabristenaufstand von 1825, alle Bewegung, die somit von vornherein politischen Charakter trug. Und an der Härte der zaristischen Repression radikalierte sich die Bewegung selbst. Die Leidensgeschichte der russischen Intelligenz ist außergewöhnlich: kaum ein bedeutender Denker, der nicht Kerker, Verbannung, Emigration durchkostet hätte. So konnte der Dichter KOROLENKO (1851—1921) schreiben: „Wenn ein russischer Schriftsteller stirbt, so werden vermutlich in jener Welt folgende Fragen an ihn gerichtet: Warst du zu Zwangsarbeit verurteilt? Oder zur Ansiedlung in Sibirien? Saßest du im Kerker? Standest du wenigstens unter Polizeiaufsicht? ... So verbrecherisch ist nun einmal unser Beruf.“

Der bolschewistische Kampfgeist gründet in der langen Vorgeschichte des streitbaren russischen Denkens: Vom Anarchismus ging der Weg über die Einzelaufklärer (Volkstümler), die Anhänger des politischen „individuellen Terrors“ (Narodnaja Volja), die illegalen Zirkel und Emigrations-Gruppierungen (PLECHANOWS Gruppe „Befreiung der Arbeit“) zur sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAPR), innerhalb deren wiederum die Bolschewiki sich nach dem LENINSCHEN Konzept des „Kampfbundes“ organisierten. (Vgl. Übersicht)

1. Der Anarchismus. Der Anarchismus, mit seinen Kampfmitteln: Terrorismus, Attentat, Sabotage, bezeichnet immer wieder eine erst rohe Form sozialer Auflehnung. (Vgl. S. 17 ff.) In Rußland entzündete sich der Anarchismus an der Gewalt des Zarismus; gerade hier mußte die Verneinung des Staates am entschiedensten werden. — Zugleich ist eine gewisse Beziehung zwischen Anarchismus und Bauerntum zu beobachten. Rußland ist ein Land der Bauernrevolten gewesen. Das Aufbegehren der Bauern aber hat, in Rußland wie anderwärts, jene wiederkehrenden Formen angenommen, welche das Ziel weist: In aller Regel ist Hauptwunsch der Beteiligten die Aneignung des Bodens; diese aber stellt einen individuellen Akt dar, und der Zusammenhalt der Bewegung reicht nur bis zu ihrem Vollzug. Bauernerhebungen pflegen elementar und ungeleitet wie Naturgewalten loszubrechen, um sich alsbald auf zahllose Einzelschauplätze zu zerteilen; und das ist regelmäßig ihr Ende. Der bäuerlichen Bewegung ist der im Grunde untheoretische Anarchismus mit seinem Rückgriff auf bestimmte sich von selbst verstehende Begriffe des gesellschaftlich Rechten und seinem Appell an die Kraft der spontanen Selbsthilfe (man vergleiche BAKUNINS Aufforderung an die Bauern: „Nehmt euch den Boden!“) angemessen. So ist die geistige Verbindung zum Slawophilentum verständlich, die der russische Anarchismus mit dem Narodničestvo teilt. Eine dem Anarchismus nahestehende Organisation war von Anfang an die von

Zur geistigen Genealogie des Bolschewismus



Anhängern der Volkstümlerbewegung 1879 gebildete „*Narodnaja Volja*“.

Einige russische Anarchisten haben auch in Westeuropa zeitweilig Widerhall gefunden; sie konnten hier an eine gewisse Lehrtradition (vor allem an PROUDHON) anschließen, mit der beide Hauptvertreter des russischen Anarchismus im Exil in Berührung gekommen sind.

MICHAIL BAKUNIN (1814—1876), Sohn eines russischen Aristokraten, studierte in Moskau und Berlin, so er Linkshegelianer wurde; dazu kam der Einfluß FEUERBACHS. Am Dresdener Aufstand von 1849 beteiligt, wurde BAKUNIN von der sächsischen Regierung zum Tode verurteilt, jedoch der österreichischen, von dieser der russischen Regierung überliefert. Es schlossen sich Jahre des Kerkers und der Verbannung an, Welch letzterer BAKUNIN 1864 entrann. Er floh nach Italien, wo er für den Anarchismus Anhänger warb. 1868 stieß er zur I. Internationale, die 1872 am Konflikt zwischen Sozialisten und Anarchisten auseinanderbrach. — Die folgenden Äußerungen kennzeichnen BAKUNINS Idee der Revolution sowie seinen Gegensatz zum Marxismus: „Der Revolutionär betrachtet alles als moralisch, was zum Triumph der Revolution verhilft; weiche und entnervende Gefühle der Verwandtschaft, Freundschaft, Liebe, Dankbarkeit, ja selbst der Ehre müssen in ihm erstickt werden von einer kalten Leidenschaft für die revolutionäre Sache. Tag und Nacht muß er einen Gedanken, ein Ziel haben — erbarmungslose Zerstörung.“ (Revolutionärer Katechismus, 1869.) „Die Kommunisten glauben, die Arbeiterkräfte organisieren zu müssen, damit sie sich der politischen Macht der Staaten bemächtigen. Die revolutionären Sozialisten organisieren sich im Hinblick auf die Zerstörung oder, wenn man ein höflicheres Wort wünscht, die Liquidation der Staaten. Die Kommunisten sind Anhänger des Prinzips und der Praxis der Autorität, die revolutionären Sozialisten haben nur in die Freiheit Vertrauen. Beide sind in gleicher Weise Anhänger der Wissenschaft, welche den Aberglauben töten und den Glauben ersetzen soll; die ersten wollen sie aufzwingen, die letzteren werden sich bemühen, sie zu propagieren, damit die Gruppen überzeugter Menschen sich spontan und frei organisieren und föderieren, von unten nach oben, durch ihre Eigenbewegung und ihren wirklichen Interessen entsprechend, nie aber nach einem vorher entworfenen Plan, der den unwissenden Massen durch einige höhere Intelligenzen aufgezwungen wird. Die revolutionären Sozialisten denken, daß viel mehr praktische Vernunft und Geist in den instinktiven Aspirationen und den wirklichen Bedürfnissen der Volksmassen liegen, als in der tiefen Intelligenz all dieser Ärzte und Vormunde der Menschheit, die die Prätention erheben, den vielen verfehlten Versuchen, die Menschheit zu beglücken, noch ihre Bemühungen hinzuzufügen. Die revolutionären Sozialisten denken im Gegenteil, daß die Menschheit sich lange genug, zu lange, hat

regieren lassen, und daß die Quelle ihres Unglücks nicht in dieser oder jener Regierungsform, sondern im Prinzip und in der Tatsache einer jeden Regierung selbst, welche es immer sei, liegt.“ (Die Kommune von Paris und der Staatsbegriff, 1871)

Auch für den Fürsten PETR KROPOTKIN (1842—1921), der 1872 zur I. Internationale stieß, von der er sich zusammen mit BAKUNIN trennte, ist der Staat ein verwerfliches Institut menschlicher Unterdrückung; an seine Stelle soll die „gegenseitige Hilfe“ treten: „Durch die gesamte Geschichte unserer Kultur ziehen sich zwei Traditionen, zwei entgegengesetzte Strömungen: die römische Tradition und die volkstümliche, die kaiserliche Tradition und die eidgenössische, die autoritäre Tradition und die freiheitliche... Die Zertrümmerung der Staaten, und das Aufkeimen neuen Lebens in tausend und aber-tausend Zentren, gegründet auf die lebendige Initiative des einzelnen und der Gruppen und auf die freie Vereinbarung; oder aber immer wieder der Staat, der das individuelle und örtliche Leben zermalmt, alle Gebiete menschlicher Tätigkeit mit Beschlag belegt; mit ihm die Kriege und die inneren Kämpfe um die Macht, dazu jene Oberflächenrevolutionen, die nur einen Wechsel in der Person der Tyrannen bedeuten, und am Ende dieser Entwicklung, unentzinnbar — der Tod!“ (Die historische Rolle des Staates; a. d. Frz. 1920)

Mit der Neigung zum Anarchismus, und zwar außerhalb und auch innerhalb der eigenen Reihen, hat sich noch im 20. Jahrhundert der Bolschewismus auseinanderzusetzen gehabt. (Man vgl. STALIN, Anarchismus oder Sozialismus? 1906/7; LENIN, Der Linksradikalismus, eine Kinderkrankheit des Kommunismus, 1919, sowie auch die Kämpfe um die Betriebs- und Industrieverfassung in den ersten Jahren der Sowjetmacht¹⁾.)

2. Die Volkstümler (Narodniki): Die Volkstümler waren eine Gruppe junger sozialrevolutionär gesinnter Intellektueller, die seit den sechziger Jahren „ins Volk gingen“, um dieses durch mühevolle Einzelaufklärung zum Bewußtsein seines Elends und zur politischen Tat zu bringen. Als sich dies, auch angesichts der polizeilichen Verfolgung, als zu langwierig erwies, griff ein Teil der Volks-

¹⁾ Werner Hofmann, Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion, Berlin 1956, S. 292 f.

tümler zum Mittel des Attentats auf hochstehende Persönlichkeiten, um hierdurch die Volksmassen aufzurühen. (Narodnaja Volja)¹⁾. So kam es zur Ermordung Alexanders II. (1881). Die Volkstümler wollten sich auf die Bauernschaft stützen. Aus ihrer Bewegung ging die 1901 gegründete „Sozialrevolutionäre Partei“ hervor, die noch zur Zeit der Oktoberrevolution mit den Bolschewiki auf dem flachen Land ernsthaft rivalisierte.

Die Narodniki huldigten jenem Mir-Sozialismus, der in der Bodengemeinschaft des russischen Dorfes die Grundlage der gesellschaftlichen Zukunftsordnung, so wie sie Rußland angemessen sei, erblickte. In den fünfziger Jahren hatte der deutsche Freiherr von HAXTHAUSEN die russische Bodengemeinschaft, den Mir oder die sel'skaja obščina, untersucht und in der wissenschaftlichen Welt bekannt gemacht. Er hielt sie irrtümlich für ein urwüchsiges Relikt des einstigen allgemeinen Bodencommunismus. Diese Einschätzung übernahm ENGELS. Ein HERZEN und ein TSCHERNYSCHEWSKIJ begeisterten sich damals für den Mir als Vorform eines bodenständigen russischen Sozialismus. An diesen Ideen haben die Narodniki festgehalten.

Was ihnen Nahrung gab, war die anerkanntermaßen höchst unbefriedigende Lage der Bauern, auch nach der Befreiung von 1861, die den Bauern zwar persönliche, nicht aber wirtschaftliche Unabhängigkeit gebracht hatte. „Die Erwartung der Bauern war durch die Art der Landzuteilung schwer enttäuscht worden. So eindeutig positiv das Ergebnis in bezug auf die Rechtslage der Bauern war, so bedenklich war es in wirtschaftlicher Hinsicht. Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Bauern vom Herrn hatte sich dadurch eher vergrößert als verringert. Die Kapitalisierung der Urproduktion wirkte sich eindeutig zugunsten des wirtschaftlich Starken aus. Um den Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, mußten die Bauern für Entgelt das Land der Gutsherren bearbeiten, was sie als Fortsetzung des Frondienstes (barschtschina) empfanden, und die Loskaufzahlungen waren für sie nichts anderes als der frühere

¹⁾ Über die Tätigkeit der Terroristen berichtet autobiographisch Vera Figner, „Nacht über Rußland“. Albert Camus hat ihnen ein literarisches Denkmal gesetzt mit seinem Drama „Die Besessenen“.

Obrok und wurden von ihnen auch so bezeichnet. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, schien alles beim alten geblieben zu sein... Der wirtschaftlichen Not der Bauern war nicht gesteuert; ihr Lebensstandard, auch in bezug auf den Lebensmittelverbrauch (zumal an Fleisch), blieb im Vergleich mit den Bauern der anderen europäischen Länder sehr niedrig" (HANS v. RIMSCHA, Geschichte Rußlands, Wiesbaden, o. J., S. 452). Und ARTHUR ROSENBERG (Geschichte des Bolschewismus, Berlin 1932, S. 29) hat die russische Bauernemanzipation rundweg als „Befreiungskomödie“ bezeichnet.

Die letztlich auf die Slawophilen zurückgehende Idee, daß Rußland gegenüber dem durch und durch verdorbenen Westen einen eigenen Weg zu gehen habe, den des Bauernsozialismus, gestützt auf die unverbrauchten und noch schlummernden Kräfte des Landvolks, berief sich auch auf die folgende ökonomische Überlegung: Infolge der allgemeinen Armut der Massen kann sich in Rußland ein breiter innerer Markt nicht entwickeln. Daher fehlt die Voraussetzung für die Entfaltung des Kapitalismus in Rußland. Es bliebe einem solchen nur der Ausweg auf äußere Märkte. Nun hat aber Rußland als Spätkömmling auf der Bühne der Weltpolitik den Anschluß schon versäumt; die Welt ist weggegeben. So muß der Kapitalismus schon in seinen Anfängen verkümmern, noch ehe er eine größere Arbeiterschaft hervorgebracht hat. Da der Kapitalismus in Rußland also keine progressive Kraft darstellt, muß man, statt auf das Proletariat, auf die Bauernschaft setzen; diese ist die eigentlich revolutionäre Klasse in Rußland.

Durch zwei Umstände wurde diese Auffassung gegen Ende des Jahrhunderts erschüttert: erstens durch die Erfahrung mit der besonders schweren Hungersnot von 1891/92, die zeigte, daß der Mužik stirbt, ohne zu revolten. Zweitens aber durch die Tatsache, daß von den neunziger Jahren an die Industrie sich in Rußland rasch zu entwickeln begann. Zwar blieb der Anteil an der Gesamtwirtschaft bis zur Oktoberrevolution verhältnismäßig gering, aber punktuell kam es zu erheblicher Ballung der Industrie. Und dies brachte auch eine entsprechende Agglo-

meration von Arbeitermassen mit sich, was deren Schlagkraft, selbst bei verhältnismäßig geringer Gesamtzahl, sehr erhöhen mußte. Schon in den neunziger Jahren kam es zu Massenstreiks. — So war durch die tatsächliche Entfaltung einer privaten Industrie, mit all ihren Konsequenzen, der Boden bereitet für jene Bewegung, die unter Rückgriff auf den klassischen Marxismus auch für Rußland den allgemeinen Entwicklungsweg des proletarischen Sozialismus weisen wollte.

3. Wegbereiter des Marxismus in Rußland: Plechanow: Nicht mit LENIN faßte der Marxismus in Rußland Fuß; PECHANOW hatte schon Vorarbeit geleistet mit der von ihm (mit VERA SASSULITSCH, AXELROD) gegründeten Gruppe „Befreiung der Arbeit“ (1883).

GEORGIJ PLECHANOW (1857—1918) kam von den Narodniki her, deren Gegner er wurde. PLECHANOW und LENIN waren zunächst einig in der Verurteilung des Narodničestvo und gaben gemeinsam von 1900 ab die Zeitung „Iskra“ (Der Funke) heraus. Nach dem Londoner Parteitag der SDAPR von 1903 gingen ihre Wege auseinander; PLECHANOW näherte sich dem rechten, menschewistischen Flügel, was ihn allerdings nicht hinderte, den deutschen Revisionismus sowie den russischen Reformismus (STRUVE, TUGAN-BARANOWSKI) zu befehden. Im ersten Weltkrieg machte sich PLECHANOW zum Fürsprecher patriotischer Pflichterfüllung der Arbeiter. 1918 ist er gestorben. Seine theoretischen Leistungen liegen vor allem auf dem Gebiet der Philosophie, der Geschichte des materialistischen Denkens, der marxistischen Kunsttheorie.

PLECHANOW hat den Marxismus in die russische Arbeiterbewegung eingebbracht. Erst durch LENIN aber ist dessen Adaptierung auf die russischen Verhältnisse, und zugleich auf die neuen Weltverhältnisse des 20. Jahrhunderts, geschehen. So ist LENIN von gleicher Bedeutung für die russische Arbeiterbewegung wie für den späteren theoretischen Weltkommunismus geworden.

III. Lenins ökonomisch-soziale Lehren

VLADIMIR ILJIC ULJANOW (dies ist LENINS wirklicher Name; 1870—1924) war der Sohn eines in den Adelsstand erhobenen Beamten. Ein älterer Bruder wurde wegen Verschwörung gegen den Zaren hingerichtet. Schon der Student LENIN beteiligte sich an Unruhen. Nach seiner Rückkehr aus der ersten Verbannung arbeitete er, durch PLECHANOW frühzeitig an den Marxismus herangeführt, in jenen illegalen Arbeiterbildungszirkeln, aus denen 1895 der Petersburger „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“ und 1898 die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands hervorging, zu deren führenden Köpfen LENIN von Anfang an gehörte. Wiederholt verhaftet, verbannt, aus der Verbannung geflüchtet, später zur Emigration gezwungen, war er nach der bolschewistischen Revolution bis zu seinem Tode Vorsitzender des Rats der Volkskommissare. — LENIN verkörperte in seiner Person den Typus des Volkstribunen, wie er selbst ihn für den sozialistischen „Berufsrevolutionär“ gefordert hat: Ein zugleich theoretischer und praktischer Kopf, in allem das Nächstliegende mit dem Prinzipiellen verbindend, voll revolutionärer Leidenschaft, die zugleich intellektuell beherrscht war, ein Mann von außerordentlicher Ausstrahlungskraft — so wird er geschildert, und so begegnet er uns in seinen Schriften.

LENIN hat sein Konzept ständig unter dem Anstoß praktischer Fragen entwickelt. Den Ausbau dieses Konzepts verfolgen heißt daher ein Stück Geschichte der russischen Sozialbewegung begleiten. — In einem industriell zurückgebliebenen Land formuliert, stellt LENINS Lehre in allen ihrem Teilen eine einzige große Antwort auf die Frage dar, wie eine revolutionäre Bewegung, deren Klassen-Unterbau vorläufig nur ein sehr schmaler war, dennoch erfolgreich wirken könne. Eben hierdurch sollte LENINS Auffassung nicht zuletzt für das Wirken des Weltkommunismus in den ökonomisch unterentwickelten Räumen der Welt von heute bedeutungsvoll werden.

1. Der Nachweis der kapitalistischen Entwicklung Rußlands: Die Voraussetzung für alle weiteren theoretischen und praktischen Überlegungen

LENINS ist der in seinem frühen Buch „Über die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland“ (1899) unternommene Nachweis: Rußland geht den westeuropäischen Weg; in Stadt und Land ist die kapitalistische Umwandlung schon Tatsache geworden. Und daher gibt es auch keinen „besonderen“ Weg des russischen Sozialismus. Dies ist gegen die Volkstümler gerichtet. Zugleich aber grenzt Lenin sich scharf von den westeuropäischen Revisionisten ab, indem er ausführt: Die russischen Revolutionäre haben nicht zu warten, bis das russische Proletariat einen dem westeuropäischen vergleichbaren Stand erreicht hat; denn unterdessen wirken die allgemeinen Widersprüche der kapitalistischen Weltordnung, die nicht nur ökonomischer Natur sind, auch nach Rußland hinein. Ferner: auch die anstehende bürgerlich-demokratische Revolution ist eine Revolution, die man im Hinblick auf den beschleunigten Fortgang nicht zuletzt der ökonomischen Entwicklung und im Hinblick auf eine künftige Machtergreifung des Proletariats unterstützen muß.

2. Die Lehre von den Kampfbedingungen der Arbeiterbewegung: a. *Arbeiterpartei und Gewerkschaften:* Eine der Maximen des „Leninismus“, die sich später der Weltkommunismus zu eigen gemacht hat, ist die vom Primat der Arbeiterpartei über die Arbeitergewerkschaften. Sie wird begründet durch LENINS bekannte These, daß die Arbeiter, bei aller Kampfbereitschaft, es in ihren Anschauungen aus eigenem Vermögen, ohne den Anstoß durch eine systematisch an sie herangetragene Theorie, nur bis zum „Trade-Unionismus“ bringen.

„Die Geschichte aller Länder zeugt davon, daß die Arbeiterklasse aus eigenen Kräften nur ein trade-unionistisches Bewußtsein auszubilden vermag, das heißt die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammenzuschließen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzutrotzen u. a. m. Die Lehre des Sozialismus ist hingegen aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien her-

vorgewachsen, die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intelligenz, ausgearbeitet wurden... Das politische Klassenbewußtsein kann in den Arbeiter *nur von außen* hineingetragen werden, das heißt aus einem Bereich außerhalb des ökonomischen Kampfes, außerhalb der Sphäre der Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Das Gebiet, aus dem allein dieses Wissen geschöpft werden kann, ist das Gebiet der Beziehungen *aller Klassen* und Schichten zum Staat und zur Regierung, das Gebiet der Wechselbeziehungen zwischen *sämtlichen Klassen*.“ (Was tun? 1902)

Das Postulat, die Arbeiterpartei solle führen, richtete sich gegen die „Ökonomisten“ innerhalb der SDAPR. Allerdings soll die sozialistische Partei sich nach LENIN gleichzeitig auf die Gewerkschaften „stützen“; sie soll „Vortrupp“ einer breiten Massenbewegung sein, die sich auch um die Gewerkschaften gruppiert.

Die Auffassung LENINS vom Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften hat nach der bolschewistischen Revolution in STALINS Lehre von den Gewerkschaften als „Transmissionsriemen“ des Willens der regierenden Staatspartei eine, wie die Praxis zeigte, recht einseitige Interpretation gefunden.

In LENINS These von der revolutionären Partei als einer Elite-Organisation der Arbeiterklasse ist ein zweites schon enthalten: der Gedanke eines stehenden Generalstabs der Revolution.

b. *Führung und Masse; die Lehre vom Berufsrevolutionär*: Für LENIN ist die Führung des proletarischen Kampfes eine Wissenschaft. Sie muß wie eine Wissenschaft betrieben werden, das heißt von Fachleuten der Revolution, welche ihr zugleich theoretisches und praktisches Metier verstehen. Die Lehre vom Berufsrevolutionär ergibt sich für LENIN aus der Auffassung, daß die Arbeiter, sich selbst überlassen, über den beschränkten Gesichtskreis des ökonomischen Kampfes, und zwar ihres eigenen, nicht hinausgehen. Die Aufgabe ist aber nicht nur von ökonomischer, sondern sogar vor allem von politischer Natur. Obenan steht in Rußland der Sturz des Zarismus. Diese Aufgabe

ist nicht nur Sache der Arbeiterschaft, sondern auch ihrer „Verbündeten“. Daher bedarf es, soll die Führung des Kampfes nicht bloße „Handwerkelei“ sein, eines leitenden Stabes von revolutionären Führern mit politischem Weitblick und theoretischer Einsicht, die fähig sind, *alle* verfügbaren gesellschaftlichen Kräfte zusammenzufassen und auf ein Hauptziel zu lenken. So ist die Leitung des Arbeiterkampfes eine Sache politischer Kader, in deren Reihen Arbeiter und Intellektuelle zur Einheit verwachsen. Diese Berufsrevolutionäre sollen zugleich eng mit den Massen zusammenarbeiten, sie sollen der gemeinsamen Sache völlig ergeben sein. Das Ideal des revolutionären Führers erblickt Lenin im Bilde des „Volkstribun“:

„Man kann nicht genug betonen, daß... das Ideal eines Sozialdemokraten nicht der Sekretär einer Trade-Union, sondern der *Volkstribun* sein muß, der es versteht, auf alle Äußerungen der Willkür und Unterdrückung zu reagieren, wo sie auch anzutreffen sind, welche Schicht sie auch betreffen mögen, der es versteht, alle diese Äußerungen zu einem Gesamtbild der Polizeiwillkür und der kapitalistischen Ausbeutung zu vereinen, der es versteht, jede Kleinigkeit zu benutzen, um vor *aller* Welt seine sozialistischen Überzeugungen und seine demokratischen Forderungen darzulegen, um *allen* und jedermann die welthistorische Bedeutung des Befreiungskampfes des Proletariats klarzumachen.“ (Was tun?)

Das LENINSche Konzept vom Berufsrevolutionär konnte sich auf die lange streitbare Tradition der russischen Intelligenz und ihr besonderes Verhältnis zur Arbeiterbewegung stützen. — Der Gedanke des Zentralismus ist bei Zeiten auf den Widerspruch ROSA LUXEMBURGS gestoßen, die hier eine Gefahr künftiger Entfremdung der Parteispitze von den Massen und innerparteilicher Tyrannis angelegt sah.

Die Frage, ob die russische Sozialdemokratie als lose Massenpartei, und das hieß auch: auf eine Beschränkung der Betätigungsformen hin, die ihre Legalisierung ermöglichen würde, oder als konspirative Kaderpartei zu organisieren sei, entzweite die kaum geeinigte SDAPR auf dem

Londoner Parteitag von 1903; sie zerfiel in die beiden Flügel der „Mehrheitler“ (Bolschewiki) und „Minderheitler“ (Menschewiki). 1906 kam es, unter dem Eindruck der vorangegangenen Arbeitererhebungen, zur Wiedervereinigung der beiden Gruppen; aber in der folgenden Ära STOLYPIN trat der Riß wieder hervor. Nach Überwindung der durch den Sieg der Reaktion erzeugten Resignationsperiode der russischen Arbeiterbewegung und dem Wiederbeginn größerer Streiks im Bereich des zaristischen Staates schuf sich 1912 die bolschewistische Gruppe eine eigene Organisationsspitze, sie wurde damit zur selbständigen Partei. In der Tat stand hinter der Frage der Organisationsform schon 1903 die weitere Frage nach den Zielen, auf deren Erreichung das Organisationskonzept angelegt war. Das gab der Organisationsfrage einen prinzipiellen Charakter. Indem solche Fragen bis zur Konsequenz durchgekämpft wurden, traten, anders als in Deutschland, die Richtungen beizeiten auseinander. Künftige, entscheidende Kämpfe bereiteten sich vor.

c. *Bündnistheorie; die Bauernfrage*: Die sog. Bündnistheorie LENINS enthält zwei Hauptgedanken: 1. Kern der sozialistischen Bewegung kann überall, auch in industriell zunächst schwach entwickelten Ländern, nur das Proletariat — unter Einschluß der *ländlichen* Lohnarbeiterchaft — und seine politische „Vorhut“ sein. Ihrer besonderen Klassennatur nach muß nach LENIN die Arbeiterschaft ihre eigene Organisation haben, und vor allem ihre eigene politische Partei. Diese darf nicht zur Jedermannspartei werden. 2. Andererseits: Entsprechend der marxistischen Geschichtsauffassung, wonach *alle* bisherige Geschichte eine solche von Klassenkämpfen gewesen ist, gibt es, namentlich in halb vorindustriellen Gesellschaften, nicht nur *eine* soziale Frage, die Arbeiterfrage, sondern weitere soziale Klassengegensätze, vor allem die Bauernfrage, und das heißt: die Bodenfrage. Der Marxismus will, indem er die klassenlose Gesellschaft anstrebt, die soziale Frage in jeglicher Gestalt lösen. Alles, was an vorindustriellen Aufgaben erledigt wird, führt dem eigentlichen Endziel näher.

Das gilt auch im politischen Raum: Alles, was die Kampfmöglichkeiten der Arbeiter erweitert, etwa die parlamentarische Republik gegenüber der Autokratie, muß nach dieser Auffassung eine Arbeiterpartei sich als ein Etappenziel zu eignen machen. Daß solche Zwischenziele auch Ziele für andere Gesellschaftsgruppen sind, schafft eine gewisse Interessenübereinstimmung, läßt ein zeitweiliges Zusammengehen als möglich erscheinen. Der Sozialist soll dabei nicht sein eigenes Ziel preisgeben, sondern vielmehr das der anderen Gesellschaftsgruppen mit dem seinen verbinden, dem eigenen weiterreichenden Konzept einordnen:

„Der ist kein Sozialdemokrat, der in der Praxis vergißt, daß die Kommunisten überall jede revolutionäre Bewegung unterstützen‘, daß wir daher verpflichtet sind, vor dem ganzen Volke die allgemein demokratischen Aufgaben darzulegen und hervorzuheben, ohne auch nur einen Augenblick lang unsere sozialistischen Überzeugungen zu verheimlichen. Der ist kein Sozialdemokrat, der in der Praxis seine Pflicht vergißt, in der Aufrollung, Zuspitzung und Lösung jeder allgemein demokratischen Frage allen voranzugehen.“ (Was tun?)

Allerdings: was für eine auf den Sozialismus gerichtete Bewegung nur Zwischenziel sein kann, etwa die parlamentarische Republik, oder die Übereignung des Bodens an seine Bebauer, ist nach LENIN für die „verbündeten“ Sozialgruppen schon Endziel. Mit fortschreitender Entwicklung finden sich daher die verschiedenen gesellschaftlichen Schichten an ganz verschiedenen Punkten saturiert: Das liberale Bürgertum will nicht über die parlamentarische Republik, die Bauernschaft, sich selbst überlassen, nicht über das Individualeigentum hinaus. Daher muß die Arbeiterpartei nach LENIN auch den Bundesgenossen gegenüber sich als selbständige Potenz erhalten, da ihr gesellschaftliches Ziel erst in der klassenlosen Ordnung erreicht ist.

LENINS Konzept von Grad und der Dauer der Bündnisfähigkeit der sozialen Gruppen ist ein Stück angewandter marxistischer Soziologie. Diese Lehre hat sich später der

theoretische Weltkommunismus zu eigen gemacht. Ihre Bedeutung darf in folgendem gesehen werden:

1. Auch in einem Land von agrarischem Typus mit schwach entwickelter Arbeiterschaft, aber einer offenen und drängenden Bauernfrage kann der streitbare Sozialismus die Mehrheit der Bevölkerung für sich gewinnen. Die Bedeutung, die das für die Arbeit der kommunistischen Weltbewegung im Entwicklungsräum von heute hat, liegt auf der Hand.

2. Allerdings wird ein solcher Erfolg nur dadurch möglich, daß nicht sofort und willkürlich der Sozialismus selbst auf die Tagesordnung gesetzt wird, sondern vorläufig nur ein „Minimalprogramm“: Beseitigung des Herreneigentums am Boden, Herstellung demokratischer Freiheiten, nicht zuletzt für die Arbeiterbewegung, u. U.: Volksbewaffnung, ferner Trennung von Staat und Kirche, allgemeine Volkserziehung, usw.¹⁾). Der Gedanke ist dabei: Die konsequente Verwirklichung all solcher nicht spezifisch auf Probleme des industriellen Proletariats bezogener, also klassenorientierter Reformen überschreitet doch bereits das, was auch eine bürgerliche Regierung zu leisten bereit ist, und gibt der Demokratie selbst mehr und mehr gesellschaftlichen Kampfcharakter. So kann — wie es vollends heutigentags eine Reihe von kommunistischen Parteien der westlichen Welt zum Ausdruck gebracht haben — der Übergang zu einer qualitativ neuen gesellschaftlichen Ordnung in einer Reihe von Einzelschritten geschehen. Dabei ist es wichtig, in Ländern mit starker Agrarbevölkerung vor allem die Bauernschaft über ihre eigene begrenzte Zielsetzung hinauszuführen und sie dahin zu bringen, ihr eigenes ökonomisches Geschick mit dem der Arbeiterschaft dauernd zu verbinden.

Daß dieser vielgliedrige Sozialkalkül in der Wirklichkeit nicht so glatt aufgeht, wie es im Planspiel der gesell-

¹⁾ Das Muster eines solchen sozialistischen Minimalprogramms darf man schon in den von Marx und Engels mitunterzeichneten „Forderungen der kommunistischen Partei in Deutschland“ aus dem Sturmjahr 1848 sehen.

schaftlichen Strategie den Anschein haben mag, ist heute schwerlich zu erkennen.

Diese Lehre von den Kampfbedingungen des Proletariats ist zunächst für Rußland entworfen worden. Daß sie später zur Lehre des theoretischen Weltkommunismus werden konnte, röhrt daher, daß die „Wissenschaft“ vom Klassenkampf schon durch LENIN verbunden worden ist mit der Lehre von den neuen ökonomisch-politischen Verhältnissen der Weltgesellschaft, und das heißt: mit der Lehre vom *Imperialismus*.

3. Die Imperialismustheorie: a. Zeitgenössische Imperialismus-Theorien: An (marxistischen und nicht-marxistischen) Imperialismus-Lehren gebriicht es im ersten Viertel dieses Jahrhunderts nicht. Nur zwei bedeutendere Auffassungen sollen hier kurz gekennzeichnet werden, unter Vernachlässigung dessen, was von Denkern wie JOHN HOBSON (1858—1940), KARL KAUTSKY (1854—1938), NIKOLAI BUCHARIN (geb. 1888, erschossen 1938) und anderen zu dem Gegenstand beigetragen worden ist.

1) Die Imperialismustheorie ROSA LUXEMBURGS (Die Akkumulation des Kapitals, 1913). LUXEMBURG setzt ein mit einer Kritik an den MARXSchen Schemata der erweiterten Reproduktion des Kapitals (s. oben, S. 135 ff.): Könnte der Austausch zwischen den Abteilungen P_m und K_m prinzipiell aufgehen, wie MARX angenommen hat, so wäre ein Ende der kapitalistischen Produktionsweise nicht abzusehen. Tatsächlich bedeutet aber das Gesetz der „höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals“, daß der in Löhnen verausgabte Kapitalteil v nicht rasch genug mitwächst: Mangels ausreichender Lohnaufkraft der heimischen Arbeiter kommt es zu einem unabsetzbaren Warenrest; und dieser muß im außerkapitalistischen Raum realisiert werden. „Der Kapitalismus bedarf zu seiner Existenz und Fortentwicklung nicht-kapitalistischer Produktionsformen als seiner Umgebung... Er braucht nicht-kapitalistische Sozialschichten als Absatzmarkt für seinen Mehrwert, als Bezugsquellen seiner Produktionsmittel und als Reservoirs der Arbeitskräfte für sein Lohnsystem.“ (Die Akkumulation des Kapitals, Berlin 1923, S. 289). Daher ist nach LUXEMBURG auch der *Kolonialismus* der kapitalistischen

Produktionsweise wesensgemäß; und indem man den Kolonialismus bekämpft, arbeitet man zugleich auf den Zusammenbruch des Kapitalismus hin.

Die an die alte Unterkonsumtionstheorie wieder anschließende Grundthese ROSA LUXEMBURGS hat viel Kritik aus sehr verschiedener Richtung gefunden (LENIN, BUCHARIN, OTTO BAUER, NEISSER, BRAUNTHAL, SWEETZ): ROSA LUXEMBURG weise im Grund nicht, wie dies ihre Absicht sei, einen kommenden Zusammenbruch, sondern vielmehr die Unmöglichkeit der kapitalistischen Produktionsweise nach. Das kapitalistische System sei nicht erst gefährdet, wenn die ganze Welt durchkapitalisiert sei. Der Kolonialismus löse das Problem, so wie es für ROSA LUXEMBURG steht, nicht: denn wer sollte im Ausgangsland die Waren kaufen, die der Kolonialraum im Austausch gegen den „unabsetzbaren Rest“ dem kapitalistischen Land zu liefern hätte? Schließlich ist zutreffend festgestellt worden: ROSA LUXEMBURG hat die Reproduktionsschemata von MARX mißverstanden, sie übersah, daß bei Wiederanlage des Mehrwerts auch neue Lohnarbeiter eingestellt werden, v also durch Hinzutreten von m_w weiter wächst, wodurch die Ausgangstheorie selbst hältlos wird. Hinzuzufügen ist, daß LUXEMBURG die Eignung des „dritten Raums“ sowohl als Absatzmarkt wie auch als Feld der Kapitalanlage überschätzt hat.

2) *Die Imperialismus-Theorie* FRITZ STERNBERGS (Der Imperialismus, Berlin 1926): Geht ROSA LUXEMBURG von einem unabsetzbaren Konsumgüterrest aus, so STERNBERG, der für sich in Anspruch nahm, die Thesen ROSA LUXEMBURGS weiterzuentwickeln, von einer „industriellen Reservearmee“, die, wiederum infolge ungenügenden Wachsens des variablen, d. h. in Löhnen verausgabten Kapitalteils, über groß zu werden drohe. Zwar sei die „industrielle Reservearmee“ dem Kapital erwünscht als ein Mittel, die Löhne niedrig zu halten; aber die „Surplusbevölkerung“ dürfe andererseits nicht so groß werden, daß sie dem Wirtschaftssystem gefährlich werde. Der Export von Kapital in nicht-kapitalistische Räume der Weltwirtschaft ist nach STERNBERG im „Früh-Imperialismus“ ein Mittel, die Tendenz zur „höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals“, und das heißt auch zur Verdrängung von menschlicher Arbeit durch Maschinenarbeit, herabzusetzen. Dabei geschieht der Kapitalexport zunächst in Form der Ausfuhr von Konsumgütern. Infolge der Erschließung neuer Märkte ist es möglich, daß gleichzeitig die Unternehmer höhere Gewinne *und* die Arbeiter höhere Löhne erlangen. Der Revisionismus mit seiner Lehre vom

Klassenfrieden ist für STERNBERG die Theorie dieser „Schonzeit“. (S. 69) — In einer höheren Phase des Imperialismus allerdings werden nicht mehr Konsumgüter, sondern Produktionsgüter ausgeführt. Diese dienen dem Aufbau neuer Industrien in bisher nicht-kapitalistischen Ländern. So erwächst den alten Industrieländern vermehrte Konkurrenz; bisher „passiv-imperialistische“ Länder können zu „aktiv-imperialistischen“ aufsteigen. Die immer verzweifeltere Suche nach neuem nicht-kapitalistischen Ausbruchsraum bringt nach STERNBERG die „aktiv-imperialistischen“ Mächte in wachsende Verwicklungen miteinander, sie hat die „Unabwendbarkeit des Krieges zwischen aktiv-imperialistischen Staaten“ zur Folge. (S. 299) Das Ergebnis solcher Kriege kann sein, daß hochkapitalistische Länder als „aktiv-imperialistische“ ausgeschaltet werden — wie STERNBERG mit Blick auf das Deutschland des Versailler Vertrags meint —, womit die Krise über sie hereinbrechen muß. Dieses späte Heranreifen einer revolutionären Situation (denn der Sozialismus kommt, wie STERNBERG damals noch gemeint hat, nur auf den Schwingen der Revolution) kann aber nach dem, was ihm vorausging, die Arbeiterbewegung unvorbereitet treffen. Die vorangegangene „Schonzeit“ hat nämlich auch das Klassenbewußtsein der Arbeiter „getrübt“, ihre Kampfkraft geschwächt. Schließlich droht der Rückfall hochkapitalistischer Staaten in einen Zustand der „Geschichtslosigkeit“, wenn nicht zur rechten Zeit einer objektiv „reifen“ Situation ein adäquater subjektiver Wille der geschichtsmächtigen Klasse zur Seite getreten ist. Dieses Auseinanderklaffen von objektiven und subjektiven Bedingungen der sozialistischen Wende zu verhüten, ließ der damalige Marxist STERNBERG sich angelegen sein.

Bei STERNBERGS Theorie gemahnt manches an Gedanken von TROTZKIJ, dessen Theorie der „permanenteren Revolution“ allerdings nicht im strengen Sinne ökonomisch, sondern soziologisch begründet wurde. In anderer Hinsicht bezieht er selbst sich auf ROSA LUXEMBURG, und manche Bedenken gegenüber ihrer Lehre sind auch auf ihn beziehbar. Im ganzen wirkt die Konstruktion mechanistisch, und die Vorstellung von einem Umschlag der modernen Wirtschaftsgesellschaft in die „Geschichtslosigkeit“ geht an der Natur einer durchaus expansiven Wirtschaftsweise vorbei.

b. *Lenins Auffassung vom Imperialismus:* Wie vor ihm LUXEMBURG und nach ihm STERNBERG, und im Unterschied zu anderen, hier nicht behandelten zeitgenössischen Den-

kern, hat LENIN den Imperialismus nicht als eine nur politische Erscheinung, als Annexionismus, sondern als wesentlich ökonomische Erscheinung, also aus den Grundtatsachen des Kapitalverhältnisses zu erklären unternommen. Hierbei soll MARX nicht berichtigt, sondern vielmehr fortgeführt werden. Ausgangspunkt ist für LENIN, der im Grunde immer auf die politische Konsequenz hinzielt, nicht die Lehre von den Proportionen der erweiterten Reproduktion des Kapitals, sondern die Lehre von der dem kapitalistischen System eigenen Tendenz zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals. So wächst für LENIN der Imperialismus „organisch“ aus dem Konzernkapitalismus heraus, er ist „seinem ökonomischen Wesen nach Monopolkapitalismus“.

1) Das *Erscheinungsbild* des Imperialismus erblickt LENIN in folgendem:

„1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses ‚Finanzkapitals‘; 3. der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet. Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Truste gegonen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.“ (Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, veröffentlicht 1917)

2) Als *wesentlich* erscheint LENIN am Imperialismus:
 a) Der Kapitalismus erhält „parasitären“ Charakter. Der Monopolgewinn, im Verein mit Kolonialprofiten, ermög-

licht das Entstehen zahlreicher neuer „unproduktiver“ Tätigkeiten sowie die Bildung einer breiten Schicht von „Kouponschneidern“. So ist es auch möglich, vielen Arbeiterführern, aber auch privilegierten Schichten innerhalb der Arbeiterklasse selbst, eine gesicherte Existenz innerhalb der bestehenden Gesellschaft zu bieten und sie hierdurch zu korrumpern.

Mit der „Bestechungs“-These haben sich hinfert die Anhänger des „Leninismus“ das Abschwenken so mancher Arbeiterführer vom streitbaren Sozialismus erklärt. — Das Entstehen einer breiten Kapitalrentnerschicht im Zusammenhang mit dem Ausgreifen der Aktiengesellschaften und der durch sie bewirkten Streuung von Publikumskapital haben seinerzeit auch die Revisionisten, allerdings mit ganz anderen Schlußfolgerungen, konstatiert. (Vgl. oben, S. 177.) Mittlerweile hat freilich die Wendung zur „säkularen Inflation“ einen unverkennbaren Wandel geschaffen: sie hat weithin zu der von KEYNES prognostizierten „Euthanasie des Rentners“ geführt und das Eigentum, auch am Aktienkapital, in einer heute die Gesellschaftspolitik beunruhigenden Weise neu konzentriert. — Obwohl LENIN den Kapitalismus des 20. Jahrhunderts als „faulend“ und „sterbend“ inkriminiert hat, ist er nicht so weit gegangen, der erwerbswirtschaftlichen Ordnung die Möglichkeit zu beschleunigter Kapitalakkumulation überhaupt abzusprechen. In dieser Hinsicht bleibt die Wirtschaftsordnung, gegen die er sich wendet, für ihn von ernst zu nehmender Dynamik.

b) Wichtig ist das später vom theoretischen Weltkommunismus übernommene „*Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung*“, dem die einzelnen Teile der kapitalistischen National- und Weltwirtschaft in ihrem wechselseitigen Verhältnis unterliegen. „Die Ungleichmäßigkeit und Sprunghaftigkeit in der Entwicklung einzelner Unternehmungen, einzelner Industriezweige und einzelner Länder ist im Kapitalismus unvermeidlich.“ (Der Imperialismus.) Die ökonomische Begründung hierfür (die LENIN, seinem mehr beschreibenden als analytischen Vorgehen entsprechend, nicht gibt) darf man in der schon von HILFERDING bezeichneten Spaltung der Profitraten zwischen Mo-

nopolisten und Nichtmonopolisten sowie zwischen Ländern von unterschiedlicher Rolle im kapitalistischen System suchen. — Aus der Annahme, daß ein Teil der Monopolvorteile zu Lasten schwächerer Wirtschaftszweige geht, hat der neuere theoretische Kommunismus die Erwartung abgeleitet, daß einem allgemeinen Kampfruf gegen das Großkapital auch die benachteiligten Gruppen der Unternehmerschaft ihr Ohr nicht verschließen werden. Das führt weiter zum Konzept der „Volksfront“ gegenüber faschistischer Bedrohung, und nach 1945 zum Gedanken der „nationalen Front“. (Siehe unten, S. 249 ff.)

c) In erklärtem Gegensatz zu den Revisionisten meint LENIN, die dem kapitalistischen System innenwohnenden *Widersprüche* werden in dessen „höchstem Stadium“ nicht bewältigt, sondern vielmehr nach Form und Inhalt verschoben und dabei tendenziell *verschärft*. Zu den ökonomischen Widersprüchen, die sich aus der Ungleichmäßigkeit der Kapitalakkumulation ergeben, sind die sich zusätzlichen politischen getreten: „Reaktion auf der ganzen Linie“, nationale Unterdrückung, Gegensätze zwischen den rivalisierenden ökonomischen und politischen Machtgruppen im nationalen und schließlich im Weltmaßstab. — Mit allem ist für LENIN der Imperialismus nicht ein Umweg, sondern vielmehr der „Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats“.

3) Will man LENINS Imperialismuslehre *würdigen*, so ist zunächst zum Symptombild festzustellen: Die Tendenz zur „Konzentration der Produktion und des Kapitals“ ist zweifelsfrei. Allerdings wird hierdurch die Konkurrenz nicht aufgehoben, sondern verwandelt: an die Stelle des Preiskampfs tritt in gewissem Maß die Konkurrenz um die Kosten, um die Qualität, die Konkurrenz der Werbeapparate um die „Meinung“ der Käufer, usw. — Auch mit der Verbindung von Industrie- und Bankkapital ist eine heute sattsam bekannte Erscheinung bezeichnet. — Zum Verhältnis von Waren- und Kapitalexport ist zu sagen: Der Kapitalexport kleidet sich in aller Regel selbst in die Form des Warenexports. (Allerdings wächst dabei die Bedeutung des Exports von Investitionsgütern.) Sodann aber: Der Kapitalexport — der jedoch vorwiegend in ökonomisch

vergleichbare Länder geht — hat gewiß zur Zeit der Imperialismustheoretiker eine gewisse Bedeutung gehabt, auch als ein Mittel, heimischem Kapitalüberfluß bei allgemeiner Markttenge zu entgehen. Und dementsprechend konnte auch ein Kampf um die Anlagefelder entbrennen. Hier haben aber Weltwirtschaftskrise und Keynesianismus mittlerweile eine gewisse Wende gebracht. Die Weltwirtschaftskrise hat die unabweisbare Notwendigkeit gezeigt, die *heimischen* Märkte selbst aufzubreßen; und der Keynesianismus hat die Mittel hierzu gewiesen: Auf Grundlage ständiger Erweiterung der Geldeinkommen und damit der Nachfrage, und sei es mit Hilfe des KEYNES-schen „Pyramidenbauens“, d. h. mit Hilfe *unproduktiver* Investitionen, ist es möglich geworden, dem heimischen Markt etwa die Größe zu geben, bei der ein gegebenes monopolistisch bestimmtes Preisniveau durchhaltbar ist. Im Zusammenhang damit ist die — von den Theoretikern des *Kolonialimperialismus* immer überschätzte — Bedeutung des „dritten“ Raumes der Weltwirtschaft als Feld rentabler Kapitalanlage weiter zurückgegangen, wie das weltweite Problem der ökonomischen Unterentwicklung heute zeigt. Andererseits ist zwischen den Industrienationen selbst, die mit Hilfe ständiger staatsvermittelter Erweiterung der Nachfrage sich auch wechselseitig vergrößerte Märkte zu bieten vermögen, ein neues ökonomisches Zusammenrücken offenbar möglich geworden¹⁾. Diese neueren Tendenzen hat die marxistische Wirtschaftslehre theoretisch bislang noch kaum ausreichend verarbeitet.

4) *Die Konsequenz:* Aus dem von LENIN postulierten „Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung“ und aus der Lehre von der „Verschärfung der Widersprüche“ innerhalb der kapitalistischen Welt entspringt die (erst später, nämlich nach der Isolierung der russischen Revolution seit der Niederlage der deutschen Revolution, von LENIN gezogene) Folgerung: Eine sozialistische Umwälzung kann zunächst in *einem* Land, und zwar in einem ökonomisch zurückgebliebenen, gelingen und sich dauerhaft stabilisieren. Die Kette der kapitalistischen Nationen reißt an ihrem „schwächsten Gliede“ ab. Allerdings erhoffte in den Jahren 1917/18 LENIN, daß die russische Revolution der Arbeiterschaft in einigen europäischen Industrieländern

¹⁾ Vgl. Werner Hofmann, *Europamarkt und Wettbewerb*, Berlin 1959.

das Signal zum eigenen Aufbruch geben werde, so daß die russische Revolution durch eine unmittelbar folgende Umwälzung in anderen Ländern abgesichert sein würde. An dieser Erwartung der „*permanenten Revolution*“ hat später TROTZKI (1879—1940) festgehalten, während STALIN (1879—1953) einen Schritt über LENIN hinausgegangen ist: Nicht nur die proletarische *Revolution* in einem Lande, auch der „*Aufbau des Sozialismus*“ in einem Lande ist möglich und notwendig.

Im Gegensatz zu STALIN forderte TROTZKI die Aufnahme der Parole von den „*Vereinigten Sowjetstaaten Europas*“ und von der „*Diktatur des europäischen Proletariats*“ ins Programm der 1919 gegründeten Kommunistischen (III.) Internationale. Denn ohne die baldige „*Weltrevolution*“ könne auch die Sowjetordnung nicht fortbestehen, oder sie werde gezwungen sein, sich mit den Mächten ihrer Umwelt zu arrangieren, was einem Verrat an der Sache der Weltarbeiterchaft gleichkomme. — Zu einer solchen Auffassung, deren Konsequenz ein Zuwarten im Inneren, ein Zuschlagen in der Außenwelt hätte sein müssen, konnten sich die Sowjetführer schwerlich verstehen. Seit der streitbare Sozialismus im nationalen Maßstab sich konsolidiert hat, führt er seine Sache nicht nur auf der sozialen, sondern auch auf der nationalen Ebene. Und auch die sowjetische Außenpolitik hat zwischen der Rücksicht auf die kommunistische Weltbewegung und den Belangen der eigenen Nation, auch bei letzlicher Einheit der Ziels, wohl zu scheiden gewußt.

B. Der theoretische Weltkommunismus¹⁾

Einheit und Gegensätzlichkeit, geistige Leistungen wie Dogmatisierungstendenzen des Weltkommunismus beruhen auf diesem der Situation der Sowjetunion schon im ersten Jahrzehnt ihrer Existenz immanenten Widerspruch. Die Formen, in denen er sich äußert, haben sich je nach der historischen Situation ständig verändert und jene für eine lange Periode dem Scheine nach unveränderliche monolithisch-„totalitäre“ Phase erzeugt, die bei den Versuchen

¹⁾ Die folgende Partie bis S. 273 ist von Wolfgang Abendroth vollständig neu gefaßt worden; W. H.

seiner Analyse und sachlichen wissenschaftlichen Beurteilung in den westlichen Ländern häufig zu im Grunde unhistorischer, nur äußere Phänomene registrierender Betrachtung und zu lediglich polemischer Wertung verführt hat. Aber weder Inhalt noch Form seiner Ideologie, noch die Art und Weise, in der er die älteren Schichten marxistischen Denkens erheblich verändert und teilweise beiseitegeschoben hat, erst recht nicht die gegenwärtige polyzentrische Auflösung seines nur vorübergehend monolithischen Charakters lassen sich soziologisch analysieren und verstehen, wenn nicht die sozialhistorische Situation, die jeweils sein Wesen bestimmt, in die Untersuchung einbezogen wird.

*I. Kriegskommunismus
und „Neue ökonomische Politik“ (NEP)
in Sowjetrußland*

Der Sieg der russischen Oktober-Revolution (1917) wurde dadurch möglich, daß es der bolschewistischen Partei gelungen war, die Mehrheit in den Sowjets zu erobern, weil sie die Forderung der Massen nach der Beendigung des Krieges, der Liquidierung des Großgrundbesitzes und der Zerschlagung des früheren politischen Systems, das diese Forderungen offensichtlich nicht zu erfüllen bereit war, am klarsten artikulierte. Die Sowjets waren zunächst plebisitäre Revolutionsorgane agierender Massen gewesen und in dieser Form bereits in der Revolution von 1905 (vgl. LEO TROTZKI [1879—1940], „Die russische Revolution von 1905“, 1910) in Erscheinung getreten. Parallel organisiatorische Formen spontaner Massenbewegungen waren die Revolutionären Obleute während der deutschen Massenstreiks im ersten Weltkrieg, die Räte im deutschen Revolutionsprozeß 1918/19, die shop stewards in den englischen Streikbewegungen der gleichen Periode, ähnliche Gruppierungen in der italienischen Arbeiterbewegung bis zum Sieg des Faschismus. Sie wurden nun durch den Sieg der Oktoberrevolution zu Staatsorganen. LENIN hatte in

Weiterbildung der Analyse der Pariser Kommune durch KARL MARX die politische Theorie eines nur auf unmittelbare demokratische Selbstverwaltung gegründeten proletarischen Staates, der Diktatur des Proletariats, entwickelt, die insofern Diktatur sein sollte, als sie an die Rechtsnormen des früheren bürgerlichen Staates nicht gebunden war, aber insofern Demokratie sein wollte, als die an der Revolution beteiligten Massen ihre Räte nicht nur kontrollieren, sondern auch jederzeit umbesetzen konnten. („Staat und Revolution“, 1917, deutsch 1919.) Die Partei spielt in dieser Phase der Theorieentwicklung nur eine intellektuell leitende, nicht eine institutionell privilegierte Rolle.

Die Niederlage der revolutionären Bewegung in den mittel- und westeuropäischen Ländern ließ die Autorität der siegreichen russischen Revolution und ihrer bolschewistischen Führungspartei auch unter den Arbeitern und den Theoretikern der marxistischen Linken in diesem Teil Europas rasch stark anwachsen. In den mitteleuropäischen Ländern und in Italien hatte zwar die Revolutionsperiode am Ausgang des ersten Weltkriegs die parlamentarische Demokratie auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts zum Siege geführt; aber der soziale Inhalt der bisherigen kapitalistischen Gesellschaftsstruktur war infolge des Bündnisses zwischen der den Krieg unterstützenden Organisationswelt des reformistischen (und meist auch des vorher „zentristischen“) Flügels der Arbeiterbewegung, dem überkommenen Staatsapparat und den bürgerlichen Klassen nach Auseinandersetzungen mit den meist nur unorganisiert handelnden Arbeitermassen erhalten geblieben. Deshalb erschien diesen sich nach links orientierenden Kräften nun der Erfolg der Oktober-Revolution als Vorbild. So wurde die Theorie der Diktatur des Proletariats und der Räterepublik als ihrer politischen Form, die vor 1917 noch nicht bestanden hatte, von den westeuropäischen linken Marxisten übernommen, auch soweit sie sie vor den ersten Rückschlägen vor allem der deutschen Revolution noch nicht akzeptiert hatten. ROSA LUXEMBURG (1870—1919) hatte in ihrem Manuskript „Die russische Revolution“

(März 1918, posthum publiziert 1922) noch die Ausschaltung des Parlamentarismus in Rußland bedauert, aber dann im Spartakus-Programm (Dezember 1918) die Alleinherrschaft der Räte gefordert. Ähnlich hatten sich die Niederländer ANTON PANNEKOEK, (1873—1965, „Bolschewismus und Demokratie“, 1919) HERMANN GORTER, (1864 bis 1927, „Der historische Materialismus“, 2. Aufl. 1921), HENRIETTE ROLAND-HOLST (1869—1952) und die Italiener AMADEO BORDIGA (geb. 1889) und ANTONIO GRAMSCI (1891—1937) entschieden.

Allerdings vollzog sich diese Rezeption zunächst in der ursprünglichen Fassung der Lehre, die nicht auf eine Parteidiktatur, sondern auf plebiszitäre Demokratie bei lediglich mehr oder minder beratender Funktion der revolutionären Partei gerichtet war. Dieser Stimmung entsprach die Dogmatisierung der These von der Diktatur des Proletariats dahin, daß ein legaler Weg der Transformierung der bürgerlichen in eine sozialistische Demokratie nicht möglich sei, sondern daß der Übergang zur sozialistischen Gesellschaft stets (auch in den bürgerlichen Demokratien) des Mittels des gewaltsamen Umsturzes bedürfe. Dadurch wurde die Auffassung von MARX und ENGELS modifiziert, die der Ansicht gewesen waren, diese Frage sei nur auf Grund der konkreten politischen Situation in den einzelnen Staaten entscheidbar. Der Gründungskongress der Kommunistischen Internationale im März 1919 formulierte dieses Dogma. Er drückte damit eine Auffassung aus, die damals weit über den zunächst noch recht kleinen Bereich der durch ihn organisierten Teile der europäischen Arbeiterbewegung hinausging, und ermöglichte dadurch das sehr rasche Wachstum der kommunistischen Parteien, die im Spaltungsprozeß der Arbeiterorganisationen in den west-europäischen Ländern rasch an Einfluß gewannen.

In Rußland selbst verhinderte zunächst die Notwendigkeit einer Abwehr der militärischen Intervention der kapitalistischen Großmächte gegen die Revolution und der Bürgerkrieg, daß ein umfassendes und durchdachtes Konzept der Wirtschaftspolitik des jungen Sowjetstaates entstand.

Über die von den Bolschewiki vor dem Aufstand und in den ersten Wochen der Sowjet herrschaft geplante Verteilung des Großgrundbesitzes an die Bauern und Vergesellschaftung der Banken und der Großindustrie hinaus wurde jedoch faktisch durch das spontane Handeln der Massen die Sozialisierung der industriellen Erzeugung vollendet. Die Beseitigung des Analphabetismus wurde bei Erweckung eines außerordentlich starken Bildungsenthusiasmus der Massen mittels umfangreicher staatlicher Unterstützung und Organisierung von Volksbildung und Wissenschaftsbetrieb sofort in Angriff genommen und damit eine Tendenz eingeleitet, die für alle sozialistischen Staaten charakteristisch geblieben ist. Aber durch den Bürgerkrieg war die Mehrzahl der industriellen Arbeiter (ohnedies nur eine kleine Minderheit in der erwerbstätigen Bevölkerung des damals im wesentlichen agrarisch bestimmten Landes) und auch ein großer Teil der revolutionären Intelligenz in die Armee eingegliedert worden. Ein großer Teil des industriellen Produktionsapparates und der Verkehrswege war zerstört worden. So war der junge sowjetische Staat dazu gezwungen, das extrem-demokratische und föderalistische politische Herrschaftssystem wieder zu zentralisieren, wenn er überleben und sein ökonomisches System ordnen wollte. War seit der Februar-Revolution 1917 die bolschewistische Partei eine breite Massenpartei mit größter Diskussionsfreiheit geworden, so mußte jetzt die Parteidisziplin wieder gestrafft werden. Übrigens war die Umformung der Bolschewiki aus einer zentral geführten Kaderpartei der Berufsrevolutionäre in eine demokratisch organisierte Massenpartei, wie sie sich seit Beginn der Februar-Revolution durchgesetzt hatte, durchaus in Übereinstimmung mit der ursprünglichen Parteitheorie Lenins („Was tun?“, 1902; „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“, 1904) erfolgt, nach der seine Lehre von der streng disziplinierten Partei der Berufsrevolutionäre nur für die Lage der extremen Illegalität im zaristischen Reich Geltung hatte. Aber nach dem Ende der Bürgerkriegsperiode war es

objektiv erforderlich, die Sowjets der wieder disziplinerten Partei unterzuordnen.

Wie weit die Demokratisierung und Liberalisierung der Partei in der Zwischenperiode gegangen war, wird dadurch verdeutlicht, daß im Oktober 1917 die Gruppierung um G. J. SINOWJEW (1883—1936) und L. B. KAMENJEW (1883 bis 1936) sich erlauben konnte, nicht nur innerhalb der Partei, sondern auch öffentlich gegen den Plan einer Eroberung der politischen Macht aufzutreten, ohne deshalb aus der Partei ausscheiden zu müssen. Auch in der Auseinandersetzung um den Friedensvertrag von Brest-Litowsk mit dem Deutschen Reich hatte in den ersten Monaten des Jahres 1918 jede Richtung innerhalb der Partei ihre Auffassungen ohne alle Rücksicht auf den Gesichtspunkt der „Körperschaftsdisziplin“ unverhüllt öffentlich geäußert: N. J. BUCHARIN (1888—1938) hatte als damaliger Führer der „linken Kommunisten“ jede Form auch nur vorübergehender Koexistenz mit den imperialistischen Staaten für unzulässig erklärt und den „revolutionären Krieg“ gefordert; TROTZKI hatte mit der Parole „weder Krieg noch Frieden“ eine Mittelposition bezogen. Der Sieg der realistischen Position Lenins, der zwecks Stabilisierung der Revolution zuletzt die Unterzeichnung durchsetzen konnte, hatte aber die damalige Lage dadurch grundsätzlich verändert, daß die Koalition der Bolschewiki mit den „linken Sozialrevolutionären“, die (wenn auch anders motiviert) die gleiche Ansicht wie BUCHARIN vertraten, gesprengt wurde, so daß seitdem die Sowjetregierung zur Einparteiregierung geworden ist. Das Ende des Bürgerkrieges, in dem bereits die militärischen Notwendigkeiten die Straffung der Macht in der Armee erforderlich gemacht hatten, die einerseits durch die Heranziehung von früher zaristischen Offizieren, andererseits durch das Gegengewicht der von der Partei gestellten politischen Kommissare unter der Führung TROTZKIS erreicht wurde, hinterließ nun aber Sowjets, die zum großen Teil von politisch unerfahrenen Arbeitern, die in äußerster Not lebten, besetzt waren. Sie vertraten deshalb häufig utopische Wünsche und erwar-

ten von der Sowjet-Regierung Leistungen, wie sie in der damaligen ökonomisch verworrenen Situation nicht erbracht werden konnten. So gerieten die Tagesinteressen der Wähler und Mitglieder der Sowjets mit den Aufgaben der Stabilisierung der sozialistischen Revolution in einer Periode immer wieder in Konflikt, in der einerseits die bolschewistische Partei zur einzigen politisch wirksamen Partei des Landes geworden war, und in der sie andererseits nur noch durch ihre Disziplin und durch ihre rigorose Kontrolle über die Sowjets das Land vor chaotischer Auflösung bewahren konnte. Denn die Opfer, die den Arbeitern für den Wiederaufbau auferlegt werden mußten, wogen um so schwerer, als diese das Lebenshaltungsniveau der Vorkriegszeit (wenn man von ihren unendlich erweiterten Bildungsmöglichkeiten und kulturellen Chancen absieht) noch lange nicht wieder erreichen konnten. So war die Parteiführung schon vor der Wendung zur „Neuen ökonomischen Politik“ gezwungen gewesen, zur Diktatur der Partei über die Sowjets hinzudrängen. Dadurch entstanden die Konflikte, die zu Beginn des Jahres 1921 im Kronstädter Aufstand ihren dramatischen Ausdruck gefunden haben und das Ende der früheren Form der Sowjetdemokratie brachten.

Diese Veränderung der Stellung der bolschewistischen Partei zu den Sowjets und innerhalb der Sowjets hatte unvermeidlich erhebliche Folgen für die Struktur der Partei selbst. Die Gruppierung innerhalb der Partei, die am „Kriegskommunismus“ festhielt, den sofortigen, unvermittelten Sprung zu ersten Formen der kommunistischen Gesellschaft und damit die utopischen Hoffnungen der Massen weiter vertrat, hatte sich als „Arbeiteropposition“ unter der Führung von A. G. SCHLJAPNIKOW (1885 bis 1937), „Die russischen Gewerkschaften“, 1920) und ALEXANDRA KOLLONTAI (1872—1952, „The Workers Opposition in Russia“, 1923) als Fraktion organisiert¹⁾.

¹⁾ Alexandra Kollontai war übrigens gleichzeitig die Theoretikerin der Auflösung der bürgerlichen Familienstruktur sowie der freien Liebe („Die Familie und der kommunistische Staat“, 1922; „Wege der Liebe“, 1925), während Lenin und die Parteiführung eine restriktivere sexuelle Moral auch künftig für erforderlich hielten.

Wollte die Partei die volle Kontrolle über die Sowjets erlangen, so konnte sie eine bis in ihre unteren Einheiten hinein organisierte Fraktionsbildung nicht mehr dulden. Die Beschlüsse des 10. Parteitages (1921), der derartige Fraktionen verbot, machten deutlich, daß die Einschränkung der Meinungsfreiheit in der Gesellschaft auch empfindliche Beschränkungen der Meinungsfreiheit innerhalb der Partei und Modifikationen der Parteitheorie zur Folge haben mußte.

Die ältere Schicht der LENINSchen Konzeption der illegalen Kaderpartei mit Körperschaftsdisziplin gewann dadurch neues Leben. Mit der Begründung, daß nur eine auf strikte Disziplin achtende Herrschaftspartei die Ergebnisse der Revolution sichern und den industriellen Aufbau vorantreiben könne, wurde die LENINSche Parteitheorie umfunktioniert und die parteiinterne Diskussionsmöglichkeit auf alte Führungskader beschränkt. Das Buch von G. SINOWJEW (1883—1936) „Vorlesungen zur Geschichte der Kommunistischen Partei (Bolschewiki“) (1923) läßt diese Entwicklung deutlich erkennen. Dadurch mußte die Rezeption neuerer sozialwissenschaftlicher Ergebnisse des Auslandes und das Niveau künftiger Diskussionen unvermeidlich Schaden leiden. Da aber der größte Teil der älteren Führer der KPdSU (und auch ein großer Teil der ausländischen kommunistischen Führer dieser Zeit) Intellektuelle waren, die ihre geistige Ausbildung dem westeuropäischen Marxismus der früheren Perioden und ständiger Auseinandersetzung mit den zeitgenössischen westeuropäischen Sozialwissenschaften, der Ökonomie und der Philosophie in den Jahren verdankten, in denen sie vor der siegreichen Revolution in der Emigration gelebt hatten, blieb gleichwohl noch für einige Jahre diese langsam beginnende geistige Verengung des „Marxismus-Leninismus“ des Weltkommunismus relativ gering.

II. Die Kommunistische Internationale bis 1924.

Während dieser Prozesse in der Sowjetunion formierten sich in Westeuropa die kommunistischen Massenparteien.

Sie wurden bereit, die Internationalisierung der sich transformierenden Parteitheorie Lenins zur Gedankenwelt einer auch in ihrem strategischen Vorgehen einheitlichen Weltpartei und die dadurch begründeten organisatorischen Anforderungen der Kommunistischen Internationale zu akzeptieren. Durch die Rückschläge der deutschen und der ungarischen Revolution, durch die Niederlage der italienischen Betriebsbesetzung und des schweizerischen Generalstreiks, durch die nur begrenzten Erfolge des englischen Transportarbeiterstreiks und der Rebellion der französischen Flotte im Schwarzen Meer wurden sie überzeugt, daß ohne Übernahme des Prinzips der Organisierung (und nicht nur der ideellen Führung) der Massenaktionen durch die revolutionären Parteien keine dauerhaften Erfolge zu erzielen seien und die politische Macht als die Voraussetzung der sozialistischen Umformung der Gesellschaft nicht erobert werden könne. Deshalb nahmen sie die Verwandlung der Sowjet-Demokratie in das System der Parteidiktatur in der UdSSR hin und übernahmen sie als Vorbild, ohne im einzelnen die sozialgeschichtlichen Voraussetzungen der Entwicklungsformen des sowjetischen Staates und seiner Monopolpartei ernstlich als Problem zu empfinden. Denn die anhaltende Feindschaft der bürgerlichen Staaten gegenüber der UdSSR, die noch immer für längere Jahre deren gleichberechtigte Eingliederung in die Völkerrechtsgemeinschaft verweigerte und die mit dem innerpolitischen Kampf der bürgerlichen Klassen gegen die Arbeiterbewegung in den westeuropäischen Staaten parallel lief, trug nun dazu bei, die geistige Identifizierung des wachsenden linken Flügels der internationalen Arbeiterbewegung mit der Sowjet-Macht weiter zu verstärken. Da deren Existenz nach dem Abklingen der unmittelbar revolutionären Situation, die dem Ende des ersten Weltkrieges gefolgt war, eine der wichtigsten Bedingungen des Aufstiegs dieser kommunistischen Parteien war, stand für sie die Unterstützung der Sowjetunion auch nach dem Ende des Bürgerkrieges und der Interventionskriege im Mittelpunkt ihres praktischen Verhaltens (internationale Demon-

strationswelle beim russisch-polnischen Krieg, Solidaritätsaktion bei der russischen Hungersnot 1921/22 und Gründung der Internationalen Arbeiter-Hilfe, Kampf für die diplomatische Anerkennung der UdSSR). Sie mußten bald zusätzlich nach neuen Wegen ihrer Tages-Politik suchen, die die mehr oder minder spontanen, unmittelbar revolutionären Verhaltensformen der kurzen ersten Periode nach der Oktoberrevolution modifizierten, also das Konzept des bloßen Rätekommunismus abstreiften und die Voraussetzungen ihrer Legalität (als der Bedingung der Existenz von Massenparteien in einer Konsolidierungsperiode politischer Systeme) bei Beibehaltung des dogmatischen Ziels, der Diktatur des Proletariats, garantierten. Das Konzept zu einer derartigen Politik lieferte LENIN in „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ (1922). Sie war polemisch gegen den „linken Kommunismus“ der damaligen Periode, wie er in Deutschland durch den auch als Pädagogen bedeutenden OTTO RÜHLE (1874 bis 1943; „Das proletarische Kind“, 2. Aufl., 1922), in den anderen europäischen Ländern durch PANNEKOEK, GORTER, HENRIETTE ROLAND-HOLST, BORDIGA und zunächst auch noch durch GEORG LUKÁCS verteidigt wurde, gerichtet. Der Linksradikalismus wurde nun aus dem Weltkommunismus verdrängt. Damit hatten die Führer der KPdSU und die zunächst von SINOWJEW präsidierte Leitung der Kommunistischen Internationale ihre Autorität abermals erhöht, weil sie den europäischen kommunistischen Parteien eine realistische Strategie anbieten konnten. Die Tendenz zu kritischem Verhalten gegenüber der russischen Revolution und ihrer aktuellen Entwicklung mußte dadurch noch weiter zurückgedrängt werden. Allerdings wäre es falsch, zu unterstellen, daß in dieser Entwicklungsphase des Weltkommunismus die KPdSU im Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale bereits eine in vollem Maße manipulative Diktaturgewalt in Anspruch genommen hätte; denn noch bildeten darin die nicht-russischen Parteien die Mehrheit und war auch in der Führung der

KPD SU keine „monolithische“, Diskussion in der Führung ausschließende Struktur vorhanden.

Der Aufschwung der revolutionären antiimperialistischen Bewegung in den kolonialen Gebieten, der als Folge des ersten Weltkrieges und des erfolgreichen Vorbildes der Oktoberrevolution erst nach der Beendung der revolutionären Situation in den alten kapitalistischen Ländern größeren Umfang annahm und von LENIN vorausgesehenen worden und in die Konzeption der Kommunistischen Internationale einbezogen worden war, führte gleichzeitig zum Ausbau der Theorie des Bündnisses mit nichtproletarischen Klassen in der kolonialen Revolution zugunsten ihrer nationalen Revolution, die in der Gründung der „Liga gegen Imperialismus und koloniale Unterdrückung“ (*Brüsseler Kongreß 1926*) kulminierte. Dadurch wurden die Führer der Parteien der kolonialen Befreiungsbewegung mit denjenigen des Weltkommunismus, aber auch mit linkssozialistischen Gruppierungen, zu gemeinsamer Diskussion zusammengebracht und wurde nicht nur die Entwicklung der Theorie und Strategie der „Einheitsfront“ des Weltkommunismus mit der reformistischen Arbeiterbewegung, sondern auch die Konzeption der „nationalen Front“ bzw. der „Volksfront“ mit anderen Klassen (über die Arbeiterklasse hinaus) vorbereitet.

Die Sowjetunion konnte sich im Zeichen der NEP rasch stabilisieren; der formelle staatsrechtliche Zusammenschluß der verschiedenen Sowjetrepubliken zur UdSSR erfolgte erst jetzt (1922). Ihr Ziel, Investitionshilfen aus den industriell entwickelten Staaten zu erlangen, ließ für die Sowjet-Union das Bestreben nach völkerrechtlicher Anerkennung in den Vordergrund rücken. Schon deshalb mußte die Ablehnung der These des „jakobinischen“ Krieges gegen kapitalistische Staaten, also des Einsatzes der proletarischen Staatsmacht und ihrer Armee zur Unterstützung revolutionärer Bewegungen in anderen Ländern (wie sie einst von den „Linken Kommunisten“ vertreten worden war) jetzt noch größere Bedeutung gewinnen. Selbstverständlich hielt die bolschewistische Partei als führende Kraft der Kommu-

nistischen Internationale an der Hoffnung auf die Weltrevolution, auf den Sieg der kommunistischen Parteien in den industriell entwickelten kapitalistischen Staaten und auf die koloniale Revolution fest. Aber zwischen den Aufgaben des sowjetischen Staates und denjenigen der Kommunistischen Internationale mußte jetzt in der Theorie des Weltkommunismus klar differenziert werden. Auch in der UdSSR selbst war gleichzeitig das Gewicht juristischer Probleme nicht nur aus Gründen der Stabilisierung der Staatsmacht, sondern ebenso deshalb erheblich gewachsen, weil infolge der NEP marktwirtschaftliche Formen wieder große Bedeutung erlangt hatten.

Der Marxismus hatte sich bis dahin — wenn man von der Erörterung der politischen Justiz und der Problematik der Klassengrundlagen der Rechtsordnung absieht (z. B. ERNST FRAENKEL, geb. 1898, „Soziologie der Klassenjustiz“, 1929) — nur in geringem Maße mit Fragen der Rechtswissenschaft beschäftigt. Der Austromarxist KARL RENNER (1870—1950) war mit seiner Untersuchung „Die Institutionen des Privatrechts und ihre soziale Funktion“ (1. Aufl. 1904, 2. Aufl. 1929) fast allein geblieben. Nun wurde durch eine breite und kontroverse Diskussion über die Funktion und Methodik der Rechtswissenschaft ein neuer Bereich für die Anwendung marxistischer Theoreme erschlossen. KOROWIN untersuchte in „Das Völkerrecht der Übergangszeit“ (1924, deutsch 1929) das Problem der juristischen Konsequenzen der Koexistenz kapitalistischer und sozialistischer Staaten in der Völkerrechtsordnung und kam zu dem Ergebnis, daß zwischen sozialistischen und kapitalistischen Völkerrechtssubjekten bindende vertragliche Beziehungen, aber auch die gemeinsame Anerkennung eines Minimums allgemeiner Rechtssätze möglich und erforderlich seien, wenn auch zwischen den sozialistischen Völkerrechtssubjekten eine besondere engere Völkerrechtsgemeinschaft bestehen werde. Den stärker am juristischen Positivismus orientierten Autoren M. A. REISSNER (Der Staat, 1918) und P. J. STUTSCHKA (Einführung in die Theorie des „Zivilrechts“, 1927; „Die revolutionäre Rolle des Rechts und des

Staates“, 1924) trat E. PASCHUKANIS („Allgemeine Rechtslehre und Marxismus“, 1925, deutsch 1929) mit der These gegenüber, die kapitalistische Produktionsweise habe neben dem Warenfetischismus und seinen Gesetzen einen Rechtsfetischismus mit einem eigenen (aber ebenso objektiven) System juristischer Gesetzlichkeiten erzeugt, der sich in der Übergangsgesellschaft zum Sozialismus parallel mit den objektiven ökonomischen Gesetzlichkeiten der Warenproduktion aufheben werde. Trotz seiner Kritik an KOROWINS Schule hielt aber auch er an der Auffassung fest, daß für eine längere Periode sozialistische und kapitalistische Staaten in einer ökonomisch interdependenten Welt, wenn auch in einer antagonistischen Weise, koexistieren. So kam also die sozialistische Rechtstheorie in allen ihren Varianten zu dem gleichen Ergebnis wie die praktische Außenpolitik der UdSSR, daß nämlich die sozialistischen Staaten (bzw. nach der Vereinigung der bis dahin voll souveränen einzelnen Sowjet-Republiken zur UdSSR diese als der damals einzige existente sozialistische Staat) an der Vermeidung gewaltamer Zusammenstöße mit ihrer Außenwelt und also an der strikten Verteidigung des Prinzips des Verbots der gewaltsamen Intervention in die inneren Auseinandersetzungen anderer Staaten interessiert seien, solange und so weit sie nicht durch fremden Angriff in einen Krieg verwickelt seien. Allerdings wurde von PASCHUKANIS die Existenz gemeinsamer Rechtsbegriffe zwischen den koexistierenden sozialen Systemen weitgehend bezweifelt. Die eindeutige Unterscheidung zwischen der auf friedliche Koexistenz mit den bürgerlichen Staaten gerichteten Realpolitik des Sowjetstaates auf der einen Seite und der die Förderung und Organisierung der Weltrevolution (als der Kombination sozialistischer Revolutionen in den industrie-kapitalistisch organisierten Staaten und nationaler Revolutionen in Kolonialgebieten und halbkolonialen Ländern) intendierenden Politik der kommunistischen Parteien einschließlich der KPdSU auf der anderen Seite wurde damit zum festen Dogma des Weltkommunismus; es schloß die Pflicht zur Unterstützung der

UdSSR für die kommunistischen Parteien in den bürgerlichen Staaten ein.

Im übrigen blieb jedoch der Rahmen der theoretischen Diskussion und also auch der wissenschaftlicher Kontroversen und damit der potentielle theoretische Ertrag von Debatten innerhalb des sowjetischen und des Weltkommunismus noch relativ breit. BUCHARIN und E. A. PREOBRA-SHENSKI (1886—1937) hatten gemeinsam im „ABC des Kommunismus“ (1919) das einführende Lehrbuch in seine Doktrinen geschrieben. Sowohl die sowjetischen führenden Theoretiker des Marxismus als auch diejenigen der anderen großen kommunistischen Parteien systematisierten und differenzierten im übrigen die Denkansätze, die im Marxismus der II. Internationale vor dem ersten Weltkrieg entwickelt worden waren, ohne dessen tendenziell deterministisch-mechanistische Deutung der Lehre von MARX und ENGELS voll zu überwinden, wie sie sowohl für KAUTSKY als auch in geringerem Maße für PLECHANOW charakteristisch gewesen war. Das wird sowohl durch BUCHARINS „Theorie des historischen Materialismus“ (1922) als auch durch AUGUST THALHEIMERS „Einführung in den dialektischen Materialismus“ (1928) belegt. Die philosophischen Arbeiten A. M. DEBORINS (z. B. — gemeinsam mit THALHEIMER — „Spinozas Stellung in der Vorgeschichte des dialektischen Materialismus“, 1928) und W. M. ADORATSKIS („Vom Staat“, 1923) zeigen trotz ihres erheblichen wissenschaftlichen Wertes ähnliche Schranken. Die Rezeption der Hegelschen Dialektik in der Diskussion über die Methodologie des Marxismus führte nur bei Außenseitern außerhalb der Sowjetunion zu neuen Denkansätzen, die auf die Dogmatik des Weltkommunismus im ganzen keinen erheblichen Einfluß ausgeübt haben, gleichgültig, ob sie wie A. GRAMSCI und G. LUKÁCS auch in der folgenden Periode Mitglieder der Kommunistischen Internationale blieben, oder ob sie wie KARL KORSCH aus dem organisierten Weltkommunismus verdrängt wurden.

N. KRUPSKAJA (1869—1939), die Lebensgefährtin LENINS (Gesammelte Schriften zur sozialistischen Pädagogik,

deutsch 1967), und A. S. MAKARENKO (1888—1939, *Der Weg ins Leben*, russ. 1940, deutsch 1949) versuchten gleichzeitig auf der Grundlage des Marxismus eine Erziehungslehre zu entwickeln, zumal für den sozialistischen Staat Bildungs- und Erziehungsprobleme auch in der Praxis als gewichtiger erscheinen mußten, als für diejenigen Staaten, die ihre Industrialisierung auf der Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse bewirkt haben oder in der Gegenwart bewirken.

Die Beiträge des Weltkommunismus zur Erörterung ökonomischer Probleme behielten ebenfalls immer noch erhebliches Niveau. EUGEN VARGA („Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur“, 1921; „Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft“, 1922; „Grundfragen der Ökonomik und Politik des Imperialismus“, 1955) prognostizierte z. B. durchaus zutreffend die Weltwirtschaftskrise von 1929. BUCHARIN („Die politische Ökonomie des Rentners“, 1926) analysierte mit den Mitteln marxistischer Ideologiekritik und Soziologie die Grenznutzen-Lehre, deren Anhänger damals die nationalökonomischen Lehrstühle Mitteleuropas zu erobern im Begriff waren. So wurde also auch die wirtschaftswissenschaftliche Auseinandersetzung des Weltkommunismus mit den theoretischen Arbeiten der bürgerlichen Wissenschaft noch immer sachlich und differenziert geführt.

Trotz der politischen Verhärtung der Auseinandersetzung zwischen Weltkommunismus und Sozialistischer Internationale sollten in dieser Periode die kommunistischen Sozialwissenschaftler den Kontakt mit marxistischen Theoretikern, die nicht Kommunisten waren, auch nach dem Willen der Partei- und Staatsführung der UdSSR nicht verlieren. Der Leiter des Moskauer Marx-Engels-Lenin-Institutes, RIASANOW, hatte die Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) zunächst in enger Zusammenarbeit mit dem austromarxistischem Historiker der Arbeiterbewegung, CARL GRÜNBERG, der seit 1924 Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung war, vorbereitet. Durch die Textermittlung und Publikation der Frühschrif-

ten von KARL MARX haben sie der sozialwissenschaftlichen Forschung und dem Marxismus neue Impulse geben können.

III. Sowjet-Union und Kommunistische Internationale 1924—1928

Inzwischen hatten jedoch die Krankheit und der Tod Lenins (21. Januar 1924), dessen Autorität als Volkstribun, als allgemein anerkannter strategischer und taktischer Führer und als theoretischer Denker in der gesamten kommunistischen Bewegung unbestritten gewesen war, so daß bis dahin die Leitung des Weltkommunismus nicht oder doch nur begrenzt auf institutionelle Manipulation angewiesen war, ein Vakuum hinterlassen, das durch Konkurrenzkämpfe um die Führung der Sowjetunion und der Internationale ausgefüllt wurde. In der gleichen Zeit war die Hoffnung verschwunden, daß in den nächsten Jahren durch den Sieg der sozialistischen Revolution in einem industriell entwickelten Lande die Sowjetunion aus ihrer Isolierung befreit würde. In der UdSSR hatte die NEP zwar ermöglicht, den durch den Bürgerkrieg zerstörten industriellen Produktionsapparat der Vorkriegsperiode und das Verkehrswesen wieder aufzubauen, aber nur wenige Ansätze zu seinem Ausbau und nur Anfänge einer gezielten Planung dieser Erweiterung erlaubt. Die Notwendigkeit rascher Industrialisierung aus eigener Kraft blieb also für eine ganze Epoche bestehen. Die „ursprüngliche Akkumulation“ mußte für diese Zeit die zentrale Aufgabe der UdSSR bleiben, ihre Bevölkerung noch lange auf erhebliche Steigerung ihres Konsums verzichten. Denn die Niederlage der deutschen Arbeiter im Oktober 1923 und die — relative — Stabilisierung des Weltkapitalismus nach dem Dawes-Plan 1924 hatten die revolutionäre Situation in Europa deutlich für einen langen Zeitabschnitt beendet, so daß mit größeren Investitionshilfen aus industrialisierten Ländern nicht zu rechnen war. Die Politik der NEP in der UdSSR, die auf der Hoffnung beruht

hatte, diese Lage werde nur vorübergehend bestehen, war daher an ihre Schranken gelangt. Einerseits war das industrielle Produktionsniveau Rußlands, wie es in der Zeit vor dem ersten Weltkrieg bestanden hatte, zwar fast wieder erreicht, andererseits hatte jedoch der Aufstieg der „Kulaken“, der reichen Bauern, und die beginnende wirtschaftliche Unterwerfung der armen Bauern unter diese Klasse die in dieser Situation unvermeidlichen Widersprüche der Agrarwirtschaft entfaltet, in der immer noch die große Majorität der sowjetischen Bevölkerung beschäftigt war. Da gleichzeitig die Gegensätze zwischen den großen industriellen kapitalistischen Nationen — auch während der Hochkonjunktur von 1926/27 — wieder wuchsen, und die chinesische Revolution, in der die Führung der Kuomintang anfangs mit der UdSSR und der jungen kommunistischen Partei Chinas verbündet war, zunächst Erfolge hatte, wurde jedoch trotz mancher Rückschläge die internationale Stellung der UdSSR gefestigt, so daß die Sicherung ihrer inneren Struktur durch neue Formen der Wirtschaftspolitik und der Planung möglich, aber gleichzeitig auch notwendig wurde. Einige außenpolitische Rückschläge — der Bruch mit England auf Grund der Verwendung eines gefälschten SINOWJEW-Briefes durch die Konservativen, die Rechtswendung der Kuomintang unter CHIANG-KAI-SHEK und die Niederwerfung der chinesischen Kommunisten in Shanghai und Kanton — wurden zur Rechtfertigung der Wendung von der Blockpolitik STALINS mit SINOWJEW zum Bündnis mit BUCHARIN und zur Verschärfung der Polemik gegen TROTZKIS Thesen von der Permanenz der Revolution benutzt, um dadurch friedliche Beziehungen zu den kapitalistischen Staaten sicherzustellen und den internen Aufbau reibungsloser zu gestalten.

Die legale Tätigkeit der kommunistischen Parteien in den westeuropäischen Staaten schien während dieser Jahre für einige Zeit gesichert, solange keine neue ökonomische Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft dahin trieb, die Staatsform der parlamentarischen Demokratie nach italienischem Vorbild zu sprengen.

Wann würden sich jedoch unter dem Druck einer neuen ökonomischen Krise abermals die Gegensätze zur Kriegsgefahr steigern? Würde sich nicht in einer neuen ökonomischen Krise den bürgerlichen Staaten der Ausweg des kollektiven Krieges gegen den Staat des Sozialismus als die leichteste Lösung anbieten? Würde nicht das Beispiel des italienischen Faschismus — der 1922 gesiegt hatte, um seit 1926 zum System des faschistischen Einparteien-Staates überzuleiten — in einer neuen Wirtschaftskrise auch andere kapitalistische Staaten dazu treiben, durch faschistische (anstelle der früheren parlamentarisch-rechtsstaatlichen) Organisation der Staatsgewalt das einzige verlässliche Gengengewicht zur Gefahr neuer Interventionskriege gegen die UdSSR, die legalen kommunistischen Massenparteien, auszuschalten?

Ein Vorspiel hatte bereits der Gang der chinesischen Revolution geliefert: Das Bündnis mit der Bourgeoisie und der Kuomintang, dessen Theorie der indische Kommunist M. N. ROY („Die chinesische Revolution“, 1927) dargestellt hat und dessen Praxis BORODIN gesteuert hatte, zerbrach 1927 an den Klassengegensätzen dieses Landes. Die dortigen Kommunisten begannen ihren eigenen Weg. Sowjetunion und Kommunistische Internationale versuchten in widerspruchsvollem Hin und Her an einer außenpolitischen Gefährdung der UdSSR durch diesen Konflikt vorbeizusteuern.

An die in der kapitalistischen Welt verbreitete Illusion der Ewigkeit der Konjunktur konnten die Kommunisten nicht glauben; noch war die Ökonomie der kapitalistischen Welt wegen der wirtschaftlichen Zurückgebliebenheit der UdSSR allein durch die immanenten Entwicklungstendenzen des monopolistischen (bzw. oligopolistischen) Spätkapitalismus, noch nicht durch dessen ökonomisch-soziale Konkurrenz mit einem wirtschaftlich fortgeschrittenen und politisch zur Weltmacht aufgestiegenen sozialistischen Staat um die Gunst der eigenen Arbeiterbevölkerung und der „Entwicklungsländer“ bestimmt, die den Übergang der führenden kapitalistischen Industrie-

staaten zu einer systematischen Wirtschaftspolitik zwecks Krisenverhütung und Sicherung des Wirtschaftswachstums ermöglicht hat.

Die soziologische Analyse des Faschismus war seit 1923 durch einige Aufsätze AUGUST THALHEIMERS (in der „Internationale“, der theoretischen Zeitschrift der KPD, dann in „Gegen den Strom“, der Zeitschrift der deutschen „rechten“ Kommunisten) in Analogie zu den Untersuchungen von KARL MARX über den Aufstieg des dritten Bonaparte in Frankreich eingeleitet worden und wurde von ihm in gleicher Weise durch Untersuchungen über den Aufstieg und die Chancen der NSDAP in Deutschland fortgesetzt. LEO TROTZKI, der vorher aus der UdSSR ausgewiesen wurde, weil er im Zeichen der Lehre von der „permanen-ten Revolution“ die Vollendung des Aufbaus des Sozialismus in nur einem Lande für unmöglich hielt, hatte in seinen Arbeiten zur spanischen (1931) und zur deutschen Frage (1932) dies Problem des Faschismus mit ähnlichen differenzierten Methoden behandelt. Die Furcht vor dieser Entwicklung, die sich in der 1928/29 tatsächlich beginnen- den Weltwirtschaftskrise in Mitteleuropa durchgesetzt hat, hat dann aber die offiziellen Theoretiker des Weltkommunismus (im Gegensatz zu diesen „Häretikern“, die bald aus der Kommunistischen Internationale verdrängt wurden) zur undifferenzierten Identifikation aller reaktionären, auf Zurückdrängung der Demokratie und Preisgabe friedlicher außenpolitischer Verhaltensformen der kapitalistischen Staaten gerichteten Bestrebungen unter dem Etikett des Faschismus im Zeichen der These geführt, daß Faschismus die „unmittelbare politische Herrschaft des reaktionärsten und gewalttätigsten Flügels des Monopolkapitals“ sei. Dadurch wurde zunächst (seit dem wirklichen Beginn der Weltwirtschaftskrise) die vereinfachende Übertragung des Terminus Faschismus auf alle autoritären oder außenpolitisch aggressiven Herrschaftssysteme, dann auf alle sich ihnen anpassenden oder sie nur objektiv durch Passivität unterstützenden politischen Gruppierungen, auch im reformistischen Flügel der Arbeiterbewegung, möglich,

selbst wenn sie subjektiv ganz andere Ziele hatten. So erschien den offiziellen Theoretikern des Weltkommunismus die Sozialdemokratie von 1929 bis etwa 1934/35 als „sozialfaschistisch“. In der Praxis wurde damit das Gegen teil dessen, was beabsichtigt war, erreicht: Jede Bündnis politik des Weltkommunismus mit anderen Parteien, die den Faschismus bekämpfen wollten, wurde unmöglich, der Sieg der NSDAP in Deutschland unvermeidlich.

In der Sowjetunion selbst konnte in dieser Lage, in der baldige militärische Konflikte mit kapitalistischen Groß mächten befürchtet werden mußten, größere Industrialisierungshilfe aus dem Ausland nicht mehr erwartet werden. Die Klassendifferenzierung in der Agrarwirtschaft (als zunächst unvermeidbare Konsequenz der individuellen Aneignung des Großgrundbesitzes durch die Bauern in der Oktober-Revolution) wurde zum bedrohlichen Problem. Die Wendung zu einer langfristig geplanten Industrialisierungspolitik auf der Basis sozialistischer Eigentumsverhältnisse war damit zur entscheidenden Frage geworden. Die Auseinandersetzung um die Fünf-Jahres-Pläne und die Umgestaltung der Agrarwirtschaft kombinierte sich nun mit den Fraktionskämpfen um Führung und Struktur der Partei, die die Diktatur ausübte. Das Buch BUCHARINS „Ökonomik der Transformationsperiode“ (1922) hatte das Konzept derjenigen nun „rechten“ Kommunisten theoretisch bestimmt, die in unmittelbarer Anknüpfung an die in der NEP zutage getretenen wirtschaftlichen Gesetzlichkeiten ohne Einsatz unmittelbarer politischer Gewalt die Probleme lösen wollten. Für die „Linke“ innerhalb der KPdSU, die diese Gesetzlichkeiten bei sorgfältig abgestimmter Betonung der Erweiterung der Produktivgüter- und Konsumgüter-Produktion und der Belieferung nur der Teile der Agrarwirtschaft, die bereit waren, zur Kollektivierung überzugehen, überwinden wollte, und die vor allem (wegen des Festhaltens an der These TROTZKIS, daß der endgültige Sieg des Sozialismus in nur einem, zudem noch industriell zurückgebliebenen Lande nicht denkbar sei, die internationale Revolution also „permanent“ blei-

ben müsse) die Lebenshaltung der Industriearbeiter auch um der politischen Wirkung auf die Arbeiter der kapitalistischen Länder während der bevorstehenden bzw. beginnenden Weltwirtschaftskrise willen rasch heben wollte, wurden die wirtschaftspolitischen Vorstellungen am deutlichsten von PREOBRASHENSKI („The new Economics“, 1927, englisch 1965) entwickelt. Das Zentrum des Partei-Apparates begann sich dagegen immer eindeutiger um JOSEPH STALIN zu sammeln, der in den „Problemen der Leninismus“ (1. Aufl., 1924, noch ohne die These vom „Sozialismus in einem Lande“, 2. Aufl. 1925, die diese These schon enthält) den „Marxismus“ zum „Marxismus-Leninismus“ mit dem Anspruch dogmatischer Unfehlbarkeit seines Systems stilisierte. Dies Zentrum verwandelte in zunehmendem Maße seine Theorie in eine Lehre von der Manipulation der Gesellschaft durch eine Folge von taktischen und pragmatischen Dezisionen, denen sich die Theorie jeweils anzupassen hatte.

IV. Der Stalinismus

Das anfängliche Bündnis Stalins mit der nicht-trotzki-schen „Linken“ um SINOWJEW und KAMENIEW war bald durch eine Allianz Stalins und der bürokratischen Mittelgruppe mit der „Rechten“ um BUCHARIN und den Gewerkschaftsführer TOMSKIJ ersetzt worden; zur Durchführung der zweiten Agrarrevolution, der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft und des forcierten industriellen Aufbaus mußte auch diese Partnerschaft dann zugunsten der Alleinherrschaft STALINS abgestreift werden. Damit war das Ende der Periode gekommen, in der im Weltkom munismus politische und theoretische Debatten noch öffentlich ausgetragen und geführt werden konnten. Die Herrschaft STALINS wurde möglich, weil der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise und der Aufstieg und Sieg des Faschismus in Mitteleuropa mit der Wendung zu geplanter rascher Industrialisierung unter einseitiger Betonung der Schwerindustrie und der Erzeugung von Produktionsgü-

tern bei extremer Vernachlässigung der Konsumgüter und Zwangskollektivierung der Agrarwirtschaft in der UdSSR zeitlich zusammenfielen. Diese Wendung mußte großen Teilen des Parteiapparates der KPdSU deshalb als notwendig erscheinen, weil der drohende (und dann tatsächlich erfolgte) Sieg der NSDAP in Deutschland und gleichzeitig der Erfolg zunächst des klerikalen Austrofaschismus in Österreich, der die Grundlagen des Austromarxismus liquidierte, die Gefahr eines baldigen (von HITLER stets unverhüllt angekündigten) Angriffskrieges gegen Rußland extrem steigerte, so daß der rasche Aufbau der Grundlagen einer eigenen Rüstungsindustrie zur dringlichsten Tagesaufgabe wurde, aber gleichzeitig die Vernichtung der ökonomischen Basis einer sozialen Klasse, die um ihrer wirtschaftlichen Interessen willen der potentielle Bündnispartner einer antikommunistischen ausländischen Intervention war, nämlich der Kulaken (und teilweise auch der Mittelbauern, die hoffen konnten, zu Kulaken aufzusteigen), zur Bedingung der Verteidigungsfähigkeit zu werden schien. Das Buch des führenden Austromarxisten OTTO BAUER (1882—1938), „Zwischen zwei Weltkriegen“ (1936), die letzte große theoretische Leistung dieser Schule marxistischen Denkens, hat diese Situation und ihren Problemzusammenhang analysiert.

Diese Veränderung in der UdSSR konnte nur durch extreme Verwendung politischer Gewalt erzwungen werden, weil sie den unmittelbaren Tagesinteressen aller sozialen Gruppen des sowjetischen Gebiets zunächst widersprach, so sehr auch manche sozialen Leistungen des Systems, vor allem die Demokratisierung und Verbreiterung des Volksbildungswesens und des Wissenschaftsbetriebes, gleichzeitig aufrechterhalten und weitergetrieben wurden. Die Lebenshaltung der Industriearbeiter wurde nicht erweitert (vorübergehend sogar gemindert), weil die Konsumgüterindustrien anfänglich nur sehr unzulänglich entfaltet wurden und weil infolge der zweiten Agrarrevolution, der Zwangskollektivierung in äußerst gewaltsamer Form, die in der ersten Entwicklungsphase den Güterausstoß der Landwirt-

schaft erheblich mindern mußte, die Lebensmittelversorgung gefährdet wurde. Zudem strömten in die gewerbliche Erzeugung große Bevölkerungssteile ein, die durch die Zwangskollektivierung ihre frühere Lebensgrundlage verloren hatten, während andere Gruppen durch Zwangsarbeitslager aufgefangen wurden. Die zweite Agrarrevolution brachte aber nicht nur die Kulaken, sondern unvermeidlich die selbständigen Mittelbauern und sogar die Majorität der unteren bäuerlichen Schichten in Opposition. So war der Parteiapparat (und der durch ihn manipulierte Staatsapparat) für seine Maßnahmen nur auf sich selbst angewiesen. Er hatte manipulatorische Technik schon vorher in den innerparteilichen Auseinandersetzungen gelernt und sie in der Kontrolle der Partei über die noch immer auf das Rätesystem formell gestützten Staatsorgane ständig betätigt. Aber er potenzierte nun seine Manipulation, um der Gesellschaft Herr zu bleiben (bzw. zu werden), und steigerte sie zum Terror nicht mehr allein gegen die Minorität der in der Revolution geschlagenen Klassen, sondern vorübergehend gegen die Majorität der Bevölkerung. Deshalb konnte er innerparteiliche Diskussionen nicht mehr dulden und unter keinen Umständen der Öffentlichkeit zugängliche Auseinandersetzungen zulassen, in der theoretische Probleme umstritten waren. Denn die innergesellschaftlichen Gegensätze hätten nach Meinung der Parteiführung in jeder Auseinandersetzung innerhalb der Partei Ausdruck finden können. Der innere Widerspruch der Situation, in der ein auf eine sozialistische Gesellschaft tendierender Staat, der also seinem Anspruch nach soziale Demokratie bezwecken muß, die Majorität des Volkes, nicht nur die gestürzten Oberklassen, terrorisiert und ihre Willensbildung völlig ausschaltet, wäre bei jeder öffentlichen Diskussion in der KPdSU unvermeidlich offenbar geworden. So ist in der kurzen Periode von 1926/27, als in der KPdSU noch politische Widersprüche in ihrer Führung trotz des seit dem 10. Parteitag bestehenden Verbots der (organisatorischen) Fraktionsbildung in publizierter Diskussion mit größter Offenheit ausgetragen

werden konnten, bis 1933/34 die innerparteiliche Demokratie in der KPdSU völlig vernichtet worden. Alle Gruppen, die theoretisch selbständig denken wollten, mußten als Häretiker gegenüber dem allein „richtigen“, durch STALIN verkündeten Dogma aus dem Parteileben verschwinden und wurden aus der Partei ausgeschlossen. Befanden sie sich in der UdSSR, so wurden ihre Vertreter entweder in den Jahren zwischen 1936 und 1938 ihrer Freiheit beraubt oder physisch vernichtet. Die LENINSche Doktrin des „demokratischen Zentralismus“ verwandelte sich in die STALINSche Lehre vom „monolithischen Charakter der Partei“. Um die Autorität der Führung zu erhalten, die in dieser Zeit der extrem gewaltsamen Manipulierung der Gesellschaft durch die Partei zur *conditio sine qua non* der Existenz des Parteiapparates und aller seiner Teile geworden war, wurde aber die Identität beider Thesen behauptet. Der manipulatorisch-pragmatische Charakter aller Ansätze theoretischen Denkens in dieser Phase der Geschichte der KPdSU trat infolgedessen immer deutlicher zutage.

Die Lehre vom angeblich „monolithischen“ Charakter des Kommunismus wurde gleichzeitig zur dogmatischen Doktrin der gesamten Kommunistischen Internationale. Deren große westeuropäische Parteien waren für ihr Bewußtsein während der Weltwirtschaftskrise und der Periode des Aufstiegs des Faschismus auf das Gegenbild des Aufstiegs der Sowjetunion wegen der offensichtlich die Lebenshaltung der Arbeiter in allen kapitalistischen Ländern bedrohenden Lage des Kapitalismus angewiesen, um dem faschistischen Glauben an irrationalen Dezisionismus, der die Mittelschichten in ihrem Bereich zu erobern und die Arbeitslosen zu beeinflussen begann, einen Damm entgegenstellen zu können. So erlagen sie der Versuchung, die alte Lehre von der UdSSR als dem Land der siegreichen Revolution und der Möglichkeiten einer sozialistischen Zukunft, das verteidigt und gegen Gegenrevolution und Intervention geschützt werden müsse, zu einem irrationalen Mythos zu überhöhen, der die (schlechte) Gegenwart der

Sowjetunion mit diesen Chancen ihrer Zukunft gleichsetzte. Deshalb leugneten sie — in Übereinstimmung mit der Führung der KPdSU — die Widersprüche der sowjetischen Gegenwart und die Leiden ihrer Bevölkerung. Je wirkungsloser (trotz seit Beginn der Krise wachsender Wählerzahl) ihre politische Praxis im eigenen Lande war, desto stärker institutionalisierte sich dieser Glaube. Deshalb erschien es den westeuropäischen Parteien der Internationale geboten, auch jede Verketzerung von „Abweichlern“ und Häretikern in der KPdSU auf ihre eigene innerparteiliche Situation zu übertragen, nachdem sie einmal begonnen hatten, die unkritische Glorifizierung jeder Situation in der UdSSR zu ihrer Sache zu machen. Damit mußte sich eine weitere Veränderung des Denkstils zunächst in der UdSSR, dann auch im gesamten Weltkommunismus, der sich bald als bloße Verlängerung der (jeweiligen) Thesen der KPdSU in ein anderes Land empfand, verbinden. KARL MARX und FRIEDRICH ENGELS hatten einst in ihren ideologiekritischen Arbeiten die Auffassung vertreten, daß in einer klassengespaltenen Gesellschaft auch alle sozialwissenschaftlichen Disziplinen (einschließlich der sogenannten Geisteswissenschaften, der Jurisprudenz und der Ökonomie) durch die Vorstellungsweisen der jeweils miteinander kämpfenden Klassen mitbestimmt sind und in deren Auseinandersetzungen, auch wenn ihre Vertreter das weder wissen noch wollen, Partei ergreifen. Die maximale Annäherung an die objektive Wahrheit war der Wissenschaft nach ihrer Meinung im Zeitalter des industriellen Kapitalismus nur dann möglich, wenn sie bewußt die Sache der Arbeiterklasse (als der zukunftsträchtigen unterdrückten Klasse) zu der ihren machte. LENIN hatte diese These als Lehre von der „Parteilichkeit der Wissenschaft“ formuliert, die bald in die Dogmatik des Weltkommunismus einbezogen wurde. GEORG LUKÁCS (geb. 1885) hatte von dieser Überlegung aus die Auffassung entwickelt, daß die Partei (allerdings keineswegs im organisatorischen Sinne verstanden, sondern als geistige Repräsentanz dieser kämpfenden Arbeiterklasse insgesamt) nie-

mals irren könne, weil ihre Wissenschaft der Objektivität am nächsten komme („Geschichte und Klassenbewußtsein“, 1923). Aber diese Lehre wurde im damaligen Weltkommunismus heftig bestritten. Nun — in dieser extrem manipulatorischen Phase der KPdSU — wurde diese These dahin dogmatisiert, daß die konkrete Organisation der „marxistisch-leninistischen Partei des Stalinschen Zentralkomitees“ immer Recht habe, und daß also die Wissenschaft im Sinne der jeweiligen Entscheidungen dieses Stalinschen Zentralkomitees parteilich zu sein habe. Damit wurden Wissenschaft und marxistisches Denken den wunderlichsten zufälligen Entscheidungen unterworfen und solche Grotesken wie das Monopol der Auffassungen LYSENKOS in der sowjetischen Biologie möglich. Andererseits wurden nach den Vorstellungen dieser Dogmatiker des Weltkommunismus alle kommunistischen Wissenschaftler und alle Theoretiker, die jeweils andere Auffassungen vertraten als die Partei, nicht mehr nur des Irrtums, sondern der bewußten Parteilichkeit gegen die Partei der Wahrheit, die des Weltkommunismus, gezielen, zumal, wenn sie — als (angeblich nur „frühere“) Kommunisten — aus der Geschichte ihrer eigenen Denkprozesse um diese Form der Lehre von der Parteilichkeit der Wissenschaft wissen mußten. So entstand zunächst die Notwendigkeit der „Selbstkritiken“, durch die immer wieder die Anpassung an die jeweils erforderliche, rasch wechselnde taktisch-manipulatorische „Parteilinie“ erzwungen wurde. Mit der Steigerung des Manipulationsgrades durch die Spitzen der KPdSU aber mußte für deren Denken jeder politische oder wissenschaftliche „Abweichler“ als „bewußter Agent“, zunächst allgemein des Klassengegners, dann — nach dem Sieg des Faschismus in Deutschland, der die akute Gefahr des Krieges (und damit der unmittelbaren Bedrohung des industriellen Aufbaus in der UdSSR) immer näher rückte — des Faschismus erscheinen. Dies um so mehr, als die manipulierende Parteiführung verständlicherweise dazu neigte, bei ihren jeweiligen Gegnern ähnlichen manipulierenden Umgang mit Politik, Wissenschaft und Wahrheit zu ver-

muten, wie sie ihn selbst täglich übte. Es ist ebenso schwierig wie müßig zu überprüfen, und es ist soziologisch und historisch unwichtig zu wissen, ob STALIN und seine damaligen Gehilfen die unsinnigen Beschuldigungen, mit denen sie in den „Säuberungsprozessen“ zwischen 1936 und 1938 die physische Vernichtung fast aller Führer und Theoretiker des Weltkommunismus, die dessen frühere Entwicklungsphasen bestimmt haben, begründeten, selbst geglaubt haben oder nicht. Aber die Vergiftung des intellektuellen Klimas innerhalb der Organisationswelt der KPdSU und des Weltkommunismus, die dadurch entstanden war, schloß unvermeidlich für lange Jahre aus, daß größere theoretische Leistungen entstehen konnten. Auch die Darstellung der Geschichte der eigenen Partei mußte dieser Wandlung angepaßt werden, wie sich in den verschiedenen Auflagen der unter STALINS Redaktion entstandenen „Geschichte der KPdSU“ (seit 1938), des während fast zwanzig Jahren für alle Parteien der Internationale verbindlichen Lehrbuchs der Geschichte, der Strategie und Taktik des Weltkommunismus, am eindeutigsten zeigt. Es gehörte nun zum „theoretischen“ Konzept, historische Tatsachen den jeweiligen taktischen Bedürfnissen entsprechend beliebig zu manipulieren und zu verfälschen, eine Gruppe früherer kommunistischer Führer nach der andern, eine frühere Theorie nach der andern durch Verschweigen aus dem Gedächtnis auszulöschen oder durch bloße Erfindung neuer angeblicher Traditionen zu ersetzen. Der stalinistische „Marxismus-Leninismus“ mußte sich in dieser Lage darauf besinnen, die Anknüpfung an das Denken von MARX, ENGELS und LENIN des methodischen Gehalts fast völlig zu berauben und in eklektisch-zufällige Verwendung von aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten umzuwandeln, die an bestimmte Perioden der Scholastik und talmudischer Exegesen erinnert. In der Sowjetunion wurde gleichwohl (dank der Straffheit der Machtausübung, trotz der Negativität der Methoden) der „Sprung nach vorn“ vollzogen, die Umwandlung in ein hochindustrialisiertes Land und nach dem Rückgang in der

ersten Periode der Kollektivierung auch eine erhebliche Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft erreicht.

Zur Herstellung der vollen wehrwirtschaftlichen Unabhängigkeit und zur Sicherung des weiteren Aufschwungs der industriellen Produktion bedurfte in dieser Lage die UdSSR einer Außenpolitik, die die Gegensätze zwischen den faschistisch und den parlamentarisch organisierten kapitalistischen Staaten systematisch ausnützte. Sie mußte, besonders als auch in westeuropäischen Ländern faschistische Bewegungen aufstiegen, die nach den deutschen Erfahrungen nur in dieser Weise abgewehrt werden konnten, deshalb nunmehr die Parteien der Kommunistischen Internationale dahin drängen, die Theorie des „Sozialfachismus“ wieder preiszugeben, die jede Differenzierung zwischen den aller Wahrscheinlichkeit nach auf den baldigen Krieg gegen den UdSSR drängenden faschistischen Regimen und den anderen Herrschaftsformen des bürgerlichen Staates ebenso unmöglich gemacht hatte wie gemeinsame Aktionen der Parteien der Kommunistischen und der Sozialistischen Internationale. So wurde die einst von LENIN in seiner Radikalismus-Broschüre entwickelte und dann von allen Theoretikern der zweiten Entwicklungsstufe des Weltkommunismus übernommene Theorie der Einheitsfront-Strategie mit der reformistischen Arbeiterbewegung wieder aufgegriffen, mit der älteren LENINSCHEN Theorie des Bündnisses mit anderen progressiven Klassen verschmolzen und zur „Volksfront“-Theorie verbunden, die im auch sozialtheoretisch interessanten Referat des Bulgaren G. DIMITROW (1882—1949) auf dem VII. Weltkongress der Komintern (1935) für alle kommunistischen Parteien verbindlich gemacht wurde. Sie schloß die faktische (noch nicht die theoretische) Preisgabe der Form der Theorie der Diktatur des Proletariats ein, die am Anfang der theoretischen Entwicklung des Weltkommunismus gestanden hatte; sie wollte im Ergebnis die kommunistischen Parteien der bürgerlichen Staaten nicht nur zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen den Faschismus, sondern vorläufig auch zum Verzicht auf jeden radikalen Versuch

einer Nutzung der parlamentarischen Demokratie zur sofortigen Umgestaltung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft verpflichten. Das erschien in dieser Periode des Hochstalinismus, der gleichzeitig in Rußland selbst den Terror und die fast vollständige Unterdrückung der Denkfreiheit innerhalb der Reihen der KPdSU zum Inhalt hatte, deshalb als notwendig, weil die UdSSR eine Periode des Bündnisses mit den kapitalistischen Staaten Westeuropas als Voraussetzung dafür ansah, daß sie während einer längeren Zeit die friedliche, nicht durch einen Angriffskrieg des Dritten Reiches gestörte Entwicklung der eigenen Industrialisierung fortsetzen könne. Deshalb schien ihr die Stärkung, nicht aber die Schwächung der westlichen demokratisch organisierten kapitalistischen Staaten durch innere soziale Kämpfe, so lange nur der Faschismus abgewendet werden könne, als dringlichste nächste Aufgabe, bis sie ihren „Sprung nach vorn“ vollzogen und konsolidiert haben würde. Der innere Widerspruch der Situation spiegelte sich auch in der sogenannten Stalinschen Verfassung der UdSSR (1936): einerseits formale Umwandlung der Sowjets in parlamentarische Organe und in großem Umfang Gewährung rechtsstaatlicher Verfassungsgarantien, andererseits Institutionalisierung des Parteimonopols der KPdSU. Übrigens hatten an der Vorbereitung dieser Verfassung noch eine Anzahl der Theoretiker derjenigen Gruppierungen in der KPdSU teilgenommen, die Gegner der Politik Stalins waren und die Normen der durch sie formulierten Verfassung nicht nur als bloßen Schein zur Verhüllung manipulierten Terrors ansehen wollten, sondern durchaus ernst nahmen. In der Realität mußte aber nunmehr der Gegensatz zwischen der sozialen Wirklichkeit und der Verfassung, die in großen Teilen die Sprache demokratischen Verfassungsdenkens verwendete, die fast dezisionistische Funktionalisierung eines Denkens, das sich ständig im offensären Widerspruch zwischen Wortgebrauch und Inhalt vollzog, noch erheblich steigern. Für den juristischen Ausdruck dieser Situation

sind die Schriften von A. WYSCHINSKIJ (1883—1954) (z. B. „Sowjetische Beiträge zur Staats- und Rechtstheorie“, 1953) charakteristisch. Da aber die anderen Parteien der Kommunistischen Internationale in diesen Jahren der extremen Steigerung der außenpolitischen Gegensätze, der noch nicht überwundenen ökonomischen Krise des Weltkapitalismus und der Bedrohung durch den Faschismus nicht nur auf die reale Macht der UdSSR, sondern auch auf ihre Idealisierung sich weiter angewiesen glaubten, wurden diese Denkformen auch auf sie übertragen. So mußte auch deren theoretische Leistungsfähigkeit fast völlig erlahmen. Diese Grundsituation wurde durch die (wahrscheinlich z. T. unvermeidlichen, und, wäre ihre offene kritische Erörterung im Lager des Weltkommunismus möglich gewesen, auch theoretisch zu rechtfertigenden) abrupten außenpolitischen Wendungen der UdSSR nach dem Münchener Abkommen, das die vorher dogmatisierte Bündnispolitik als illusionär enthüllt hatte, noch verschärft. Denn die KPdSU ideologisierte — ihrer früheren Gewohnheit gemäß — jeden taktischen Schritt, anstatt ihn als das, was er war, als pragmatische Antwort auf Widersprüche zu charakterisieren, deren Existenz man sich nicht eingestehen wollte. Der ökonomische Aufschwung der UdSSR vor ihrer Einbeziehung in den Zweiten Weltkrieg durch den im Grunde voraussehbaren und trotz des Paktes mit dem Dritten Reich (wenn auch zu einem viel späteren Zeitpunkt) erwarteten Angriff des Dritten Reiches hätte an sich die Lockerung dieses Systems des Weltkommunismus ermöglicht, weil sich inzwischen infolge der allmählichen Steigerung des Lebensstandards der Massen und der raschen und erheblichen Verbreiterung der Intelligenzschicht der Bevölkerung zeigen ließ, daß die großen Opfer des Beginns der Planperiode sinnvoll gewesen waren. Aber die dogmatische Gleichsetzung taktischer Maßnahmen mit „Theorie“, die in der früheren Periode erfolgt war und deren Selbstwiderlegung verhüllt werden mußte, wenn die Autorität der Führung bewahrt bleiben sollte, schloß die

Möglichkeit der Wiederbelebung kritischen theoretischen Denkens zunächst noch aus. Die Rückwendung zur früheren außenpolitischen Koalitionspolitik mit den demokratisch organisierten kapitalistischen Großmächten infolge des Krieges mit dem Deutschen Reich ließ einerseits die Volksfrontpolitik und deren Theorie in modifizierter Form wieder auflieben. Aber sie übersteigerte andererseits noch einmal durch das (zur Verteidigung der UdSSR erforderliche) innenpolitische Bündnis mit der orthodoxen Kirche, die Ideologie des „großen vaterländischen Krieges“ und die als Konzession an die kapitalistischen Großmächte, mit denen die Sowjet-Union nun gemeinsam gegen Hitler und seine Partner kämpfte, gedachte Auflösung der Kommunistischen Internationale (1943) die Tendenz zur Unterordnung jeder grundsätzlichen (und also theoretischen) Fragestellung unter taktische Erfordernisse des jeweiligen Tages. Die Entfremdung des Marxismus zu einem auf pragmatischen Zweckrationalismus ohne historische und dialektische Perspektive beengten Denksystems wurde verstärkt. Die Eroberung des europäischen Kontinents durch das Dritte Reich bewirkte gleichzeitig, daß die (nun ausnahmslos illegalen) Parteien der (aufgelösten) Internationale in West- und Südeuropa zu Führern des „résistance“ wurden und mit den lebendigeren Gruppen des (zunächst kleinen, aber rasch wachsenden) Teils der bürgerlichen Intelligenz zusammenwirkten, der sich nicht (wie zunächst in fast allen Ländern die kapitalistischen Klassen) mehr oder minder mit den Regimen der Kollaboration gleichgeschaltet hatte. Sie formten also auch ihrerseits die Theorie der Volksfront zur Theorie der „nationalen Front“ gegen die „Neuordnung Europas“ durch das Dritte Reich um. Diese Situation des selbständigen und selbstbewußten antifaschistischen Kampfes und seiner Theorie der „nationalen Front“ ergab nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches zunächst — bis zum Beginn der von den USA begonnenen Gegenoffensive gegen alle sozialistischen Bestrebungen auf dem europäischen Kontinent und in den Entwicklungs-

ländern und bis zur Auslösung des kalten Krieges — vielfache Ansätze zur Auflösung des monolithischen Systems der stalinistischen Ideologie des Weltkommunismus. So konnten auf seinem Boden erneut — wie vor der Herrschaft des Stalinismus — erste Ansätze selbständigen theoretischen Denkens und theoretischer Diskussion entstehen. Das zeigte sich in Frankreich an den damaligen Arbeiten LEFÈBRES, GARAUDYS und BETTELHEIMS, in Jugoslawien an den Publikationen MOSHE PIJADES und auch in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands in der politischen Theorie des besonderen „deutschen Weges zum Sozialismus“ bei ACKERMANN und z. T. auch an der Berufung von LEO KOFLER, HANS MAYER und ERNST BLOCH an Universitäten der Sowjetischen Besatzungszone wie in der Publikation der Arbeiten des deutsch schreibenden Ungarn GEORG LUKÁCS. Allerdings blieb dieser Entwicklungsphase des theoretischen Weltkommunismus unvermeidlich ein Widerspruch immanent: Die UdSSR war in der Endphase des Krieges und der ersten Nachkriegszeit durch die Folgen des bewußt als Mord- und Raubzug geplanten Feldzuges des Dritten Reiches ökonomisch erheblich stärker zurückgeworfen worden als irgendein anderes industrialisiertes Land, weil die deutsche Armee und Waffen-SS einen großen Teil der wirtschaftlich am stärksten entwickelten Teile ihres Staatsgebietes besetzt, ausgeraubt und vor dem Rückzug seiner Armeen völlig zerstört und einen erheblichen Prozentsatz der arbeitsfähigen Bürger des Sowjet-Landes getötet hatte. So war es zunächst das zentrale Ziel der UdSSR, wie einst in der NEP-Periode Investitionshilfen von den industriell entwickelten kapitalistischen Ländern zu erhalten, die vor allem die Vereinigten Staaten hätten gewähren können; denn die USA hatten dank des Krieges die Wirtschaftskrise endgültig überwunden. Ihr Produktionsapparat war durch den Krieg nicht nur nicht geschädigt, sondern entwickelt worden. Die UdSSR hoffte verständlicherweise in dieser Lage ihrer Bevölkerung die Leiden einer zweiten

Periode der Frühakkumulation durch eine Politik der Zurückhaltung, die derartige Investitionshilfen der USA denkbar erscheinen lassen würde, zu ersparen. Deshalb war sie wie in den Jahren vor dem zweiten Weltkrieg zunächst darauf bedacht, außerhalb des Bereiches ihrer unmittelbaren westlichen Nachbarn (also des Okkupationsraums ihrer Armee), den sie ihrem Großmachtseinfluß- und militärischen Sicherheitskreis zurechnen zu können glaubte, revolutionär-sozialistische Entwicklungen zu vermeiden, um die kapitalistischen Mächte, die seit 1941 ihre Bündnispartner waren, nicht unnötig zu provozieren. Angesichts ihrer extrem hohen Schäden und Bevölkerungsverluste hoffte sie selbstverständlich vor allem von Deutschland maximale Reparationen zu erhalten. Sie machte ihren Einfluß auf die westeuropäischen kommunistischen Parteien deshalb erneut erfolgreich in dieser Richtung geltend. In Frankreich, Italien und Deutschland entstand infolge dieser Situation vorübergehend die merkwürdige Lage, daß die Forderungen der wiedererstandenen reformistischen Arbeiterparteien erheblich radikaler waren als die der Kommunisten. Die Entwicklung der chinesischen kommunistischen Revolution unter dem auch als selbständiger philosophischer Repräsentant des Weltkommunismus bedeutsamen MAO TSE TUNG war der UdSSR zunächst aus diesen Gründen so unbequem, daß sie erst 1949 bereit war, ihre Regierung anzuerkennen. Diese Widersprüchlichkeit der Lage verhinderte, daß sich diese erneute Belebung kommunistischen theoretischen Denkens nach 1941 vor dem Beginn des kalten Krieges wirklich stabilisieren konnte. Immerhin zeigte sich die Lockerung des starren Dogmatismus vorübergehend sogar in der UdSSR; STALIN selbst betonte deren Notwendigkeit in seiner polemischen Schrift gegen den sowjetischen Sprachphilosophen M. J. MARR und seine Schule („Der Marxismus und die Frage der Sprachwissenschaft“, 1950.).

Der Beginn des kalten Krieges widerlegte die damaligen außenpolitischen Hoffnungen der UdSSR in ähnlicher Weise, wie die Politik der bürgerlich-demokratisch organi-

sierten großen Industriestaaten während des spanischen Bürgerkrieges (1936—1939) und das Münchener Abkommen 1938 ihre Illusionen über die Möglichkeit langfristiger Vertagung der Klassengegensätze und des Grundwiderspruches zwischen kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaftssystemen vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zerstört hatten. Die Sowjetunion, nun zu ihrer ökonomischen Rekonstruktion allein auf ihre eigene Kraft, auf die Hilfsleistungen der im Machtbereich der sowjetischen Armee entstandenen osteuropäischen sozialistischen Staaten und auf die Reparationslieferungen der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland angewiesen, zog daher auch innenpolitisch die Zügel wieder straff und kehrte zum monolithischen Prinzip in vollem Maße zurück. Im Machtbereich ihrer Armee wurden die kommunistischen (bzw. Vereinigten Arbeiter-)Parteien erneut voll diesem Prinzip angepaßt, teilweise mit Mitteln, die dem Terrorismus der Periode der großen Prozesse gegen die Opposition in der UdSSR entsprachen. Die großen Kommunistischen Parteien des Westens wurden auf Druck der USA, weil sie gegen den kalten Krieg und die restaurative Politik der Vereinigten Staaten Stellung nahmen, aus der Kommunikation mit anderen politischen Gruppen ihrer Länder ausgeschlossen. Sie kehrten in gleicher Weise zur stalinistischen Position der Zeit vor 1941 zurück und duldeten deshalb nicht mehr irgendwelche Ansätze zu selbständiger geistiger Entwicklung in den eigenen Reihen. Die Theorie der „nationalen Front“ wurde in den politisch wegen der Anwesenheit sowjetischer Truppen oder doch wegen ihrer Befreiung durch die Rote Armee von der UdSSR abhängigen Ländern Osteuropas abermals in ein bloßes Mittel der Manipulation verwandelt. Zwar scherte nun das einzige europäische Land, in dem vor Ende des Krieges eine Résistance-Bewegung unter kommunistischer Führung ohne wesentliche Hilfe der Roten Armee gesiegt hatte, Jugoslawien, aus dem sowjetischen Machtbereich aus. Es begann, seine weitere Entwicklung unter dem Gesichtspunkt der Entfaltung eines eigenen Weges zum Sozialismus durch

Betonung der Arbeiterselbstverwaltung zu vollziehen. Den griechischen Kommunisten, für die eine parallele Entwicklung denkbar gewesen wäre, wurde dieser Weg dadurch gesperrt, daß die britische Armee sie nach der Befreiung des Landes durch EAM und ELAS gewaltsam niedergeworfen hatte, um die Monarchie und die Machtstellung privilegierter Kasten wiederherzustellen. Aber seit Bildung (des allerdings nach einigen Jahren wieder aufgelösten) Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) hatte sich das System des „monolithischen“ (und daher der Sache nach dezisionistisch-manipulativen) Weltkommunismus zunächst in der KPdSU, dann in den infolge des Krieges sozialistisch gewordenen Ländern und in den westeuropäischen kommunistischen Parteien wiederhergestellt. Damit war die Möglichkeit selbständiger geistiger Arbeit an der Weiterentwicklung der Theorie wieder entfallen. Ein großer Teil derjenigen Autoren, die sich darum bemüht hatten, wurde aus den kommunistischen Parteien verdrängt.

Dies System mußte jedoch erneut fragwürdig werden, nachdem die industriellen Verluste der Sowjetmacht durch den Krieg und dessen Folgen wieder ausgeglichen waren, die produktionsfördernden Konsequenzen der während des Krieges in großem Umfang vorgenommenen Produktionsverlagerungen in den asiatischen Teil der UdSSR sich entfalten konnten und die Wachstumsgeschwindigkeit des Sozialproduktes in der nun zur hochindustriellen Weltmacht aufgestiegenen UdSSR diejenige der USA, nun der einzigen Weltmacht des Lagers der kapitalistisch organisierten Staaten, deutlich überholte. Nach Meinung der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft hatte sich dabei gezeigt, daß trotz großer Planungsfehler das sozialistische System mit geringeren Reibungsverlusten arbeite als die monopolkapitalistische „planification“, die immer noch durch das Motiv der Profitmaximierung gesteuert und gehemmt werde. Die Steigerung des Anteils der Bildungsschichten an der Gesamtbevölkerung der Sowjetunion und des Bildungsniveaus sowohl der industriell wie der agra-

risch tätigen Bevölkerungsgruppen mußte mit dem Prinzip allseitiger Manipulation durch die Führung der „monolithischen Partei“, der diskussionslosen Hinnahme ihres pragmatischen Dezisionismus ohne Erörterung seiner strategischen Grundlagen, der Theorie ihrer gesellschaftlichen Entscheidungen, in wachsendem Maße unvereinbar werden, zumal sich gleichzeitig die Divergenz der konkreten Aufgabenstellungen der verschiedenen Teile des Weltkommunismus außerhalb der Sowjetunion geltend zu machen begann.

V. Der Polyzentrismus und die Rückkehr zu öffentlich diskutiertem theoretischem Denken im Weltkommunismus

Die Entwicklung des heute noch nicht abgeschlossenen Prozesses der Auflösung und Korrektur des Stalinismus ist bald nach dem Tode STALINS (1953), des Repräsentanten der monolithischen Entwicklungsstufe, offenkundig geworden. Sie wurde seit den Referaten der Historikerin PANKRATOWA und CHRUSTSCHOWS auf dem XX. Parteitag der KPdSU (1956) und dem durch Massenaktionen des Volkes in Polen und Ungarn in Gang gebrachten Regimewechsel in einem Teil der europäischen sozialistischen Länder auch denjenigen wissenschaftlichen Beobachtern in den westlichen Staaten erkennbar, die bis dahin geglaubt hatten, den „monolithischen“ Weltkommunismus unter dem Vorzeichen der Theorie des „Totalitarismus“ mit den offenkundig den kapitalistischen Gesellschaftssystemen imminenten Tendenzen zum Faschismus identifizieren zu können (wie z. B. HANNA AHRENDT, C. J. FRIEDRICH und S. M. LIPSET).

Seit die Divergenz zwischen zwei sozialistischen Großmächten, der UdSSR und China, immer stärker hervortritt, und das (vorübergehende) gemeinsame Monopol der oligopolkapitalistischen USA und der Sowjetunion auf die Weltmachtrolle durch die trotz gelegentlicher Rückschläge überraschend rasche Industrialisierung Chinas

erschüttert zu werden beginnt, haben sich diese Probleme noch weiter kompliziert. Im zur Zeit der Eroberung der politischen Macht durch die Kommunisten industriell fast unentwickelten und in der agrarischen Produktion vorkapitalistischen China hat sich die sozialistische „ursprüngliche Akkumulation“ und die Kollektivierung der agrarischen Produktion insofern unter anderen (und objektiv günstigeren) Bedingungen als in der UdSSR zu vollziehen begonnenen, als die Majorität seiner Bauernbevölkerung vor dem Sieg der Kommunisten unter noch wesentlich primitiveren Lebensbedingungen als die Bauern des zaristischen Rußlands existierte und das industrielle Proletariat noch relativ schwach und schlecht bezahlt war. Das Lebenshaltungsniveau der unterprivilegierten Klassen wurde deshalb durch die revolutionäre Veränderung auch nicht vorübergehend reduziert. Die kommunistische Revolution stellte die administrative Einheit Chinas, die vor der Revolution von 1911 schon lange erschüttert und durch die Revolution endgültig zerbrochen war, zum erstenmal wieder her. Der Sieg der Kommunistischen Partei Chinas beendete die Periode seiner Unterwerfung unter die imperialistischen Großmächte und zuletzt unter die japanische Okkupation. Anstelle der Widersprüche, die den Stalinismus in der UdSSR entstehen ließen, traten deshalb andere (aber ohne starken Rückfall des Lebenshaltungsniveaus der Massen lösbar) Probleme, die sich in der politischen Philosophie MAO TSE TUNGS (geb. 1893; „Über den Widerspruch“, 1937; „Dialektischer Materialismus“, 1940; „Zur Frage der richtigen Lösung von Widersprüchen im Volk“, 1957) ausdrücken. Mao war in den langwierigen Kämpfen der Roten Armee gegen das Regime TSCHIANG KAI SHEKS und der Kuomintang seit 1927 zum Führer der chinesischen Kommunisten aufgestiegen.

Die Manipulation der Darstellung der Geschichte der eigenen Bewegung nach taktischen Tagesbedürfnissen tritt seitdem in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern langsam zurück. In der ostdeutschen kommunistischen Literatur lässt z. B. ein Vergleich zwischen

WALTER ULRICHTS „Kurzem Lehrgang der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (1958) mit der achtbändigen, von einem Autorenkollektiv des Berliner Marx-Engels-Lenin-Instituts beim ZK der SED verfaßten „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (1965 ff.) diese Wendung zur objektiven geschichtlichen Darstellung und Analyse (wenn auch nur der Tendenz nach, noch nicht konsequent) erkennen. „Parteilichkeit“ der Wissenschaft und Streben nach möglicher objektiver Ermittlung der Wahrheit gelten also nicht mehr als Gegensatz.

Auch in den Wirtschaftswissenschaften der Sowjetunion, in der vor allem J. LIBERMAN und TRAPEZNIKOW der Diskussion ökonomischer Probleme gegenüber den früheren Auffassungen z. B. von L. A. LEONTJEW („Lehrbuch der politischen Ökonomie“, 1954) neue Antriebe gegeben haben, sowie der Tschechoslowakei, Ungarns und der DDR, in der die Diskussion zwischen FRITZ BEHRENS (geb. 1909, „Zur Theorie der Messung des Nutzeffekts der gesellschaftlichen Arbeit“, 1963) und einer Gruppe jüngerer Ökonomen um OTTO REINHOLD und HORST HEMBERGER (Imperialismus heute. Der staatsmonopolistische Kapitalismus, 1965) nach dem Übergang zum Neuen Ökonomischen System weitergeht, wird der taktische Funktionalismus der vorherigen Periode durch mehr oder minder offen ausgetragene wissenschaftliche Auseinandersetzungen ersetzt. Hinsichtlich der sozialistischen Länder geht es dabei um die Abstimmung zwischen Produktionsgüter- und Konsumgütererzeugung bei möglichst kostensparender Erweiterung der Konsumgüterproduktion zwecks Anpassung an die Notwendigkeiten einer entwickelten Industriegesellschaft, die die Zwänge der ursprünglichen Akkumulation nicht mehr kennt und um die Verbesserung der Distributionsmethoden. Weil aber weder der Grad der Produktivität noch die Umformung des Menschen bisher erreicht ist, die für den Übergang zum Kommunismus erforderlich wären, ist das Zentralproblem die rationale Verwertung der Motivationen der individuellen Leistungsanreize. Die Verwendung der Form nach marktwirtschaft-

licher Mittel innerhalb der sozialistischen Planung bei Dezentralisierung der Plan-Durchführung zu den Einzelunternehmen hin verbindet sich dabei notwendig mit der Frage nach der Demokratisierung der Gesellschaft. Die frühere Fiktion, der Sozialismus habe bereits die Produktivität der industrieliberalistischen Länder überholt, so daß man unmittelbar vor dem Übergang in eine kommunistische Gesellschaft stehe, die eine allseitige Bedürfnisbefriedigung ohne Anknüpfung an das Leistungsprinzip gestatte, ist in allen sozialistischen Ländern entfallen. Dadurch ist das neue Problem entstanden, wieweit ein in sich geschlossenes System der sozialen Gesetzlichkeiten der sozialistischen Industriegesellschaft als der Vorstufe der kommunistischen Gesellschaft entwickelt werden könne. Von hier aus wird die Rezeption kybernetischer Vorstellungen verständlich, die diese Gesellschaft als ein Regelungssystem begreifen und die sowohl in der sowjetischen Wissenschaft, z. B. bei J. A. POLETAJEW („Kybernetik“, 1960) als auch von Theoretikern der DDR wie G. KLAUS („Kybernetik und Gesellschaft“, 1964) vertreten werden. Daß dabei die Gefahr einer neuen mechanistischen Auflösung der dialektischen Methode entsteht, liegt auf der Hand. Die Erfahrungen der Wirtschaftsreform Jugoslawiens, dessen dezentralisiertes Planungssystem seit der Wiederherstellung freundschaftlicher politischer Beziehungen zwischen diesem Lande und der UdSSR, zwischen der KPdSU und dem „Bund der Kommunisten“ Tiros auch in den anderen kommunistisch geführten Staaten (mit Ausnahme Chinas und Albaniens) nicht mehr als Rückkehr zum Kapitalismus gilt, werden nunmehr auch in den kommunistischen Parteien Westeuropas und in den dem sowjetischen System angegliederten sozialistischen Staaten zwar kritisiert, aber wieder ernstlich erörtert.

Die Veränderung in der politisch-sozialen Struktur der Sowjetgesellschaft, die sich in dieser Erweiterung der theoretischen Diskussion spiegelt, hatte unvermeidlich auch die Wiederbelebung rechtswissenschaftlicher Fragestellungen zur Folge, wie sie in der Entwicklung einer Theorie der

sozialistischen Gesetzlichkeit in der UdSSR und auch in der DDR zum Ausdruck kommt, deren kontroverser Charakter z. B. durch den Bericht über eine Konferenz der Staatsrechtslehrer der DDR über „Demokratie und Grundrechte“ (1967) eindrucksvoll belegt wird. Die soziologische und geisteswissenschaftliche Diskussion gerät ebenso wieder in Fluß: Der französische kommunistische Philosoph ROGER GARAUDY hat die Hegel-Rezeption wieder aufgenommen („Dieu est mort“, 1962). Er führt seine Auseinandersetzung mit der katholischen Soziallehre im Rahmen der Tagungen der Paulus-Gesellschaft erstaunlich versöhnlich („Christentum und Marxismus heute“, 1967). Der polnische Philosoph ADAM SCHAFF hat die undifferenzierten früheren Formen der Polemik gegen den Existentialismus verlassen und in seinem Buch „Marxismus und das menschliche Individuum“ (1965) begonnen, die Thesen des nichtkommunistischen, in Mexico lebenden Marxisten ERICH FROMM zu übernehmen.

Auch die sowjetische Philosophie beginnt ihre frühere dogmatische Starre wieder zu lockern (G. J. OISERMAN, „Die Entstehung der marxistischen Philosophie“, 1964; N. J. LAPIN, „Der junge Marx“, 1965). Zum Problemkreis der politischen Theorie hat unter führender Beteiligung der KPdSU eine Erklärung von 12 kommunistischen Parteien (1957) und von 81 kommunistischen Parteien (1960) das Ende der Vorstellung gebracht, daß der Übergang zur Herrschaft des Proletariats und damit der Weg zur sozialistischen Gesellschaft sich in allen Ländern in prinzipiell gleicher Weise gestalten müsse wie einst in Rußland, also stets die Form des gewaltigen Umsturzes annehmen müsse. Diese Thesen gehen davon aus, daß der Aufstieg eines Systems sozialistischer Staaten unter Führung der UdSSR als einer Weltmacht die Bedingungen dafür geschaffen habe, daß, wenn nur die friedliche Koexistenz des sozialistischen und kapitalistischen Lagers erhalten bleibe, im Schutze ihrer sozialökonomisch ausgetragenen Leistungskonkurrenz der Übergang zum Sozialismus in den parlamentarisch organisierten kapitalistischen Staaten sich

legal auf dem Wege von Strukturreformen vollziehen könne, die auf Grund demokratischer Mehrheitsbildung durchgesetzt werden. Die Vorbedingung dazu sei allerdings, daß diese kapitalistischen Staaten durch die reale Macht der Parteien und Verbände der Arbeiterklasse daran gehindert werden können, sich in autoritäre oder faschistische Diktaturen umzuwandeln. Das sogenannte „Politische Testament“ (1964) des in der Sowjetunion gestorbenen Führers der Kommunistischen Partei Italiens, PALMIRO TOGLIATTI (1893—1964) hat diese ideologische Wendung dahin formuliert, daß der Weltkommunismus polyzentrisch werden und also den Führungsanspruch der UdSSR (und der KPdSU) zwar nicht beseitigen, aber begrenzen müsse. Diese Auflösung der Ideologie des „monolithischen“ Weltkommunismus und die Rückkehr zur Wiederaufnahme öffentlicher theoretischer Diskussion verläuft selbstverständlich — wie jede geschichtliche Entwicklung — weder gradlinig noch ohne Rückschläge und Widersprüche. Sie war zunächst nicht Ursache, sondern Folge einer politisch-sozialen Veränderung einerseits in den Beziehungen der großen Wirtschaftssysteme und der Staaten zueinander, andererseits in der ökonomisch-sozialen Entwicklung derjenigen Staaten, die das kapitalistische Wirtschaftssystem abgestreift haben. Als eine die Realität erfassende kritische Theorie der Entwicklung von der kapitalistischen zur kommunistischen Gesellschaft könnte eine in dieser Weise erneuerte Doktrin allerdings die Hilfe dazu bieten, diese Realität selbst zu verändern, den Ausbau von Produktivität, Rechtssicherheit und kulturellem Fortschritt in den sozialistischen Staaten mit dem Aufbau des Selbstbewußtseins und der Macht der unterdrückten Klassen in den anderen Staaten zu koordinieren. Der ideologische Prozeß bleibt stets vom realen gesellschaftlichen Prozeß abhängig, wie er andererseits auf ihn zurückwirkt. Er ist unvermeidlich immer wieder erheblichen Rückschlägen ausgesetzt, in starkem Maße vor allem dann, wenn Verschärfungen der außenpolitischen Situation das Bewußtsein der Bedrohung durch äußere Feinde in einem der sozialistischen

Länder erhöhen und dessen politischen Führern und Ideologen den Rückgriff auf die frühere militante Selbstisolierung im Zeichen der alten ideologischen Verhärtungen nahelegen. Das erklärt, weshalb in einem Zeitpunkt, zu dem z. B. der Diskussionsrahmen in Polen bereits recht breit war, in der DDR, die sich wegen der Nicht-Anerkennung durch die Bundesrepublik und den Westblock besonders unsicher fühlen muß, noch marxistische Gelehrte vom Range ERNST BLOCHS oder HANS MAYERs genötigt schienen, das Land zu verlassen, weil dort diese Umformung des stalinistischen Dogmatismus zu frei ausdiskutierbarer kommunistischer Theorie am langsamsten verlaufen und längere Zeit noch recht beschränkt geblieben ist. Aber auch in anderen sozialistischen Ländern, auch in der UdSSR als der Hegemonialmacht des Systems, haben sich immer wieder Rückfälle ergeben. Vorläufig ist in vielen Fragen die Revision des Stalinismus noch immer in großem Maße qualitativ auf dem Boden stalinistischer Denkformen und innerhalb ihrer Schranken verblieben, wie GEORG LUKÁCS (vgl. „Gespräche mit Lukács“, 1967) mit Recht festgestellt hat.

Der Eintritt des von FIDEL CASTRO geleiteten revolutionären Cuba, dessen politische Theorie von CHE GUEVARA entwickelt wurde, und das nur durch das Eingreifen der UdSSR vor der gewaltsmäßen Intervention der USA geschützt werden konnte, in das sozialistische Lager und vor allem die Sonderentwicklung des chinesischen Kommunismus unter MAO TSE TUNG und des von Ho TSCHI MIN geleiteten vietnamesischen Kommunismus haben den Dezentralisierungsprozeß im Weltkommunismus jedoch weiter beschleunigt. Diese Veränderungen machen neue theoretische Auseinandersetzungen unvermeidlich und bieten dem Polyzentrismus auch machtsoziologisch gesehen eine Basis. So wird zur entscheidenden Frage, ob und wieweit es dem Weltkommunismus gelingt, nach der Auflösung des für seine theoretische Fortentwicklung unergiebigen monolithischen Systems STALINS mit dessen eklektisch wendbarem Dogmatismus zu einer neuen Form kritisch-theoretischer

Diskussion — bei Wahrung der Einheit der Methode — zu gelangen, deren Ausgangslage sich außenpolitisch aus dem neuen Gleichgewicht zwischen dem Weltkapitalismus und der Weltwirtschaft der sozialistischen Staaten und dem Kampf der sogenannten Entwicklungsländer um ihre sozial-ökonomische Emanzipation, innenpolitisch aus der Veränderung der Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft auf der einen Seite, der werdenden sozialistischen Gesellschaft auf der anderen Seite ergibt. Das würde voraussetzen, daß der Weltkommunismus wieder lernt, auch die selbständigen wissenschaftlichen Leistungen in sein Denken einzubeziehen, die nach dem Siege des Stalinismus auf der Grundlage marxistischer Methoden außerhalb seiner Organisationssysteme erarbeitet worden sind.

§ 4: Theoretische Einzelarbeit auf der Grundlage des Marxismus

Seit der Stalinisierung des Weltkommunismus hatte sich die theoretische Arbeit auf der Grundlage des Marxismus weitgehend von den Kommunistischen Parteien und ihrer Entwicklung getrennt. Die meisten kommunistischen Gelehrten, die durch kritische geistige Arbeit zu neuen Ergebnissen kamen, wurden früher oder später aus den Parteien des Weltkommunismus ausgeschlossen oder hatten doch jeden Einfluß auf diese Parteien eingebüßt. Andererseits erlosch auch im Rahmen der reformistischen Arbeiterbewegung die Anwendung der marxistischen Theorien und die Diskussion über sie fast völlig, seit der Austromarxismus nach der Eroberung Österreichs durch den Faschismus seine Bedeutung verlor. Die wissenschaftliche Weiterarbeit auf der Basis des Marxismus hat dadurch weitgehend den Kontakt mit den großen Organisationen der Arbeiterbewegung verloren, der bis zum Ende der ersten Entwicklungsphase des Weltkommunismus ihre Lebensgrundlage war.

Sie hat gleichwohl auch nach dieser Isolierung eine umfangreiche Reihe von Ergebnissen und Anregungen hervorgebracht. Andererseits hat das Denken von MARX und ENGELS, allerdings ohne Übertragung seines Theorie und Praxis vermittelnden methodischen Konzepts, vielfache Einflüsse auf die Entwicklung der „bürgerlichen“ Wissenschaft unseres Jahrhunderts (vor allem in den Sozial- und Geisteswissenschaften) ausgeübt. Der Beginn der revolutionären Periode am Ende des ersten Weltkrieges bewirkte bei einer Reihe von Marxisten der damals jüngeren Generation eine Rückwendung von der mehr oder minder deterministischen und mechanistischen Interpretation des Marxismus der zweiten Internationale, wie sie auch für die Kantianer-Marxisten MAX ADLER (1873—1937) („Marx als Denker“, 1908; „Lehrbuch der materialistischen Geschichtsauffassung“, 1930) und KARL VORLÄNDER (1860 bis 1928) („Kant und Marx“, 1911) charakteristisch blieb und in EDUARD BERNSTEINS Trennung zwischen sozial-theoretischem Evolutionismus und Ethik grundsätzlich nicht in Frage gestellt wurde, zur dialektischen Methode, wie sie von HEGEL entwickelt und von KARL MARX nach dessen Anspruch materialistisch „auf die Füße gestellt“ worden war. Sie wurde in Italien in einer Reihe von Aufsätzen und in den Heften und den Briefen aus dem Gefängnis von ANTONIO GRAMSCI (1889—1937) vertreten, der dabei zunächst vom liberalen Hegelianismus seines Lehrers BENEDETTO CROCE (1866—1952) beeinflußt war, aber an die Vorarbeiten ANTONIO LABRIOLAS (1843 bis 1904) („Il materialismo storico“, 1896; „Discorrendo di socialismo e di filosofia“, 1898) anknüpfen konnte. In Deutschland hat der Jurist KARL KORSCH (1886—1961) zunächst in Zeitschriftenaufsätzen die Theorie der Räte entwickelt (1919), um dann nach vorübergehender Identifikation mit den Thesen der russischen Arbeiter-Opposition die Vernachlässigung dialektischen Denkens im Kautskyanismus und in der offiziellen Philosophie des sowjetischen Kommunismus zum Gegenstand seiner Untersuchungen zu machen und eine dialektische Neuinterpretation des

Marxismus einzuleiten („Marxismus und Philosophie“, 1. Aufl. 1923, 2. Aufl. 1930, „Karl Marx“, 1938). Ursprünglich von der neukantianischen und von der phänomenologischen Richtung der zeitgenössischen deutschen Philosophie und von der Soziologie MAX WEBERS beeinflußt, hat ERNST BLOCH (geb. 1885) seit dem „Geist der Utopie“ (1918) und seiner „Thomas Münzer“-Biographie (1922) die Theorie der „realen Utopie“ im Anschluß an den Marxismus entwickelt, historisch begründet und systematisiert („Naturrecht und menschliche Würde“, 1960, „Das Prinzip Hoffnung“, 1959 ff). Der Ungar GEORG LUKÁCS (geb. 1885), von gleichen Ausgangspunkten bestimmt, hat zunächst der marxistischen Geschichtsphilosophie und politischen Theorie mit stärkerer Betonung der Methode der Dialektik neue Antriebe gegeben („Geschichte und Klassenbewußtsein“, 1923), um dann in zahlreichen literaturgeschichtlichen und literarsoziologischen Einzelarbeiten vor allem zur deutschen und französischen Literaturgeschichte („Goethe und seine Zeit“, 1947; „Essays über den Realismus“, 1948; „Thomas Mann“, 1949; „Balzac“, 1952) und einer umfassenden Analyse der neueren deutschen Geistesgeschichte („Der junge Hegel“, 1954, „Die Zerstörung der Vernunft“, 1954) die Grundlagen für seine literaturwissenschaftlichen und philosophischen Altersarbeiten („Ästhetik“, 1963) zu legen. Er arbeitet zur Zeit an einer marxistischen „Ontologie“, deren Grundzüge er in Diskussionen mit anderen marxistischen Theoretikern bereits der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat. („Gespräche mit Lukács“, 1967). Sein Ruf als bedeutendster marxistischer Philosoph der Gegenwart, der fast alle Aspekte marxistischen Denkens, abgesehen von der Ökonomie im engeren Sinne, wieder in einer Person vereint, ist außerhalb der sozialistischen Länder und der kommunistischen Parteien fast unbestritten. Die Franzosen HENRI LEFÈVRE (geb. 1901; „Logique dialectique“, 1947; „Karl Marx“, 1948; „Probleme des Marxismus heute“, 1958; „La proclamation de la Commune“, 1965) und LOUIS ALTHUSSER („La tâche historique de la philosophie marxiste“, 1967) beziehen

ebenso wie der in den USA lehrende HERBERT MARCUSE („Soviet Marxism“, 1957; „The One-dimensional man“, 1964), der zunächst durch die Publikation der Pariser philosophisch-ökonomischen Manuskripte von KARL MARX in der MEGA zur Annäherung an den Marxismus angeregt wurde (Aufsätze in „Die Gesellschaft“, 1932), bei aller Polemik gegen den Existentialismus dessen Fragestellungen in die marxistische Sozialsphilosophie ein, wobei MARCUSE sich stärker als LEFÈVRE und ALTHUSSER von MARX und ENGELS nicht nur inhaltlich, sondern auch methodologisch entfernt. Der französische Schriftsteller und Philosoph JEAN-PAUL SARTRE (geb. 1905) wurde durch seine Aktivität in der Résistance zur Einbeziehung marxistischen Denkens in seinen ursprünglich nur existentialistischen Ansatz geführt („Existentialismus und Marxismus“, deutsch 1964; „Kritik der dialektischen Vernunft“, deutsch 1967). Der frühere Austromarxist LEO KOFLER geb. 1907) hat in „Die Wissenschaft von der Gesellschaft“ (unter dem Pseudonym Stanislaw Warynski, 1944) die marxistisch-dialektische Soziologie neu formuliert, für sie in „Staat, Gesellschaft und Elite zwischen Humanismus und Nihilismus“ (1960) neue Aspekte gewonnen und sie in „Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“ (1. Aufl. 1948, 3. Aufl. 1966) historisch begründet. Der in Paris lehrende Rumäne LUCIEN GOLDMANN (geb. 1913) („Racine“, 1956; „Dialektische Untersuchungen“, 1966), der Österreicher ERNST FISCHER (geb. 1899) („Zeitgeist und Literatur“, 1964) und der Deutsche HANS MAYER (geb. 1907) („Georg Büchner“, 1948; „Zur deutschen Literatur der Zeit“, 1967) haben die Fruchtbarkeit marxistischer Denksätze für literatursoziologische und literaturgeschichtliche Analysen erwiesen. In Mexiko führt ERICH FROMM (geb. 1902) („Socialist Humanism“, 1965) seine Arbeiten fort, die sich bemühen, tiefenpsychologische Forschung und Marxismus zusammenzuführen. Die marxistische Rechtsphilosophie hat durch W. A. BEYER (geb. 1902) („Rechtsphilosophische Besinnung, eine Warnung vor der ewigen Wiederkehr des Naturrechts“, 1947; „Staatsphilosophie“, 1959) eine neue Wendung erhalten.

Die Anwendung marxistischer Methoden auf die Darstellung der Geschichte hat seit den zahlreichen Arbeiten FRANZ MEHRINGS (1846—1919) vor dem Ende des ersten Weltkrieges („Lessing-Legende“, 1898; „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“, 4. Aufl. 1913; „Karl Marx“, 1918) eine große Anzahl von Einzelarbeiten erbracht, von denen nur wenige als Beispiel genannt werden können. LEO TROTZKI (1879—1940) analysierte die beiden russischen Revolutionen (1905 [1911], 1917, „Februar“ und „Oktober“, [1930]). Der deutsche frühere „ultralinke“ Kommunist ARTHUR ROSENBERG (1889—1943) („Entstehung der Weimarer Republik“, 1928; „Geschichte des Bolschewismus“, 2. Aufl. 1966; „Geschichte der Weimarer Republik“, 1934; „Der Faschismus als Massenbewegung“, 1935; „Demokratie und Sozialismus“, 1938) hat die Probleme der Weimarer Republik nach dem ersten Weltkrieg und der Trennung zwischen bürgerlichem Liberalismus, kleinbürgerlicher und proletarischer Demokratie untersucht, der Amerikaner G. W. F. HALLGARTEN (geb. 1902) die Entstehung der imperialistischen Politik des Deutschen Reiches in „Imperialismus vor 1914“ (1950) dargestellt und begonnen, die „Geschichte des Wettrüstens“ (1967) zu erforschen. Zur Analyse der Geschichte der Sowjetunion bot ISAAC DEUTSCHER (1907—1967) mit seinen großen Biographien „Stalin“ (1949), „Trotzki“ (3 Bände, 1954—1961) und mit seiner Vorlesungsreihe „Die unvollendete Revolution“ (1967) wesentliche Grundlagen. Die Vorarbeiten zu einer umfangreichen LENIN-Biographie sind fast abgeschlossen; ihre posthume Publikation ist zu erhoffen. Der Franzose AUGUSTE CORNU (geb. 1888) hat begonnen, in „Karl Marx und Friedrich Engels, Leben und Werk“ (bisher 2 Bände, 1954 und 1962) deren geistige Entwicklung in ihrem sozialgeschichtlichen Zusammenhang darzustellen. Der englische Sozialhistoriker ERIC H. HOBSBAWM (geb. 1917) analysierte in „Primitive Rebels“ (1959) und „The Age of Revolution“ (1962) die Klassenkämpfe der Periode der Entstehung der kapitalistischen Gesellschaft, in „Labour's Turning Point“ (1959) und „Labouring Man“ (1964) die Sozialgeschichte

der englischen Arbeiterbewegung. Er hat in „Industrie und Empire, Britische Wirtschaftsgeschichte seit 1750“ (2 Bde. 1969) Aufstieg und Niedergang des Empire überprüft.

Auch in der ökonomischen Theorie hat der westeuropäische und amerikanische Marxismus nach dem Verlust seines unmittelbaren Kontaktes mit der organisierten Arbeiterbewegung, die einst seiner Arbeit die institutionelle Grundlage bot, in der Periode der pragmatischen Abwendung der reformistischen Arbeiterparteien von jeder Theorie und des stalinistischen monolithischen Erstarrrens der Kommunistischen Internationale (und später der am Kominform beteiligten Parteien) eine große Reihe selbständiger Arbeiten geliefert, die bei aller Divergenz der Problemstellungen und auch der Methoden eine Wiederanknüpfung an die Tradition des Marxismus und die Verwertung theoretischer Erkenntnis in der Praxis der sozialen Transformation möglich erscheinen läßt.

Der Tradition HENRYK GROSSMANNS (1881—1950, „Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems“, 1929) ist trotz ihrer partiellen Annäherung an die früher von FRITZ STERNBERG vertretene Form der Unterkonsumtionstheorie NATALIE MOSZKOWSKA (geb. 1906) verpflichtet („Das Marxsche System“, 1929; „Zur Kritik moderner Krisentheorien“, 1935; „Zur Dynamik des Spätkapitalismus“, 1943). Nach ihrer Meinung bewirkt der Widerspruch zwischen beschränkter Kaufkraft der Massen und Steigerung der Produktionskapazitäten im Spätkapitalismus, in dem die Mechanismen des liberalen Konkurrenzkapitalismus versagen, nicht mehr nur dessen Krisen, sondern auch eine permanente Stagnationstendenz, die nur durch „Rüstungskapitalismus“ (als von der Massenkaufkraft unabhängige Produktion) überwunden werden kann. Der polnische Nationalökonom OSCAR LANGE (geb. 1904), dessen wichtigste Schriften während seiner Emigrationsperiode in den Vereinigten Staaten entstanden oder konzipiert sind, („On the Economic Theory of Socialism“, 1938; „The Creative Developments of Marxist Theory“, 1951; „Problems of Political Economy“, 1953), hat durch seine

Arbeiten über die Verbindung sozialistischer Planwirtschaft mit Elementen der Marktpreisbildung erhebliche Vorarbeit für die neueren Wendungen der ökonomischen Politik der sozialistischen Länder geleistet; der (in Amerika verbliebene) polnische Marxist ROMAN ROSDOLSKI (1898—1967) („Friedrich Engels und das Problem der geschichtslosen Völker“, 1964; „Zur Entstehungsgeschichte des Marx'schen ‚Kapital‘“, 2 Bde. 1968) wirft allerdings OSCAR LANGE vor, die Arbeitswertlehre von MARX auf Kategorien der neoklassischen Nationalökonomie zu reduzieren. In den Vereinigten Staaten haben PAUL A. BARAN (1910 bis 1964 („The Political Economy of Growth“, 1957, deutsch 1965) und PAUL M. SWEETZ (geb. 1915, „The Theory of Capitalist Development“, 1942, deutsch 1959) in einer Reihe von Arbeiten, die zuletzt in dem von ihnen gemeinsam publizierten Buch „Monopoly Capital“ (1966, deutsch 1967) kulminieren, die spätkapitalistische Wirtschaftsentwicklung im höchstentwickelten Monopolkapitalismus zum Gegenstand ihrer Forschungen gemacht. Ihr wichtigstes Problem ist dabei die Theorie des Wachstums unter den Bedingungen des monopolistischen Kapitalismus, insbesondere die Differenzen zwischen dem jeweils effektiven und dem potentiellen volkswirtschaftlichen Überschuß der Gesamtpproduktion einer nationalen kapitalistischen Gesellschaft. Dieser „Surplus“ wird dabei (allerdings inexakt) definiert als die Differenz zwischen dem, was eine Gesellschaft produziert, und den für diese Produktion notwendigen Kosten. BARAN und SWEETZ gelangen (bei anderem methodischen Ansatz) zu dem gleichen Ergebnis wie N. MOSZKOWSKA, daß nämlich die Vermittlung sowohl des Krisenausgleichs als auch des technischen Fortschritts in den Investitionswellen während der gegenwärtigen Phase kapitalistischer Entwicklung weitgehend, und zwar aus ökonomisch wie soziologisch systemimmanenten Gründen, mittels des Wachstums der Staatsausgaben und zwar insbesondere infolge der Wendung zum Rüstungskapitalismus erfolge. Die notwendige Folge seien ständig wachsende Interventionen der (politisch durch die Oligopole kontrollierten) Staats-

macht in den ökonomischen Prozeß und ebenso die inflationären Tendenzen, die — wie auch DOBB in seiner Kritik an diesen amerikanischen Marxisten feststellt — sich während des ganzen Zeitraums des Imperialismus und der Rüstungspolitik der Großmächte immer wieder gezeigt haben. Nach Meinung von BARAN und SWEETZY wird durch diese Vermittlung die Stagnationstendenz in Schranken gehalten, die sich im monopol- bzw. oligopolkapitalistischen System daraus ergibt, daß die Wiederanlage von Vorratsgewinnen in ihm nur insofern sinnvoll ist, als sie nicht durch vermehrte Angebotskonkurrenz zur Selbstaufhebung von Monopolstellungen führt. Der in Cambridge lehrende Engländer MAURICE H. DOBB (geb. 1900) („Political Economy and Capitalism“, 1937; „Studies in the Development of Capitalism“, 1946; „On Economic Theory and Socialism“, 1955; „Essay on Economic Growth and Planning“, 1960) hat einerseits die Kritik der modernen Richtungen der bürgerlichen Nationalökonomie, insbesondere des Keynesianismus, und die Überprüfung ihrer gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen und Funktionen, andererseits die Analyse der Entwicklung des Kapitalismus zwischen den Weltkriegen in den Mittelpunkt seiner Arbeiten gestellt. Der Pariser Professor CHARLES BETTELHEIM (geb. 1913) überprüfte in „L’Economie allemande sous le nazisme“ (1946) die Verschränkungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus im Dritten Reich und versuchte in „Les problèmes théoriques et pratiques de la planification“ (1946) Inhalt und Grenzen der Planungstendenzen einerseits im Spätkapitalismus, andererseits im möglichen Übergang zum Sozialismus darzustellen. In „L’Inde“ (1959) will er die Gründe dafür theoretisch prüfen und empirisch belegen, daß in der von der Kolonialherrschaft politisch emanzipierten Wirtschaft eines großen Entwicklungslandes, das keine soziale Revolution durchgeführt hat und dessen Planungsmethoden deshalb durch überkommene feudale Eigentumsverhältnisse und kapitalistische Oligopole gehemmt bleiben, die ökonomische und kulturelle Fortentwicklung trotz erheblicher Unterstützung durch die

industriekapitalistischen Länder völlig stagniert und teilweise sogar zurückfällt. In den Büchern „Nouveaux aspects de la theorie d'emploi“ (1952) und „Problèmes du développement économique“ (1953) setzt er sich mit der Beschäftigungs- und Wachstumstheorie in der spätkapitalistischen Gesellschaft auseinander. Von der Tradition des Austromarxismus sind die Veröffentlichungen THEODOR PRAGERS (geb. 1917) (vor allem: „Wirtschaftswunder oder keines“, 1963) beeinflußt, der die Gründe des ökonomischen Aufschwungs und der relativ langen Stabilität in den west- und mitteleuropäischen Volkswirtschaften untersucht. EDUARD MÄRZ (geb. 1908) bot in „Die Marxsche Wirtschaftslehre im Widerstreit der Meinungen“ (1959) eine Einführung in marxistisches ökonomisches Denken unter Einbeziehung der Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg bei Berücksichtigung der Arbeiten der oben genannten angelsächsischen Autoren. Der Belgier ERNEST MANDEL hat in dem umfangreichen „Traité d'Economie Marxiste“ (2 Bände, 1962; deutsch 1968) eine umfassende systematische Gesamtdarstellung der politischen Ökonomie von MARX und ENGELS verfaßt, die mit einer historisch-empirisch verfahrenen Analyse der Entwicklung des Kapitalismus vom Beginn der monopolkapitalistischen Periode bis zur Gegenwart und einer kritischen Überprüfung der Entwicklungsstufen in Richtung auf eine sozialistische Volkswirtschaft in der UdSSR verbunden ist. Er hat die gegenwärtigen Tendenzen der Auseinandersetzung zwischen amerikanischem und westeuropäischem Spätkapitalismus einer Sonderanalyse unterzogen. („Die EWG und die Konkurrenz Europa—Amerika“, 1968.) Unter stärkerer Berücksichtigung internationaler Aspekte versucht KURT STEINHAUS (geb. 1938; „Zur Theorie des internationalen Klassenkampfes“, 1967) die Frage der Bedeutung der so genannten Entwicklungsländer für die Ökonomie und Politik der spätkapitalistischen Staaten zu klären. Sie beruht nach seiner Meinung immer weniger in den für die kapitalistischen Länder zwar nach wie vor Vorteile bietenden ökonomischen Beziehungen, sondern vielmehr in dem

Anwachsen der kolonialrevolutionären Bewegungen. Durch die damit drohende globale politische Machtverschiebung zugunsten der sozialistischen Staaten und die zu ihrer Verhinderung geführten Kriege könnten politische und ökonomische Rückwirkungen auf die kapitalistischen Staaten systemgefährdende Tendenzen aktualisieren helfen.

Ausblick: Die Ideen der Sozialbewegung und die Industrialisierungsländer von heute

Das 20. Jahrhundert zeigt eine gewisse Verlegung der Aktivitätszentren der Sozialbewegung aus dem Ursprungsraum hinaus, zunächst an die europäische Peripherie (Rußland), und schließlich aus dem europäischen Raum überhaupt in jenen Teil der Welt, der bisher an der industrie-kapitalistischen Weltwirtschaft nur leidend teilgenommen hat. — Die Theorien der Sozialbewegung im Entwicklungsraum sind heute noch nicht zu überblicken; steht doch die Sozialbewegung selbst vielfach noch in ihrem Beginn. Wohl aber lassen sich die *Bedingungen* übersehen, unter denen das soziale Denken in diesem Raum sich vorerst entwickeln dürfte. Folgendes kann mit einiger Sicherheit für mehr oder minder alle Länder gesagt werden, die heute die Industrie noch vor sich haben:

1) Das Denken der Sozialbewegung im Entwicklungsraum wird nicht die Ideengeschichte des industriellen Westeuropa, und sei es in verkürzter Folge, einfach rekapitulieren.

a) Die Grundfragen, vor denen die Entwicklungsländer stehen, sind nicht ideeller, sondern praktischer Art. Auch fehlt hier eine vorausgegangene Epoche bürgerlicher „Aufklärungs“-Philosophie, aus der sich das Gedankengut der Bewegung eines „vierten Standes“ erst langsam heraus-spinnen würde. Eine Sozialbewegung von potentiell proletarischem Charakter ist vielmehr von allem Anfang da, und sie selbst tritt als Vorkämpferin der Industrialisierung auf. Denn anders als in der Geschichte Westeuropas wird jenen gesellschaftlichen Schichten, auf welche die Last der

Erstaufbringung von Sachmitteln für den Aufbau der Industrie heute fällt, den Arbeitenden des flachen Landes und des Gewerbes, die nachholende beschleunigte Industrialisierung in zunehmendem Maße zur eigenen Sache, zu einem gesellschaftlichen Kampfprogramm, das es durchzusetzen gilt gegenüber den Kräften der Feudalität und gegenüber Widerständen einer „neokolonialistischen“ Umwelt. Und eine Sozialbewegung von solchem Typus (die weder angemessen als eine fertig „proletarische“ noch gar als die eines „dritten Standes“ bezeichnet werden kann) ist zugleich Träger eines Rationalismus, der von dem Industrialisierungsproblem und -programm bestimmt ist. Denn alle Fragen, vor denen die Theorie einer autochthonen, bodenständigen Sozialbewegung im Entwicklungsräum steht, gruppieren sich um die große Sachfrage: wie kommen wir auf schnellstem Weg zur Industrie? Von dieser Überlegung her, oder zumindest nicht gegen sie, sind auch die großen Fragen der Gesellschaftsordnung zu entscheiden.

b) Bestimmte Durchgangsstufen des Denkens scheint die Ideengeschichte der europäischen Sozialbewegung, gewissermaßen stellvertretend für die Späterkommenden, hinter sich gebracht zu haben: Utopischer Kommunismus, religiöser Sozialismus, Syndikalismus, Anarchismus werden kaum noch einmal große geistesgeschichtliche Bedeutung haben — so sehr der letztere die *Praxis* einer anhebenden Sozialbewegung, etwa in Südamerika, für eine Weile noch beeinflussen mag. Auch auf die Industrialisierungsländer wirken die großen Streitfragen unserer Zeit in der Gestalt ein, die sie mittlerweile in der umgebenden Welt erhalten haben; zumal ein großer Teil der Führer der Sozialbewegungen der Entwicklungsländer entweder in Westeuropa oder in den sozialistischen Staaten ausgebildet worden ist. Die eigenständige Entwicklung des chinesischen Marxismus (und z. T. auch des Marxismus in Cuba) mag auch anderen Bewegungen vielfältige Anregungen vermitteln.

2) Das Industrialisierungskonzept der Sozialbewegung des Entwicklungsräumes dürfte sich an die bisher in der

Weltwirtschaft gesammelten *gemeinwirtschaftlichen* Erfahrungen anschließen. Denn darauf, daß die Lösung der großen Fragen des Entwicklungsräums von heute in gemeinwirtschaftlicher Richtung gesucht werden wird, weist vieles an der Natur des Vorgangs einer nachholenden beschleunigten Industrialisierung hin. Freilich dürfte die Übernahme gemeinwirtschaftlicher Gedanken kaum geschehen ohne Anpassung der allgemeinen Ordnungsvorstellungen an die besonderen Verhältnisse der jeweiligen Länder. Neue *Typen* von Gemeinwirtschaft (oder auch: neue Mischtypen) mögen dabei entstehen, und neue Begriffe von möglicher Industriegesellschaft und sozialer Gesittung. Dies ist zugleich zu *hoffen*. Denn den werdenden Räumen der Welt bleibt mehr zu tun als den nur materiellen Grund der Volkswohlfahrt zu legen; es harrt eine Aufgabe, an der die industrielldemokratische Welt gescheitert ist: die Wahrung und Entfaltung der ruhenden Schöpferkräfte des Volkes inmitten und vermöge der Industrie, die Vollendung der industriellen *Zivilisation* zu einer industriellen *Kultur*.

An den großen und drängenden Fragen aber, auf die sie Antwort geben, bewähren sich jene Ideen, welche die Weltgeschichte voranbringen, erweist sich, was jeweils Fortschritts- oder Beharrungsmacht ist, scheidet sich Idee von Ideologie. Und ohne die großen Ideen gibt es kein wirkliches Fortschreiten auch in der praktischen Welt.